

SIE LIEBTEN DIE KRISE

**LINKE AGITATION IN EINEM WEST-BERLINER NEUBAUVIERTEL IM ZEITLICHEN RAHMEN DER
68ER-BEWEGUNG**

Projektarbeit zum Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten 2018/2019

So geht's nicht weiter. Krise, Aufbruch, Umbruch

vorgelegt von
ANTON HÖFFER

Berlin, 28. Februar 2019

Inhaltsverzeichnis

I. EINLEITUNG.....	1
II. WOHNUNGSBAU UND POLITISCHE SITUATION IN WEST-BERLIN IN DEN 1960ER- UND 1970ER-JAHREN	7
III. ÜBER DEN KRISENBEGRIFF.....	11
IV. ANALYSE DES HISTORISCHEN FALLBEISPIELS	16
A. Zur Bestimmung von städtischer <i>Normalität</i> im Märkischen Viertel	16
B. Die Baugeschichte des Märkischen Viertels: Von einem städtebaulichen Experiment für Wohnkomfort zum modernen Quartier in der Krise.....	17
C. Begründung des methodischen Vorgehens der Krisenanalyse	21
D. Zur Quellenlage	22
E. Analyse der Auseinandersetzungen um die Wohnfolgeeinrichtungen im Märkischen Viertel.....	22
V. FAZIT	43
VI. ARBEITSBERICHT	47
VII. ANHANG	58
A. Literaturverzeichnis	58
B. Quellenverzeichnis	58

I. EINLEITUNG

Ob Bankenkrise, Wohnungskrise, Eurokrise, Demokratiekrise oder Flüchtlingskrise: Der Begriff der Krise begegnet uns im Alltag nahezu täglich. Ist eine Krise gelöst, vermeintlich nicht mehr aktuell oder schlicht nicht mehr spannend genug für die Öffentlichkeit, so wird sie fast sofort von der nächsten abgelöst. „Die Moderne erlebt sich stets als krisenhaft“ beobachtet der Soziologe Armin Nassehi folgerichtig.¹ Vor allem Journalisten und Politiker nutzen den Krisenbegriff gerne und häufig. In Zeitungsartikeln, Interviews und in Reden wird ständig über die neueste Krise gesprochen, werden mögliche Folgen debattiert und nicht selten auch ein dunkles Bild der gegenwärtigen Situation gemalt. Auffällig an diesen Beiträgen ist vor allem eines: So häufig der Krisenbegriff auch fällt, so selten wird er tatsächlich klar benannt. Die wenigsten Kommentatoren in Zeitungen etwa stellen ihrem Artikel eine genaue Begriffsbestimmung der Krise voran und ebenso selten wird dies in den öffentlich geführten, politischen Debatten vorgenommen. Als besonders gute Illustration für dieses Problem kann das Buch „Kanzler, Krise, Kapital“ der Journalistin Marietta Slomka dienen, das laut Vorwort „grundsätzliche politische Fragen, mit denen man sich seit Schulzeiten nicht mehr beschäftigt hat,“ näher beleuchten soll und den Begriff der Krise an prominenter Stelle im Titel trägt.² Während die Autorin beispielsweise die verschiedenen Regierungssysteme oder Termini wie *Politikum* mit kurzen Erläuterungen versieht, wird die Krise zwar als Terminus genutzt, nicht aber erklärt. Die Krise erscheint bekannt, als ein Begriff, der ob seiner vermeintlichen Trivialität keiner Erklärung bedarf. Dieses Werk ist keineswegs das einzige Beispiel dafür. Aber es soll dazu dienen, den weit verbreiteten Irrtum von der Einfachheit des Krisenbegriffs darzustellen. Diese Fehleinschätzung wird bei einem Blick in die aktuelle Fachliteratur schnell deutlich. Ähnlich wie die verwandten Ausdrücke *Katastrophe* und *Desaster* unterliegt der Krisenbegriff schon seit langer Zeit einem Definitionsdiskurs.³ Es existiert daher nicht nur keine allgemein anerkannte Definition der Krise; sie wird teilweise sogar auf gegensätzliche Art und Weise verstanden. Dieser Umstand ist nicht ohne Risiko für öffentliche Diskurse zu gesellschaftlichen Problemen. Die wechselhafte Verwendung des Krisenbegriffs sowie das häufige Unterlassen einer Definition durch Journalisten und politische Verantwortungsträger führen zu einem diffusen öffentlichen Blick auf die Krise. In diesem wird die Krise von manchen Gruppen mit Chancen, mit Fortschritt und Wandel assoziiert,⁴ von anderen jedoch als Verfall und Untergangsszenario gedeutet.⁵ Sich dieser Definitionsunterschiede der Krise bewusst zu werden, ist unerlässlich zum Verständnis der vermeintlichen

¹ Armin Nassehi; Peter Felixberger, *Ein Anfang*. Editorial in: Dies., *Kursbuch 170. Krisen lieben*, Hamburg 2012 (in der Folge zitiert als *Kursbuch*); S. 14.

² Marietta Slomka, *Kanzler, Krise, Kapital. Wie Politik funktioniert*, München 2013; S. 18.

³ Stefan Willer, *Katastrophen: Natur – Kultur – Geschichte. Ein Forschungsbericht* in: H-Soz-Kult, 23.09.2013; S. 3f.

⁴ vgl. Zb. Armin Nassehi, *Der Ausnahmezustand als Normalfall. Modernität als Krise* in: *Kursbuch*; Gerhard Schulze, *Krisen. Das Alarmdilemma*, Frankfurt (Main) 2011.

⁵ Vgl. Gunter Dueck, *Ich hasse Krisen. Denn Krisen geben Macht, die keiner braucht* in: *Kursbuch*.

Krisensituationen und der Einordnung der aus der Verwendung des Begriffes entstehenden Debatten. Denn wie sonst nur wenige weitere steht dieser frei zur politischen (Um-)Deutung je nach Zielsetzung der Verwendung. Er kann bewusst in bestimmten Kontexten verwendet werden, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Bei einem Terminus wie *Krise*, der von hoher politischer Sprengkraft ist und stark polarisiert, kann eine solche Nutzung viel Schaden anrichten, da der Begriff in der Öffentlichkeit eher negativ als Gefahr oder drohender Untergang verstanden wird.⁶ Die Auseinandersetzung mit dem Krisenbegriff in der Öffentlichkeit ist also unbedingt notwendig. Dabei müssen nicht nur verschiedene Krisenkonzepte gegeneinander abgewogen, auch über deren möglichen gesellschaftlichen Nutzen muss mehr gesprochen werden. Geschieht dies nicht, besteht die Gefahr, dass in öffentlichen Debatten aneinander vorbeigeredet wird, da der Stein des Anstoßes – *die Krise* – grundsätzlich unterschiedlich verstanden wird.

Aus der Notwendigkeit der Begriffsbestimmung entstehen für die Forschung, die sich mit krisenhaften Situationen beschäftigt, zwei Herausforderungen. Erstens sollte es der Anspruch von wissenschaftlichen Beiträgen über moderne wie historische Krisensituationen sein, auch den Diskurs über die Definition von Krisen voranzubringen. Zweitens sollte jedem wissenschaftlichen Beitrag über solche Situationen eine Erklärung der eigenen Auffassung von Krisen zu Grunde liegen, um in der wissenschaftlichen Debatte die Einordnung der Arbeit zu ermöglichen.

Wegen ihrer eben dargestellten Wichtigkeit für die vorliegende Forschungsarbeit wird über die Problematik der Definition in einem eigenen Kapitel nachgedacht. Als Ausgangspunkt dafür eignet sich die Definition der Krise⁷ nach Patzel-Mattern als „schwierige Lage“, also als Ausnahmezustand, in dem von der Normalität abgewichen wird, wie es auch Schulze formuliert.⁸ Diese Begriffsbestimmung eignet sich hier insofern gut, als sie bereits Teile der späteren ausführlicheren und in dieser Arbeit genutzten Definition beinhaltet. An späterer Stelle wird auch geklärt wie *Normalität* verstanden werden kann und woran eine Abweichung davon zu erkennen ist.

Eine klare Begriffsbestimmung also ist Grundlage für die Forschung zu historischen Krisensituationen, die dabei eine ganze Reihe von Möglichkeiten bietet. So lassen sich dadurch beispielsweise nach Sawilla „soziale Wandlungsprozesse chronologisch gliedern“ und zudem „Ereignisse als abweichend vom ‚Normalzustand‘ identifizieren.“⁹ Die Krise ist also für Historiker ein Merkmal sozialen Wandels, dass es ermöglicht besondere Situationen in der Geschichte auszumachen und zu benennen. Laut Dreher nutze die Beschäftigung mit ihnen außerdem dazu, „Krisen vorhersagen

⁶ Vgl. Katja Patzel-Mattern, *Krise als Herausforderung in: spurensuchen. Magazin für historisch-politische Bildung*, Hamburg 2018.; S. 15.

⁷ Auch die Übersetzung des aus dem Altgriechischen stammenden Begriffes *krísis* ist in der Forschung nicht eindeutig festgelegt. Deutungen reichen hierbei von „schwieriger Lage“ bis zu „entscheidende Wendung“. Vgl. Katja Patzel-Mattern; S. 15 / Sabine Dreher, *Krise in: Lexikon der Politikwissenschaft. Band 1 A-M*, München 2010^{4.}Aufl.; S. 530.

⁸ Vgl. Gerhard Schulze, S. 20f.

⁹ Henning Tümmers; *Sammelrez: Krisen in: H-Soz-Kult*, 25.09.2013; S. 5.

zu können und Bewältigungsstrategien zu entwickeln.“¹⁰ Aus einer krisenhaften Situation soll also für die Zukunft gelernt werden. Hierbei geht es jedoch nicht darum, Handlungsmuster, die die eine Krise gelöst haben, genauso auf eine ähnliche Situation anzuwenden. Dies wäre ob der immer unterschiedlichen Ausgangslagen und Konstellationen nicht nur unmöglich, sondern möglicherweise sogar schädlich, da in blindem Vertrauen auf Altbewährtes Eigenarten der ähnlichen neuen Situation außeracht gelassen würden. Trotz dieser Unmöglichkeit universell anwendbare Strategien für Krisenbewältigung zu entwickeln, sind vergangene Krisen durchaus wichtige Erkenntnisquellen, um über den Umgang auch mit modernen Problemen zu lernen. So kann zum Beispiel geprüft werden, welches Verhalten sich in der Vergangenheit krisenverschärfend und welches deeskalierend ausgewirkt hat. Oder auch, wie sich Krisen in der Vergangenheit angekündigt haben und wie sie sich möglicherweise prognostizieren lassen. Und nicht zuletzt: Welche Arten von Krisen gab es und wie lassen sie sich kategorisieren? Auf all diese Fragen kann die Forschung zu vergangenen Krisen Antworten geben, die dann bei der Bewältigung gegenwärtiger schwieriger Lagen helfen könnten.

Denn an Krisen wie der eingangs genannten Wohnungskrise oder der vermeintlichen Legitimationskrise der Demokratie mangelt es in der modernen Welt wahrlich nicht. Gleichzeitig lassen sich viele gegenwärtige Krisen mit ganz ähnlich gelagerten Krisen in der Vergangenheit vergleichen. So ist derzeit beispielsweise in ganz Deutschland, vor allem aber in Berlin die allgemeine Verknappung von Wohnraum, auch als Wohnungskrise bezeichnet, ein großes Thema. Dabei geht es um zweierlei Dinge. Zum einen wird inzwischen sehr deutlich, dass bezahlbarer Wohnraum immer schwerer zu finden ist. Der soziale Wohnungsbau kann die Nachfrage nach günstigem Wohnraum nur noch marginal decken. Der zweite Aspekt ist gewissermaßen eine Folge davon: Der vorhandene privat bewirtschaftete Wohnraum¹¹ wird immer für die Bewohner immer kostspieliger. Ganz nach den Regeln der Marktwirtschaft gilt hier, dass geringes Angebot bei hoher Nachfrage einen hohen Preis begründet. Derzeit wird in Berlin und anderen deutschen Großstädten versucht, diese beiden Probleme der Wohnraumkrise abzumildern, unter anderem durch den vermehrten Bau von Sozialwohnungen. Einer gewissermaßen ähnlichen Situation musste sich (West-)Berlin bereits vor einigen Jahrzehnten stellen, nachdem in Folge der Zerstörungen durch den Zweiten Weltkrieg Wohnungen Mangelware waren und in den 1960er-Jahren selbst Sozialwohnungen für sozial Benachteiligte teils nur schwer zu bezahlen waren. Aus der modernen Wohnungskrise und weiteren gesellschaftlichen Ausnahmesituationen¹² entwickelte sich in den letzten Jahren eine Krise des

¹⁰ Sabine Dreher; S. 531.

¹¹ Privat bewirtschafteter Wohnraum bezeichnet solche Wohnungen und Häuser, die sich nicht in der Hand staatlicher oder gemeinnütziger Wohnungsbaugesellschaften befinden, sondern wahlweise in der Hand von Privatpersonen oder profitorientierten Gesellschaften.

¹² Beispiele dafür sind die sogenannte *Flüchtlingskrise* seit 2014 oder die *Weltwirtschaftskrise* 2008, die beide bei vielen Menschen große Sorgen über die soziale Zukunft auslösten.

Vertrauens in das *Establishment* und die *etablierten Parteien*. Scheinbar können diese nämlich immer weniger Menschen mit ihrer Politik erreichen und hinter sich versammeln. Ganze Bevölkerungsgruppen fühlen sich unterrepräsentiert und die Demokratie gerät auch dadurch zunehmend in eine Legitimationskrise. Hier lassen sich ebenfalls Parallelen zu vergangenen Krisen ziehen. Durch Gruppen, die sich zur Bewegung der *Neuen Linken*¹³ zusammenfassen lassen und die sich in West-Berlin zunächst stark in der Außerparlamentarischen Opposition (APO), später in sogenannten K- und Splittergruppen, organisierten, stürzte die Stadt auch im Zuge der Wohnungsknappheit der 1960er-Jahre in eine Krise. Damals wie heute vertraten Teile der Bevölkerung, vor allem Studenten, die Auffassung, dass die damals etablierte Politik ihre Interessen nicht angemessen vertrat. Auch im Ergebnis dieses Vertrauensverlustes entwickelte sich der Widerstand linker Gruppen, der letztlich in West-Berlin sogar bis zur Formulierung der Machtfrage führen sollte.¹⁴ Sowohl die krisenhafte Situation des sozialen Wohnungsbaus als auch die Legitimationskrise der etablierten politischen Parteien wirkten dabei zeitgleich aufeinander ein, teilweise sogar, wie ein Blick auf die in den 1960er-Jahren erst neu geplante und entstandene Großraumsiedlung Märkisches Viertel (auch: MV) in Berlin-Reinickendorf verrät, am selben Ort. Das Märkische Viertel, seit 1999 ein eigener Ortsteil im Bezirk Reinickendorf mit zurzeit rund 40.000 Einwohnern (ca. 1/6 der Einwohnerzahl des gesamten Bezirks), ist das zentrale Untersuchungsobjekt dieser Arbeit.

Beide historischen Krisen verbinden sich im Märkischen Viertel stark miteinander. Während die krisenhafte Situation des Wohnungsbaus West-Berlins in den 1960er-Jahren in der Öffentlichkeit nicht allzu präsent ist, scheint die Geschichte der Außerparlamentarischen Opposition auf den ersten Blick schon umfassend erforscht. Doch zieht man aktuelle Publikationen zur West-Berliner Stadtrevolte um 1968 zu Rate, fällt auf, dass sich die Forschung zur Neuen Linken und den Studentenunruhen weithin auf die *klassischen* Agitationsviertel Kreuzberg und Neukölln beschränkt.¹⁵ Daneben werden auch die, inzwischen zahlreich dargestellten, Schlüsselsituationen der Studentenbewegung, auch *Neue Linke* genannt, wie der 2. Juni 1967 oder ähnliche betrachtet. Unbekanntere Orte der Agitation in West-Berlin werden außer Acht gelassen. Beispielhaft kann dafür das Märkische Viertel stehen. Trotz einer zeitgenössischen Forschungsempfehlung aus der Entstehungszeit des Quartiers aus einer bereits 1976 in einer Diplomarbeit angestoßenen Untersuchung der Mieterproteste im Märkischen Viertel,¹⁶ spielt die Trabantensiedlung am Stadtrand Berlins in der historischen Aufarbeitung der linken Stadtrevolte bis heute kaum eine Rolle. Auch mehr als 40

¹³ Unter der *Neuen Linken* wird hier als Sammelbegriff verwendet für linksorientierte Gruppen, die sich abseits des klassischen Milieus seit den 1960er Jahren herausbildeten. Beispiele dafür sind unter anderem studentische Vereinigungen, doktrinär-marxistische Gruppen, Sponti-Vereinigungen und linksradikale Zellen. Der Begriff wird verwendet um die neuen Formen linken Protests zu internationalisieren und von der alten Linken abzugrenzen. Vgl. Henning Marmulla, *Verbindungen. 1965/2012* in: Kursbuch, S. 26.

¹⁴ Vgl. Götz Aly; *Unser Kampf. 1968 – ein irritierter Blick zurück*, Frankfurt am Main ³2018; S. 96.

¹⁵ Vgl. Michael Sontheimer; Peter Wensierski, *Berlin. Stadt der Revolte*, Berlin 2018; Ingo Juchler, *1968 in Deutschland. Schauplätze der Revolte*, Bonn 2018.

¹⁶ Vgl. Johannes Rau, *Mieteraktivitäten im Märkischen Viertel 1969-1973. Geschichte und Probleme*, West-Berlin 1976; S. 5.

Jahre nach jenem Forschungsaufschlag nimmt das MV in keiner neuen Publikation einen wichtigen Stellenwert ein, obwohl einige jüngere Studien für sich in Anspruch nehmen, weniger bekannte Orte der 68er-Bewegung vorzustellen.¹⁷ Das bisher weitgehende Ausbleiben dieser Forschung ist auch in Hinblick auf die von den APO-Spitzen um Rudi Dutschke erträumten „Machtergreifung in Westberlin“¹⁸ und den daraus folgenden Konsequenzen für linksradikale Agitation abseits der Freien Universität als Verlust zu bewerten. Um in ganz West-Berlin eine Revolution durchführen zu können war nämlich auch das Einbeziehen der Bezirke, die nicht in unmittelbarer Nähe zur FU lagen, notwendig. Gerade im Märkischen Viertel lässt sich gut erfassen, mit welcher Strategie die *Neue Linke* ebendies versuchte.

Als Forschungsgegenstand innerhalb des Themenkomplexes der Neuen Linken ist das Märkische Viertel aus mehreren Gründen besonders attraktiv und gut geeignet. So kam es hier zum Beispiel kurzzeitig zur Zusammenarbeit von *alter* und *neuer* linker Bewegung, also von Arbeitern und Studenten. Aus deren Beziehung untereinander lassen sich Erkenntnisse gewinnen, warum in der Bundesrepublik trotz des Versuchs der gemeinsamen Organisation an einen „Schulterschluss zwischen Arbeitern und Studenten [...] gar nicht zu denken war.“¹⁹ Außerdem war die Situation im MV insofern herausragend, als im Quartier zwei der größten Herausforderungen für die damaligen West-Berliner Stadtpolitik aufeinandertrafen: Die Studentenbewegung und die Schwierigkeiten des sozialen Wohnungsbaus. Aus der Parallelität der beiden krisenhaften Situationen an einem Ort und der Interaktion der beiden Krisensituationen miteinander lassen sich neue Erkenntnisse über die Art und Weise der Agitation der Neuen Linken, aber auch über ihre Zielsetzung gewinnen. Die Bewertung der Ziele dieser Bewegungen ist bis heute in der Forschung umstritten. Kraushaar bringt diesen Diskurs dahingehend auf den Punkt, dass Teile der Forschung die Neue Linke als eine „im Grunde illiberale Protestbewegung“ mit linkstotalitärem Anspruch kennzeichnen.²⁰ Andere hingegen betonten, so Kraushaar, dass es sich bei den Zielen dieser Bewegungen um eine zivilgesellschaftliche liberal-demokratische „Nachgründung der Republik“ gehandelt habe.²¹ Gilcher-Holtey wiederum erkennt bei der Neuen Linken eine „dual[e] Zielorientierung“ mit der „Ausweitung von Partizipationschancen“ auf der einen Seite, und der „Herbeiführung eines Bewusstseinswandels“ im Sinne einer „antikapitalistische[n], neomarxistische[n] Bewegung“ auf der anderen.²² Klar wird damit jedenfalls, dass die Zielsetzungen des außerparlamentarischen Protests der Neuen Linken noch nicht hinreichend erforscht sind. Hier ergibt sich also offensichtlich ein Forschungsdesiderat. Dessen nähere Beleuchtung bietet sich im Märkischen Viertel besonders gut an, da sich die

¹⁷ Vgl. Michael Sontheimer; Peter Wensierski / Ingo Juchler.

¹⁸ Götz Aly, S. 96.

¹⁹ Henning Marmulla, S. 25.

²⁰ Wolfgang Kraushaar, *1968 und Massenmedien* in: Friedhelm Boll u.a., *Archiv für Sozialgeschichte*, Bonn 2001; S. 319.

²¹ Ebd.

²² Ingrid Gilcher-Holtey, *Die 68er Bewegung. Deutschland – Westeuropa – USA*, München 2001; S. 113f.

Ziele einzelner Gruppen hier nicht nur durch die klassische Agitation gezeigt, sondern vor allem auch im Umgang mit einer krisenhaften Situation, der Wohnungsnot. Wie einzelne Gruppen auf die Probleme der Lebenswelt der Menschen reagierten, lässt Rückschlüsse auf die generelle Einstellung dieser Gruppierungen gegenüber der Betroffenen zu. Die Arbeit beschäftigt sich folglich mit den Formen der Agitation linker Bewegungen im Märkischen Viertel und deren Zielsetzung. Daraus folgt die Fragestellung, ob das Engagement dieser Bewegungen als einen Umsturz vorbereitend eingeordnet werden kann. Zugleich soll die Arbeit den Versuch unternehmen, auch die Reaktionen der Staatsmacht auf die Agitationsversuche aufzuarbeiten. Dies soll zur Herausarbeitung möglicher gelungener und weniger gelungener Krisenbewältigungsstrategien für den Staat führen.

Die Beantwortung der Leitfrage wird wie folgt angegangen. Zunächst werden die Mieterproteste im Märkischen Viertel zum besseren Verständnis der allgemeinen Lage in den historischen Kontext der 1960er- und 1970er-Jahre in West-Berlin eingeordnet. Um eine Bewertung der Krisenhaftigkeit der Lage im Märkischen Viertel vornehmen zu können, schließt sich dort ein Kapitel über den Krisenbegriff an, in welchem der aktuelle Forschungsdiskurs sowie die für diese Arbeit geltende Begriffsbestimmung der Krise herausgearbeitet werden. Darauf folgen eine kurze Darstellung der Baugeschichte des Märkischen Viertels sowie generelle Bemerkungen zu den sich dort anbahnenden Problemen. Im Anschluss werden die Auseinandersetzungen um die Wohnfolgeeinrichtungen im Märkischen Viertel an Hand verschiedener Originalquellen aufgearbeitet. Abschließend wird die Fragestellung dieser Arbeit beantwortet, wobei vor allem über die historische Bedeutung der Krise im MV und ihre Zusammenhänge mit aktuellen politischen Problemen nachgedacht wird.

Bevor mit der tatsächlichen Arbeit begonnen wird, sei noch Folgendes angemerkt. Über die bisherigen Erkenntnisse der Forschung hinaus wäre es von großem Vorteil, auch solche studentischen Versuche zur Mobilisierung der Bevölkerung, die nicht in großen Revolten endeten, zum Verständnis der Studentenbewegung in West-Berlin vermehrt zu erforschen. Insofern versucht diese Arbeit einen kleinen Beitrag zur Aufarbeitung dieses Teils der Geschichte zu leisten. Daher plane ich diese Arbeit unter anderem Herrn Benecke, der jahrelang in der Halle MV gearbeitet hat, vorzulegen. Auch im Museum Reinickendorf ist mir ein großes Interesse an dieser Forschung vermittelt worden.

II. WOHNUNGSBAU UND POLITISCHE SITUATION IN WEST-BERLIN IN DEN 1960ER- UND 1970ER-JAHREN

Die Planung und Entwicklung des Märkischen Viertels, und damit auch die spätere linke Agitation in ihm, steht im Kontext der gesamtpolitischen Vorgänge in (West-)Berlin. Hier soll kurz darin eingeführt werden.

Der Zweite Weltkrieg brachte im gesamten Berliner Stadtgebiet weitreichende Zerstörungen der Infrastruktur und der Wohnmöglichkeiten der Bevölkerung mit sich. Von den einstmalig 1.560.000 Wohnungen in Berlin waren gerade einmal 370.000 noch bewohnbar.²³ 600.000 Wohnungen waren entweder durch völlige Zerstörung oder sehr starke Beschädigung auf längere Zeit nicht nutzbar. Besonders die Innenstadt-Bezirke waren davon betroffen. In den Rand- und Außen-Bezirken war der Anteil an bewohnbaren Wohnungen und Häusern merklich höher. Die allgemein auf Berlin bezogene enorme Zerstörung von Wohnbauten führte zu einem „beträchtlichen Defizit an Wohnraum“²⁴, in Folge dessen viele Menschen in behelfsmäßigen Notunterkünften leben mussten. Die Frage des Wieder- bzw. Neuaufbaus der Wohnstrukturen in Berlin war folglich eine der drängendsten der unmittelbaren Nachkriegsjahre, die jedoch wegen der baldigen Teilung der Stadt nicht als gesamt-städtische Aufgabe wahrgenommen werden konnte.²⁵

Die Schaffung von Wohnraum konzentrierte sich in West-Berlin²⁶ bis 1954 auf den Wiederaufbau beschädigter Bauten.²⁷ Ab 1955 wurde der erste Wiederaufbauplan für West-Berlin verabschiedet, der hohe Zuschüsse der Bundesrepublik für öffentliche Bauvorhaben West-Berlins beinhaltete und den „Übergang vom Aufbau zum repräsentativen Ausbau der deutschen Hauptstadt“²⁸ gewährleisten sollte. Mit diesen Mitteln wurde vor allem der Wohnungsneubau gefördert. Seit 1955 wurden jährlich knapp 20.000 Wohnungen gebaut. Im selben Jahr begann mit dem Hansaviertel der Bau von Großsiedlungen in West-Berlin. 1960 wurden die Grundsteine für die Neubaugebiete Falkenhagener Feld in Berlin-Spandau und Berlin-Buckow-Rudow²⁹ gelegt. Als letzte der vier West-Berliner Großsiedlungen begannen im Märkischen Viertel die Bauarbeiten 1963.

Die Schaffung der Großsiedlungen trotz des stark vorangetriebenen Wohnungsbaus Ende der 1950er Jahre erklärt sich mit der in West-Berlin auch zu Beginn der 1960er Jahre noch stark vorhandenen Wohnungsknappheit. Diese ging sogar so weit, dass Menschen zum Teil in eigentlich nicht bewohnbaren Keller- und Dachgeschosswohnungen leben mussten.³⁰ So stellte auch der da-

²³ vgl. Wolfgang Ribbe, *Berlin 1945 – 2000. Grundzüge der Stadtgeschichte*, Berlin 2002; S. 91.

²⁴ Wolfgang Ribbe; S.91.

²⁵ Vgl. Wolfgang Ribbe, S. 92.

²⁶ Im Folgenden der Einfachheit halber auch nur als *Berlin* bezeichnet.

²⁷ Vgl. Herbert Schwenk, *Lexikon der Berliner Stadtentwicklung*, Berlin 2002 ; S.295, Tabelle 31.

²⁸ Aus dem Aufbauplan; Zitiert nach: Wolfgang Ribbe; S.96.

²⁹ Seit 1972 unter dem Namen Gropiusstadt bekannt.

³⁰ 33. Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin; 18. Juni 1964.

mals gerade wiedergewählte Regierende Bürgermeister Willy Brandt in seiner Regierungserklärung im März 1963 fest, dass der Wohnungsbau die „wichtigste baupolitische Aufgabe bleiben“³¹ werde. Weiterhin sei jährlich der Bau von 20.000 Wohnungen angedacht, da Wohnraum für Altberliner aber auch für Zugezogene geschaffen werden müsse. Des Weiteren kündigte Brandt den Beginn des „Ersten Stadterneuerungsprogrammes“³² an, um baulich „besonders schlecht[e]“ Mietskasernen zu modernisieren bzw. neuzubauen. Dieser Plan umfasste ca. 56.000 Wohnungen mit 138.000 Bewohnern und beinhaltete vor allem *Sanierungen* in den Innenstadtbezirken. Geplant war die Sanierung in drei Stufen: „Ersatzwohnungsbau, Abriß der überalterten Häuser, Neubau nach modernen städtebaulichen Vorstellungen.“³³ Unter den Fraktionen im Abgeordnetenhaus bestand bezüglich dieser Pläne Einigkeit. Die „Zustände, die wir in den [...] Bruchbuden oder Slums haben“ waren schlicht nicht mehr tragbar.³⁴ Das Konzept der Stadterneuerung, im Wesentlichen nach den oben genannten Stufen, bildete in West-Berlin bis zur Internationalen Bauausstellung 1987 die Grundlage städtischer Bauplanung. In der Regierungserklärung Brandts vor dem Abgeordnetenhaus am 4. März 1965, also knapp zwei Jahre nach der Bildung des neuen Senats, betonte dieser erneut die Wichtigkeit des Wohnungsbaus und der Stadtsanierung.³⁵ Wenn auch im Abgeordnetenhaus die Kritik an dem flächendeckenden Abriss und Neubau von Stadtvierteln vor allem aus der Fraktion der CDU lauter wurde,³⁶ herrschte weiterhin Konsens über den erheblichen Wohnungsmangel, der in Berlin weiterhin herrschte. Die damals bezüglich des Wohnungsbaus herrschende Grundannahme war also, dass West-Berlin an Wohnungsmangel litt und diesem durch den massiven Neubau von Wohnungen begegnet werden musste. Zudem waren die hygienischen und baulichen Zustände in zahlreichen West-Berliner Mietskasernen so schlecht, dass diese einer dringenden Sanierung bedurften.³⁷ Die Lösung war dafür also in neu geschaffenen Großraumsiedlungen am Stadtrand, Wohnraum zu schaffen und die betreffenden Viertel in der Innenstadt durch Abriss und Neubau zu *sanieren*.

Der Wohnungsbau war in den 1960er Jahren nur eine Herausforderung, der sich die Politik stellen musste. Der Bau der Mauer im August 1961 zum Beispiel belastete die West-Berliner massiv³⁸ und

³¹ Regierungserklärung Willy Brandts (SPD) vor dem Abgeordnetenhaus von Berlin; 4. Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin; 18. März 1963.

³² Ebd.; vgl. auch Herbert Schwenk; S.292.

³³ Ebd.

³⁴ Dr. Max Radziejewski (SPD); 18. Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin am 7. November 1963

³⁵ Vgl. Regierungserklärung Willy Brandts (SPD) vor dem Abgeordnetenhaus von Berlin; 48. Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin; 4. März 1965.

³⁶ Namentlich durch Franz Amrehn, dem damaligen Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin.

³⁷ Zu diesem Schluss kam eine 1959/1960 durchgeführte Untersuchung des West-Berliner Senats in Zusammenarbeit mit den Bezirken.

³⁸ Die West-Berliner Bevölkerung wurde zunehmend aggressiver gegenüber der Mauer und der DDR; Beispiel: Demonstrationen gegen den Tod Peter Fechtens an der Mauer.

hatte auch handfeste wirtschaftliche Folgen, die mit dem „Grenzgängerverlust“³⁹, also dem massiven Verlust an Arbeitskräften, einhergingen. Besonders die Bauwirtschaft war davon betroffen, was für die allgemeine Wohnungssituation in Berlin zusätzlich hart traf.⁴⁰

Ein nicht zu unterschätzender Unruheherd im West-Berlin der 1960er Jahre waren ebenfalls die sich auch hier bildenden Studentenprotestbewegungen. Der Beginn der Studentenproteste kann auf den 18. Dezember 1964 datiert werden.⁴¹ An diesem Tag war der kongolesische Ministerpräsident Moïse Tschombé⁴² in West-Berlin. Gegen diesen Besuch formierte sich ein Protestzug aus ungefähr 800 Menschen, aus dessen Reihen massiver Widerstand gegen die Staatsgewalt ausgeübt wurde. So wurde das Auto des kongolesischen Ministerpräsidenten aus der Demonstration heraus massiv mit Tomaten beworfen und die Polizei zum unkoordinierten Handeln gedrängt. Mit dabei war damals schon Alfred Willi Rudolf (genannt: Rudi) Dutschke, der später eine führende Rolle in der West-Berliner und gesamt-deutschen Studentenbewegung übernehmen sollte. Nach dieser ersten geglückten Aktion, die Dutschke als „Beginn unserer Kulturrevolution“⁴³ bezeichnete, folgten weitere kleinere Demonstrationen und Konfrontationen der Studenten, die sich nun vermehrt im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) organisierten, mit der Staatsmacht.⁴⁴ Als bedeutendes Ereignis für die nachfolgende Radikalisierung und Militarisierung der Studenten des SDS, die bald auch unter dem Namen der Außerparlamentarischen Opposition (APO) firmierten, muss der 2. Juni 1967 angesehen werden. An diesem Tag kam es auf einer Demonstration gegen den Staatsbesuch des Shahs von Persien zu einer vom Regierenden Bürgermeister Heinrich Albertz angeordneten Räumungsaktion, im Rahmen welcher der Polizist Karl-Heinz Kurras⁴⁵ den Studenten Benno Ohnesorg erschoss. Folge waren wütende Proteste der Studenten und, nach einer Reihe erfolgloser Vertuschungsaktionen⁴⁶, der Rücktritt des gerade gewählten Regierenden Bürgermeisters. Im SDS und der APO berieten die führenden Köpfe um Dutschke, Rabehl und Lefèvre, ob die Zeit zur „Machtergreifung in Westberlin“⁴⁷ gekommen sei. Es wurde sich darauf geeinigt, weiterhin politisch Unruhe zu säen und Kontakte in die Industrie zu knüpfen.⁴⁸ Die Strategie der weiteren Politisierung und Aufwiegelung der Menschen in West-Berlin ließ sich in der Folge erkennen. Im Februar 1968 lud der SDS Berlin zum „Internationalen Vietnamkongress“ an

³⁹ Rolf Schwedler, Senator für Bau- und Wohnungswesen (SPD) von 1955 bis 1972; 10. Sitzung (IV. Wahlperiode) des Abgeordnetenhaus von Berlin; 6. Juni 1963.

⁴⁰ Ebd.

⁴¹ Vgl. Wilfried Rott, *Die Insel. Eine Geschichte West-Berlins. 1948-1990*, München 2009; S.236.

⁴² Äußerst umstritten und von seinen Gegnern für die Ermordung seines Amtsvorgängers Patrice Lumumba verantwortlich gemacht.

⁴³ Rudi Dutschke; zitiert nach: Wilfried Rott; S.236.

⁴⁴ Zum Beispiel Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten vor dem Amerika-Haus; vgl. Ingo Juchler; S.32f.

⁴⁵ Später stellte sich heraus, dass Kurras zum Zeitpunkt der Todesschüsse auf Ohnesorg Inoffizieller Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR war.

⁴⁶ Unter anderem wurde behauptet Ohnesorg sei durch einen Genickbruch gestorben.

⁴⁷ Zitiert nach: Götz Aly; S.96.

⁴⁸ Vgl. Götz Aly; S.96f.

die Technische Universität zu Berlin ein. Auf diesem wurde ein „neues, ‚revolutionäres‘ Selbstverständnis der Studentenbewegung“⁴⁹ deutlich. Außerdem erhielt die Bewegung durch die Teilnahme prominenter Persönlichkeiten aus Journalismus, Literatur und der Szene der Intellektuellen, wie Ulrike Meinhof, Hans Magnus Enzensberger, Helmut Gollwitzer, Herbert Marcuse, Jean-Paul Sartre und diverser weiterer, ein starkes Signal der Unterstützung.⁵⁰

Eine Zäsur für die Studentenbewegung stellte jedoch der 11. April 1968 dar. An diesem Tag wurde Rudi Dutschke in Berlin Opfer eines Mordanschlags, den er nur schwer verletzt überlebte. Die APO und andere linke Kräfte machten für den Mordversuch an Dutschke die angeblichen Hetzangriffe der Politik und vor allem des Axel-Springer Verlags verantwortlich.⁵¹ Die Wut der Studenten kanalisierte sich in den sogenannten Osterunruhen, welche Straßenschlachten mit der West-Berliner Polizei, brennende Autos vor dem Axel-Springer Verlagshaus und eine Blockade von diesem hervorbrachten.

Das letzte Großereignis der West-Berliner Studentenbewegung war schließlich die „Schlacht am Tegeler Weg“, bei der es anlässlich eines Prozesses gegen APO-Anwalt Horst Mahler zu Straßenschlachten zwischen Polizei und Demonstranten kam, in welchen die Demonstranten letztlich obsiegten.⁵²

Es kann festgehalten werden, dass die generelle politische Stimmung zum Ende der 1960er Jahre in West-Berlin stark aufgeheizt war. Die Außerparlamentarische Opposition und der Sozialistische Deutsche Studentenbund sorgten mit Demonstrationen, revolutionären Reden und Flugblättern und teilweise stark gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei für eine Bedrohung der Autorität des Staates in West-Berlin. Schließlich lässt sich die West-Berliner Situation der 1960er Jahre noch durch das ehrgeizige Stadterneuerungsprogramm und die weiter drängende Wohnungsnot kennzeichnen. In West-Berlin gab es also am Ende der 1960er-Jahre zwei politische Handlungsfelder, die als kritisch angesehen werden müssen.

⁴⁹ Ingo Juchler; S.58.

⁵⁰ vgl. Ebd.

⁵¹ Ingo Juchler

⁵² Ingo Juchler,

III. ÜBER DEN KRISENBEGRIFF

Auf die breite Debatte zum Krisenbegriff wurde bereits in der Einleitung hingewiesen. Augenfällig wurde, dass der Terminus anfällig für Missverständnisse ist und nur selten klar bestimmt wird. Hier soll diese Debatte genauer nachvollzogen werden und zu einer eigenen Definition führen, die das Verständnis der Forschungsproblematik erleichtern soll.

Essentiell ist dafür das Herausstellen von Gemeinsamkeiten der verschiedenen Krisenkonzepte in der Wissenschaft. So stark sich auch die Forscher in den Schwerpunkten ihrer Definitionen und ihrer Wertung von Merkmalen der Krise unterscheiden, so unbestritten sind einige zentrale Aspekte des Begriffs. Beispielsweise wird von niemandem bezweifelt, dass Krisen menschengemacht sein müssen. Damit grenzt das moderne Verständnis des Begriffes die Krise von *Katastrophe* und *Desaster* ab, die beide auch ohne menschliches Zutun auftreten können.⁵³ *Krise* wiederum entstehe durch den menschlichen Umgang mit ebendiesen oder mit anderen Problemen, die auf menschlichem Handeln basieren.⁵⁴ Manche Forscher handeln diese Feststellung eher implizit ab⁵⁵, während Patzel-Mattern beispielsweise explizit formuliert, dass eine Krise „ohne Menschen, die [...] diese durch ihr Handeln beeinflussen oder gar hervorbringen, [...] nicht denkbar“⁵⁶ sei. Die moderne Wissenschaft entfernt sich dabei zu einem gewissen Maß von der medizinischen Bedeutung des Wortes im Altgriechischen als der Moment der Krankheit, in dem sich ihr Ausgang entscheidet.⁵⁷ Dieser war zu damaliger Zeit nicht immer durch den Menschen hervorgebracht oder beeinflussbar.

Der heutige Blick auf den Begriff erklärt auch die Spezifität der Krise, dass nach Koselleck „eine Entscheidung fällig [...], aber noch nicht gefallen“ ist.⁵⁸ Damit macht er ein weiteres Kriterium der Krise fest, das in der heutigen Forschung unumstritten ist. Patzel-Mattern liest daraus, dass sich in Krisen „Gestaltungsräume“ entwickeln würden.⁵⁹ Betont wird außerdem häufig die „prinzipielle Lösbarkeit des Problems“⁶⁰, vor allem durch Nassehi. Eine Angelegenheit, die also von Grund auf so gestaltet ist, dass keine Lösung vorliegen kann, ist keine Krise. Diese kann jedoch trotzdem vorliegen, wenn eine Lösung nicht gefunden wird oder wegen divergierender Interessen nicht gefunden werden kann, obwohl sie theoretisch möglich wäre.⁶¹ Die Beurteilung einer Krise als praktisch lösbar oder praktisch nicht lösbar muss wiederum im Einzelfall vorgenommen werden.

⁵³ Vgl. Stefan Willer, *Katastrophen: Natur – Kultur – Geschichte. Ein Forschungsbericht* in: H-Soz-Kult; 13. September 2018.

⁵⁴ Vgl. Armin Nassehi, *Der Ausnahmezustand als Normalfall. Modernität als Krise* in: Kursbuch 170, S. 24.

⁵⁵ Vgl. Gerhard Schulze; Jasmin Siri, *Die Krise organisieren. Parteien und das Politische* in: Kursbuch 170.

⁵⁶ Katja Patzel-Mattern, S.16

⁵⁷ Vgl. Katja Patzel-Mattern, S.15

⁵⁸ Reinhart Koselleck; *Kritik und Krise. Eine Studie zur Pathogenese der bürgerlichen Welt*, Freiburg/München 2017^{13.}Aufl. (EA 1959).

⁵⁹ Katja Patzel-Mattern, S. 15.

⁶⁰ Armin Nassehi, S. 35

⁶¹ Ebd.

Im Zusammenhang mit diesen dargestellten Möglichkeiten der Entscheidung und der Lösbarkeit einer Krise steht auch die sogenannte *Ambivalenz* der Krise.⁶² Damit ist gemeint, dass diese vor- oder nachteilig ausgehen kann. In welche der beiden Kategorien der Ausgang einer Krise einzuordnen ist, steht in Zusammenhang mit der Perspektive des Bewertenden.⁶³ Es gibt in Krisen – und auch darüber besteht in der Forschung Einigkeit – Gewinner und Verlierer.⁶⁴ Objektiv also den Ausgang einer Krise in die Kategorien gut oder schlecht einzuordnen, ist nicht möglich. Die Unterscheidung der Perspektive ist in der Beschäftigung mit der Krise unerlässlich. Möglich ist es jedoch zu prüfen, wer auf welche Art und Weise und in welchem Ausmaß von einer Krise profitiert und wer durch sie verliert. Als missliche Konsequenz einer Krisensituation könnte danach beispielsweise der Zusammenbruch eines vorher funktionierenden Systems zum Nachteil einer großen Masse der in ihm lebenden Menschen denkbar.⁶⁵

Aus der Erkenntnis, dass Krisen ambivalent sind, problematisiert die Forschung, ob Krisen generell eher als Chance oder als Gefahr betrachtet werden sollten. An diesem Scheidepunkt lassen sich die meisten Forscher in zwei Lager einordnen. Es gibt Pessimisten, die Krisen eher als Gefahr und drohenden Zusammenbruch sehen (unter anderem Dueck) und Optimisten, die Krisen als notwendige Voraussetzung für Fortschritt ansehen (dazu lassen sich Nassehi, Schulze etc. zählen). Die Befürworter der Krise sind dabei in der Überzahl, weshalb ein optimistischer Blick auf die Krise als wissenschaftliche Grundtendenz zum Krisenbegriff angesehen werden kann. Der wissenschaftliche Blick unterscheidet sich also von dem in der Öffentlichkeit vorherrschenden Bild der Krise.

Entgegen dieser Tendenz argumentiert aber zum Beispiel Dueck, der in der Krise, wie bereits angedeutet, die Gefährlichkeit des Verfalls als sehr groß ansieht. „Im Durchschnitt“, so schreibt er „zerbrechen [...] Unternehmen, Kulturen [...] und Weltmächte an den Krisen.“⁶⁶ Der Regelfall ist für Dueck also keineswegs die Lösung der Krise und die Verbesserung des in die Krise geratenen Systems. Vielmehr seien Krisen tückisch für solche Systeme, die nicht von Grund auf schlecht seien, sondern lediglich kleinere Fehler aufwiesen. Durch den Beginn einer Krise geraten dann jedoch auch Teile des Systems in Gefahr, die eigentlich nicht negativ sind, womit auch Aspekte verloren gehen, die es eigentlich nicht müssten. „Beim Niedergang in die Krise stirbt vieles ganz endgültig“⁶⁷ – mahnt er daher. Die prinzipielle Lösbarkeit der Krise bezweifelt Dueck indes nicht.

⁶² vgl. Katja Patzel-Mattern, S. 16.

⁶³ Vgl. Armin Nassehi, S. 48.

⁶⁴ Vgl. Katja Patzel-Mattern, S. 15; Gunter Dueck, *Ich hasse Krisen. Denn Krisen geben Macht, die keiner braucht*, in: Kursbuch, S. 85.

⁶⁵ Vgl. Gunter Dueck.

⁶⁶ Ders., S. 100.

⁶⁷ Ders., S. 87.

Dennoch merkt er an, dass diese in der modernen Welt durch einige Merkmale, wie ein „Utopie-syndrom“⁶⁸ oder eine „unhinterfragte Unprofessionalität“⁶⁹, immer weiter abnehme. Nicht die Krise an sich scheint also das Grundproblem für Dueck zu sein, sondern das Verhalten der Menschen in ihrem Verlauf. Freilich wird dies jedoch kaum voneinander zu unterscheiden sein. Hauptaspekt von Duecks Krisenkonzept ist jedoch, dass „die wenigen, die sich auf Krisen und Risiken verstehen, [...] die Krise [lieben].“⁷⁰ Nur wenige Menschen hätten demnach die Fähigkeit, eine Krisensituation gezielt für sich zu nutzen, was ihnen wiederum große Macht gebe.⁷¹ Diese könne, wenn sie zum eigenen Vorteil genutzt werde, einen schlechten Einfluss auf das Leben der großen Masse haben. Die Grundherangehensweise Duecks, sich die Krisenprofiteure genauer anzusehen, kann in dieser Arbeit gut herangezogen werden, da daran die Motive für Agitation im Märkischen Viertel erkannt werden können. Welche Gruppe oder Organisation hat in welcher Situation eine Krise erkannt und wer war daran interessiert welche Situation zu lösen? Gab es Gruppen, die eigentlich als Ziel nur hatten aus der Krise Profit zu schlagen? Für diese Fragen sensibilisiert die Sichtweise Duecks in besonderem Maße.

Davon abgesehen ist der Krisenbegriff Duecks jedoch zu negativ besetzt. Außerdem bleibt die genaue Bestimmung des Begriffes selbst bei ihm weitgehend aus. Diese wiederum wird von Schulze vorgenommen. Krise ist für ihn die „Störung wiederholter, ineinandergreifender Abläufe.“⁷² Der Zustand ohne diese Störung wird von ihm als *Normalität* bezeichnet.⁷³ Am Anfang jeder Forschung zu Krisen müsse daher die jeweilige Normalität identifiziert und erklärt werden.⁷⁴ Dafür gibt er weitere Denkanstöße, indem er in zwei *Ordnungen* des Normalen unterteilt.⁷⁵ Diese nennt er die „Ordnung des Aufenthalts“ und die „Ordnung der Transformation“. Erstere bezeichnet den Zustand eines Systems, das im besagten Moment keinen Wandel durchlebt. Letztere wird demnach für ein im Wandel befindliches System genutzt. Auffällig ist, dass *Wandel* nach Schulze keine zwingend krisenhafte Situation darstellt, sondern als weitere Form der Normalität angesehen werden kann. Analog zu den aufgestellten Ordnungsbegriffen lassen sich auch zwei Krisen beschreiben: Die Aufenthalts- und die Transformationskrise.⁷⁶ Beide stellen eine Störung der eigentlich vorhergesehenen Abläufe dar. Während eine Aufenthaltskrise jedoch gelöst werden könne durch den Beginn des Wandels im System, also den Übergang in die Ordnung der Transformation, sei eine

⁶⁸ Unter „Utopiesyndrom“ versteht Dueck das Phänomen, dass in der Moderne für Fortschritt unerreichbare Ziele gesetzt würden, Zweifel an deren Erreichbarkeit jedoch nicht erlaubt seien, da sie das System als solches in Frage stellen würden. Vgl. Gunter Dueck, 90f.

⁶⁹ „Unhinterfragte Unprofessionalität“ definiert Dueck als Zustand, in dem unprofessionell handelnde Personen davon nichts merken würden, also „vollkommen beratungsresistent“ seien. Vgl. Gunter Dueck, S. 94.

⁷⁰ Ders., S. 97.

⁷¹ Vgl. dazu auch: ders., S. 85.

⁷² Gerhard Schulze, S. 21.

⁷³ Ebd.

⁷⁴ Ders., S. 22.

⁷⁵ Vgl. Ders., S. 49.

⁷⁶ Vgl. Ders., S. 51f.

Transformationskrise deshalb schwieriger zu lösen, weil sie den Glauben in die Möglichkeiten des Wandels erschüttere.⁷⁷ Außerdem sei die Ordnung der Transformation im Allgemeinen „abstrakt“ und daher schwer zu erfassen, wodurch auch die Transformationskrise zu einer sehr schwierigen Situation werde.⁷⁸

Grundsätzlich ähnlich zu Schulze argumentiert Nassehi in seinem Konzept von Krise. Auch er sieht die Abweichung von Ordnung und Normalität als zentralen Aspekt der Krise an.⁷⁹ Doch im Gegensatz zu Schulze, der eine konkrete gesellschaftliche Erklärung des Ursprungs der Abweichung vom Zustand des Normalen nicht in den Vordergrund rückt, bietet Nassehi eine solche ausführlich an. Die Krisen der Moderne seien darauf zurückzuführen, dass „die unterschiedlichen Logiken ihre gesellschaftliche Bedeutung als eigenlogische Bedeutung ansehen.“⁸⁰ Zuvor setzt er die *Logiken* mit Teilsystemen⁸¹ gleich, die zusammen die gesamtgesellschaftliche Ordnung bilden.⁸² Dies bezeichnet er als *funktionale Differenzierung*. Allerdings seien die Teilsysteme „nicht wirklich mit Passung aufeinander bezogen“⁸³ woraus sich gemeinsam mit ihrem jeweiligen Anspruch das wichtigste Teilsystem zu sein, Reibungspunkte andeuten. Gleichzeitig entstehe nach Nassehi durch diese funktionale Differenzierung der Gesellschaft eine Unregierbarkeit der Moderne. In einer Demokratie sei nämlich keine Instanz in der Lage, alle Teilsysteme zu regieren. Nassehi sieht in der Krise also eine unvermeidliche Folge der Demokratie. Das regelmäßige Vorhandensein von Krisen ist für ihn also ein Hinweis auf demokratische Verhältnisse und das Gesamtkonzept der Krise somit eher positiv geprägt.

Widerspruch zu der These Nassehis, dass in Zeiten der Krise die vermeintliche Unregierbarkeit der Moderne zum Vorschein komme, lässt sich bei Luhmann finden. Auch dieser geht von einer funktionalen Differenzierung der Gesellschaft aus, folgert daraus jedoch, dass Krisen einen „Integrationsseffekt“ hätten.⁸⁴ Dieser beruhe darauf, dass nicht „einzelne Werte“ bedroht seien, sondern die Gefährdung vom „Erfüllungsstand zahlreicher Werte diffus, unbestimmt und unter Zeitdruck“ entstehe. Krise stellt für Luhmann also die zeitweise Überwindung der funktionalen Differenzierung dar, die durch notwendigen Aktionismus erreicht werde.

Als Grundlage der Definition von Krise in dieser Arbeit soll das Krisenkonzept nach Schulze dienen. Die Argumentation der Abweichung vom Normalzustand vermag zu überzeugen, und wird daher

⁷⁷ Ders., S. 52f.

⁷⁸ Ders., S. 53.

⁷⁹ Armin Nassehi, S. 38.

⁸⁰ Ders., S. 39.

⁸¹ Teilsysteme sind nach Nassehi Untersysteme eines größeren gesamtgesellschaftlichen Systems, die sich jeweils nur mit einem Teilgebiet von diesem auseinandersetzen. Beispiele dafür sind zu Beispiel das Wirtschafts- und das Sozialsystem in Deutschland, die zwar beide zum politischen System des Landes gehören, aber dennoch teils konkurrierende Interessen entwickeln.

⁸² Ders., S. 38.

⁸³ Ebd.

⁸⁴ Niklas Luhmann, *Öffentliche Meinung*, in: *Politische Planung. Aufsätze zur Soziologie von Politik und Verwaltung*, Wiesbaden 2007, S. 16.

auch von diversen weiteren Wissenschaftler ähnlich bemüht wird.⁸⁵ Ergänzt werden soll die Definition der Krise durch Schulze mit den in der Forschung allgemein anerkannten Aspekten der Ambivalenz der Krise, ihrer Menschengemachtheit und auch ihrer potentiellen Lösbarkeit. Bezüglich der Frage nach der Entstehung von Krisen folgt diese Arbeit der Annahme Nassehis, dass diese durch die Konkurrenz und nicht aufeinander Abgestimmtheit der Teilsysteme eines Gesamtgefüges ausgelöst werden. Außerdem sollte der von Dueck angemahnte kritische Blick auf die Profiteure von Krisen und deren möglichen Einsatz von Know-How zum eigenen Nutzen einen zentralen Untersuchungsaspekt darstellen. Die aufgestellte Definition wird im folgenden Kapitel auf den Untersuchungsgegenstand angewandt.

⁸⁵ Die Unterscheidung zwischen Transformations- und Aufenthaltskrisen fand ihren Eingang nicht in diese Arbeit, da sie auf die Situation im Märkischen Viertel im Rahmen dieses Wettbewerbsbeitrages nicht angewendet werden kann. In ausführlicheren Studien zu der krisenhaften Situation im MV sollte dies jedoch vorgenommen werden.

IV. ANALYSE DES HISTORISCHEN FALLBEISPIELS

A. Zur Bestimmung von städtischer *Normalität* im Märkischen Viertel

Die Bestimmung von *Normalität* in einem Lebensumfeld ist bei Nutzung des Krisenbegriffs nach Schulze für die Auseinandersetzung mit historischen Krisen notwendig, um diese überhaupt untersuchen zu können.⁸⁶ In greifbarer Anwendung dieses Konzepts auf die städtische Realität im Märkischen Viertel soll daher hier von *Normalität* in drei Dimensionen gesprochen werden: infrastrukturelle, soziale und politische *Normalität*. Diese Einteilung erscheint passend, da sie die hauptsächlich relevanten Bereiche für einen funktionierenden Staat auch in Bezug auf die Planung eines neuen Quartiers abdeckt: Die administrative Handlungsfähigkeit, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das grundsätzliche Vertrauen in die staatlichen Stellen. Sie eignen sich folglich auch, um mögliche Krisen des politischen Systems festzustellen, was für das Märkische Viertel geprüft werden soll.

Hinsichtlich der Infrastruktur einer Neubausiedlung liegt auf der Hand, den *Normalzustand* so zu beschreiben, dass auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Wohnungen und Wohnfolgeeinrichtungen⁸⁷ geachtet wird. *Infrastrukturelle Normalität* sichert den Bewohnern die Möglichkeit, ihre Kinder in Kindergärten zu bringen und Kinder und Jugendliche wohnortnah in einer Schule unterzubringen. Auch geringe Abweichungen von diesen als *normal* empfundenen Umständen können noch in die *Normalität* eines Wohnquartiers eingebunden werden, wenn sie innerhalb kürzerer Zeit behoben werden. Vor allem bei Berücksichtigung des Neubaucharakters des Märkischen Viertels erscheint dieses Einräumen geringfügiger Abweichungen als angemessen. Dass die hier gegebene Definition von *Normalität* für städtische Infrastruktur auch auf Großprojekte wie das Märkische Viertel angewendet werden kann, demonstriert ein Blick auf die nahezu zeitgleich errichtete Gropiusstadt. Dort wurden diese Kriterien bekanntlich weitgehend erfüllt. Die Wohnfolgeeinrichtungen waren also dem Bau der Wohnungseinheiten angepasst.⁸⁸ Das Leben der Menschen in der Gropiusstadt konnte zumindest in dieser Hinsicht einen *normalen* Gang nehmen.

In Bezug auf die zu beschreibende *soziale Normalität* soll als Normalzustand hier angesehen werden, wenn die Menschen in einer ihrem sozialen Status angemessenen Umgebung leben. Damit ist ausdrücklich nicht gemeint, dass sozial Benachteiligte im Normalzustand nur in Vierteln mit einem großen Anteil an sozial Benachteiligten wohnen oder Wohlhabende nur in privilegierten Ortsteilen logieren. Die angemessene Umgebung möchte ich hier so verstanden wissen, dass in

⁸⁶ Gerhard Schulze, S.21.

⁸⁷ Alle Einrichtungen, die zur Funktion eines Viertels notwendig sind. Dazu gehören u.a. Geschäfte, Freizeiteinrichtungen, Wohlfahrts-einrichtungen, Schulen, Kindergärten etc.

⁸⁸ Vgl. Lexikon der Berliner Stadtentwicklung, S. 296.

dem Umfeld der betreffenden Menschen Strukturen anzutreffen sind, die von diesen genutzt werden können. Das meint zum Beispiel, dass geeignete Arbeitsplätze zur Verfügung stehen müssen, eine ausgewogene Sozialstruktur vorhanden ist und die Mieten zu den Einkommen der Bürger passen. Angemessen ist eine Wohnumgebung also dann, wenn sie zu den Voraussetzungen und Bedürfnissen der Menschen passt.

In Hinsicht auf die städtische *politische Normalität* in einer funktionierenden demokratischen Gesellschaft ist es naheliegend diese so zu bestimmen, dass der Großteil der Bürger Vertrauen in die demokratische Ordnung hat und ihre Werte aktiv unterstützt. Als Voraussetzung dafür muss auch ein Grundvertrauen in politische Verantwortungsträger angesehen werden. *Politisch normal* ist, wenn sich Gruppierungen bzw. Menschen, die dem demokratischen System grundsätzlich feindlich gegenüberstehen und sich an den radikalen Rändern des politischen Spektrums befinden, vergleichsweise wenig in einem Quartier vorhanden sind. Wenn sich aber größere Gruppen zusammenfinden, die (aus welchen Gründen auch immer) das politische System ablehnen und gegen dieses aufbegehren, ist das als offensichtliche Abweichung vom Normalen zu werten. Eine demokratische Gesellschaftsordnung beruht darauf, dass Gruppen, die gegen sie gerichtet sind, nur in kleinem Ausmaß vorhanden sind, während der Großteil der Bürger sie unterstützt. Die drei beschriebenen Normalitäten der Infrastruktur und der sozialen und politischen Situation sind notwendig und sinnvoll, um den Quartierszustand im Märkischen Viertel auf seine Krisenhaftigkeit nach Schulze zu untersuchen, da damit die Lebens- und Wohnsituation der Bewohner des Quartiers differenziert erfasst werden kann.

B. Die Baugeschichte des Märkischen Viertels: Von einem städtebaulichen Experiment für Wohnkomfort zum modernen Quartier in der Krise

Die Fläche, die das heutige Märkisches Viertel umfasst, stellte die Stadt nach dem Zweiten Weltkrieg vor erhebliche politische und stadtplanerische Herausforderungen.⁸⁹ Ein Gutachten des Stadtplanungsamtes Reinickendorf kam 1956 zu dem Schluss, dass der *Ortsteil Wilhelmsruh*⁹⁰ ein „Problemgebiet“ darstelle.⁹¹ Drei hauptsächliche Herausforderungen machte die Bezirksverwaltung aus: die überdurchschnittlich hohe Jugendkriminalität, die erhöhte Seuchengefahr⁹² und die

⁸⁹ Die Geschichte des Gebiets ist eng verbunden mit der Geschichte der Wohnungsnot im Berlin des 20. Jahrhunderts. Nach schon zuvor ungeordneter und teils ungenehmigter Bebauung setzte ab 1945 infolge der immensen Kriegszerstörungen und Ausbombungen im Zweiten Weltkrieg eine zweite Besiedlungswelle in das Laubengebiet zwischen Wilhelmsruh und Wittenau ein. In der Folge wuchs die Anzahl der Menschen, die dort bis 1947 in Baracken und notdürftig in Lauben lebten auf ca. 10.000 Menschen an. Vgl. zur Geschichte des Gebiets: vgl. Harald Bodenschatz, *Kultobjekt Märkisches Viertel* in: Brigitte Jacob; Wolfgang Schäche (Hrsg.), *40 Jahre Märkisches Viertel. Geschichte und Gegenwart einer Großsiedlung*, Berlin 2004; S. 14.

⁹⁰ Die Bezeichnung des Gebiets, das später Märkisches Viertel genannt wurde variiert sowohl in der Fachliteratur als auch in den Originalquellen zwischen „Wittenau-Nord“ und „Wilhelmsruh“, wobei „Wilhelmsruh“ häufiger genutzt wird. Das ist mit der Lage des Gebietes auf der Ortsteilgrenze zu erklären.

⁹¹ Vgl. Harald Bodenschatz; S. 14.

⁹² Vor allem Tuberkulose und Parasitenbefall waren in dem Laubengebiet überproportional weit verbreitet. Gründe hierfür waren laut Gutachten die schlechten hygienischen Verhältnisse in der Siedlung, sowie die dort schlecht ausgebaute städtische Kanalisation. Harald Bodenschatz, S.14.

angeblich weit verbreiteten „östliche[n] Einflüsse“ im Denken der Bewohner der Laubensiedlung.⁹³ Gerade der letzte Aspekt lässt vermuten, dass bei der Entscheidung über die Sanierung des Gebiets auch machtpolitische Interessen im Zuge des Ost-West-Konflikts eine Rolle gespielt haben könnten. In der Öffentlichkeit bezeichnete man die Siedlung in jener Zeit auch mitunter als „grüne Slums von Wittenau“.⁹⁴ Eine dauerhafte Aufrechterhaltung dieser Zustände war für den Bezirk Reinickendorf und den West-Berliner Senat unter diesen Einflüssen unmöglich und infolge der sich verschärfenden Situation auf dem West-Berliner Wohnungsmarkt wohl auch nicht gewollt. Daher arbeitete das Stadtplanungsamt Reinickendorf ab 1957 an einem Plan für die Sanierung und die Verbesserung der Lebenssituation in Wilhelmsruh durch die Besserung der hygienischen Bedingungen, das Ordnen der Bebauung und die Steigerung der Attraktivität des Gebiets, auch für Familien aus der Mittelschicht. Die historisch gewachsene Ortsstruktur sollte jedoch erhalten werden.⁹⁵

Diese ursprünglichen Planungen veränderten sich 1960 entscheidend. Die Zuspitzung der beengten Raumverhältnisse in der geteilten Stadt machte aus Sicht des Senats, der sich nunmehr auf eine längere Phase der Teilung einrichtete, die Planung von Großraumsiedlungen am Stadtrand notwendig.⁹⁶ Rolf Schwedler, West-Berlins langjähriger für Bau- und Wohnungswesen verantwortlicher Senator griff vermehrt aus gesamtstädtischem Interesse in die Planungen ein, die nun erstmalig die Entwicklung eines Hochhausgebiets umfassten. Damit beabsichtigte der Senat, die spärlichen Grünflächen in der Stadt zu sichern. Durch das Eingreifen der Senatsbauverwaltung sank der Einfluss des bezirklichen Stadtplanungsamtes Reinickendorf massiv. An der Verdichtung des neuen Ortsteils war der Bezirk damit nicht mehr direkt planerisch beteiligt.⁹⁷ Der Senat übertrug den Architekten Georg Heinrichs, Hans Christian Müller und Werner Düttmann die Verantwortung für die Sanierung des Gebiets. Zum Jahresende 1962 wurde als *Sanierungsträgerin* die unter städtischer Aufsicht stehende *Gesellschaft für sozialen Wohnungsbau* (Gesobau) ausgewählt.⁹⁸ Gleichzeitig erhielt das *Sanierungsgebiet* den Namen *Märkisches Viertel*. Die Einordnung als Sanierungsgebiet hebt den Zusammenhang des Baus des Märkischen Viertels (im Folgenden auch: MV) mit dem 1963 verkündeten Ersten Stadterneuerungsprogramm hervor. Dieses diente der Entlastung des unter Spannung stehenden West-Berliner Wohnungsmarktes, der jedoch mit dem anderer

⁹³ Bei dem genannten Gutachten handelt es sich um ein Gutachten vorgelegt vom Stadtplanungsamt Reinickendorf. Vgl. Harald Bodenschatz; S. 14.

⁹⁴ Herbert Schwenk; S. 294.

⁹⁵ Vgl. Harald Bodenschatz; S. 17.

⁹⁶ In diese Zeit fallen die Planungen aller drei noch heute bestehenden Großraumsiedlungen im ehemaligen Westteil der Stadt: die Gropiusstadt in Neukölln, das Märkische Viertel in Reinickendorf und das Falkenhagener Feld in Spandau. Das Hansaviertel fällt hier als Projekt für die Bauausstellung 1957 heraus.

⁹⁷ Alexander Wilde, *Das Märkische Viertel*, Berlin 1989, S. 39.

⁹⁸ Alexander Wilde, S. 44.

westdeutscher Großstädte dieser Zeit vergleichbar war. Damit wäre die Einordnung des West-Berliner Wohnungsmangels als *Krise* allerdings verwegen und wird hier nicht verwendet.

Die Planungen des Senats wurden in – für heutige Verhältnisse – beeindruckender Geschwindigkeit umgesetzt. Bereits im August 1964, nur ein Jahr nach Grundsteinlegung, waren die ersten Wohnungen bezugsfertig.⁹⁹ Das Märkische Viertel galt rasch als Vorzeigeprojekt des sozialen Wohnungsbaus mit komfortablen, gut geschnittenen Wohnungen und einem modernen, perfekt geplanten Wohnumfeld. Geglückt schien das „Experiment“, das auch ein „Demonstrativprojekt an der Zonengrenze“¹⁰⁰ sein sollte. Die neu eingezogenen Bewohner waren froh über ihren verbesserten Wohnkomfort. Auch die Architekten des MV hielten sich des Lobes kaum zurück. Die Abkehr vom traditionellen Wohnungsbau wurde von ihnen als Aufbruch angesehen und das MV als Projekt für die Zukunft und als „Vision“ beschrieben.¹⁰¹ Diese damalige Sichtweise macht die Stimmung deutlich, die damals vorherrschte. Die Pionierarbeit, die die Architekten im MV zu erkennen meinten, hebt den positiven Blick der Zeit auf den Wandel im Wohnungs- und Städtebau in Berlin hervor. Herbert Stranz, einer der im MV tätigen Architekten, bewerte die fertiggestellten Bauabschnitte im für die bundesdeutsche Geschichte später so bedeutsam werdenden Jahr 1968 noch als „angewandte Sonne“ und Werk für „Arbeiter und Angestellte, Städtebau für Kinder und Alte.“ Er war nicht allein¹⁰² damit, dass er im Märkischen Viertel den „Individualismus der Einzelwohnungen im Arrangement“ als Erfolg ansah. Das sei „Demokratie.“¹⁰³

Diese unzweifelhafte Fortschrittszuversicht in die gelungene Gestaltung des Märkischen Viertels teilte die Bezirkspolitik bereits 1967 nicht mehr restlos. Anlässlich einer Anfrage der SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Reinickendorf zur Möglichkeit der Einflussnahme auf die äußere Gestaltung des MV¹⁰⁴ äußerte der Bezirksverordnete von Lipinski beispielsweise sowohl seine Besorgnis über die Farbgestaltung der Neubauten, als auch über deren Größe, die er als „erdrückend“¹⁰⁵ empfand. Weiter wurde kritisiert, dass sowohl Bewohner, als auch Besucher des MV „zur Zeit allerlei Belästigungen auf sich zu nehmen“¹⁰⁶ hätten. Trotz allen Widerspruchs aus dem Bezirk an der allzu positiven Darstellung des MV durch seine Architekten, machte die BVV

⁹⁹ Der Baubeginn, wie auch die frühe Bauphase, wurde zwar von Protesten und (erfolglosen) Klagen der früheren Laubenbesitzer gegen das Großprojekt begleitet. Diese gerieten allmählich jedoch in Vergessenheit, nachdem die gegen Entschädigungen an die Gesobau verkauften Grundstücke bebaut und in die vor Ort lebenden Menschen in die ihnen zugewiesenen neu geschaffenen Wohnungen im MV einzogen.

¹⁰⁰ Harald Bodenschatz; S. 17.

¹⁰¹ Dittmar Machule, *Wer ein Haus bauen kann, kann auch eine Stadt bauen!* in: Brigitte Jacob; Wolfgang Schäche; S. 52.

¹⁰² In eine ähnliche Bewertungsrichtung gingen auch seine Mitplaner wie Ernst Gisel, René Gagès und Volker Theißen.

¹⁰³ Alle Zitate nach: Harald Bodenschatz; S. 19.

¹⁰⁴ Anfrage der SPD-Fraktion; 4. Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Reinickendorf (BVV); 5. Juli 1967; TOP 20; Drucksache (Drs.) 62 in: LAB 1.

¹⁰⁵ 4. Sitzung der BVV; 5. Juli 1967; TOP 20 in: LAB 1.

¹⁰⁶ Ebd.

deutlich, dass sie das Entwicklungsprojekt MV als solches unterstützte. So betonte die Kommunalpolitik beispielsweise immer wieder die Notwendigkeit, auf die Fertigstellung des Viertels zu warten.¹⁰⁷

Eine gutes dreiviertel Jahr später, im März 1968, traten allerdings die Mängel in der Infrastruktur des Viertels zu Tage. Die Bezirks-SPD setzte das Thema der fehlenden sogenannten *Wohnfolgeeinrichtungen* erstmals auf die Tagesordnung der BVV Reinickendorf.¹⁰⁸ Eine dazu von den Sozialdemokraten eingebrachte Empfehlung forderte das Bezirksamt auf, sich dafür einzusetzen, dass die Anzahl der öffentlichen Einrichtungen im Schul- und Gesundheitswesen sowie die Anzahl der Kindertagesstätten im MV überprüft und den Gegebenheiten angepasst werden sollten. Der Bezirksverordnete Harald Papke (SPD) führte dazu aus, dass bei der Berechnung der Wohnfolgeeinrichtungen offenbar „ungenauere Voraussetzungen“ zu Grunde gelegt worden seien. So seien mehr kinderreiche Familien ins MV gezogen, als in der Planung berücksichtigt worden seien. Besonders die Schulen seien überlastet gewesen.¹⁰⁹ Einstimmig stellte sich das Bezirksparlament hinter den Antrag. Der Mangel an Wohnfolgeeinrichtungen bestimmte in der Folge maßgeblich die Debatte um das Märkische Viertel. Sowohl die Lokal-¹¹⁰, als auch die Berliner Tagespresse¹¹¹ berichteten kritisch über die Verhältnisse in der entstehenden Großraumsiedlung. Auch unter den Bewohnern des Viertels regte sich Widerstand.¹¹² Das Problem gründete sich auf der Fehlannahme der zuständigen Stadtplaner, im MV würde sich eine Bevölkerung niederlassen, die genau dem West-Berliner Durchschnitt entsprach. Tatsächlich unterschied sich die Bevölkerungsstruktur des Märkischen Viertels dagegen vom städtischen Querschnitt¹¹³ deutlich. 32 % der Gesamtbevölkerung des Märkischen Viertels bildeten Ende 1970 die Gruppe der Kinder und Jugendlichen von null bis 14 Jahren.¹¹⁴ Weitere 22 % gehörten zu der demographischen Gruppe der Zwanzigjährigen. 17 % aller Haushalte im Märkischen Viertel hatten zwei oder mehr Kinder, in West-Berlin insgesamt waren es durchschnittlich nur 10 %. Der massive Zuzug an Kindern war von den Planern nicht erwartet worden, weshalb Wohnfolgeeinrichtungen zu klein und in zu geringer Zahl geplant wurden. Die völligen staatlichen Fehlplanungen der Wohnfolgeeinrichtungen im Märkischen Viertel stellen eine unübersehbare Abweichung städtischer infrastruktureller Normalität, auch in der damaligen

¹⁰⁷ Zum Beispiel in Person des Bezirksstadtrats Schäfer. Vgl. ebd.

¹⁰⁸ 11. Sitzung der BVV; 6. März 1968; TOP 10 in: LAB 1.

¹⁰⁹ Vgl. Harald Papke; ebd.

¹¹⁰ Vgl. dazu: u.a. *Der Nord-Berliner*; 6. Juni 1969; in: LAB 11.

¹¹¹ Vgl. dazu: u.a. „Zu wenig Schulen für die vielen Kinder. Im Märkischen Viertel übertreffen die Tatsachen die Planzahlen“ in: *Der Tagesspiegel*; 28. Februar 1968.

¹¹² Zum Beispiel durch die Gründung der Märkischen Viertels Zeitung.

¹¹³ Gemeint ist ab hier der Westteil der geteilten Stadt.

¹¹⁴ Alle Daten sind einer von Karl-Heinz Hasselmann vorgelegten zeitgenössischen Studie entnommen. Die Daten von 1970 sind die ersten, die über Aussagekraft verfügen, da frühere Daten wegen des konstanten Zuzugs weiterer Familien sehr ungenau waren. Ab 1970 begann sich jedoch ein Muster herauszubilden. Vgl. dazu: Johannes Rau, *Mieteraktivitäten im Märkischen Viertel 1969-1973. Geschichte und Probleme*, Berlin 1976, S. 7. Daten nach: Karl-Heinz Hasselmann, *Neue Bevölkerungs- und Sozialstruktur, erläutert am Beispiel des Märkischen Viertels*, Berlin 1971.

Zeit, dar. Damit lässt sich diese mangelnde Mischkonzeption durchaus als Krisensymptom im Planungs- und Bauprozess des MV als neues Quartier in Reinickendorf festmachen.

Spätestens durch den SPIEGEL-Artikel „Menschen im Experiment“¹¹⁵ aus dem Jahr 1970 geriet aber auch die soziale Bevölkerungsstruktur des MV ins Zentrum der Kritik. Nur 23 % der Einwohner des MV stammten 1970 aus dem Verwaltungsbezirk Reinickendorf, der übrige Teil der Mieter entweder aus anderen West-Berliner Bezirken oder sogar aus dem westdeutschen Bundesgebiet. Ein hoher Anteil der Bewohner des MV war zudem von „Umsetzungen“¹¹⁶ im Zuge der Stadterneuerung betroffen. Auch die überproportional hohe Anzahl an Familien mit einem geringen Haushaltseinkommen sollte zu einer Schwierigkeit werden, da die Mieten im sozialen Wohnungsbau des Märkischen Viertels höher waren als in anderen Teilen Berlins.¹¹⁷ Mit der Berichterstattung des SPIEGELS sah sich das Märkische Viertel bald auch bundesweiter Beachtung ausgesetzt. Im Gegensatz zu den bis dahin gewohnten lobenden Worten,¹¹⁸ waren es jetzt harsche, teils polemische Angriffe, mit denen die Neubausiedlung, ihre Bewohner und die Politik umgehen mussten.¹¹⁹ Über Jahre hinweg behielt das Märkische Viertel in der Folgezeit den Ruf eines gescheiterten Experiments und seine Bewohner schamhaftet. Diese sozialen Herausforderungen und die Herausstellung der Bewohner als gesellschaftliche Außenseiter durch die bundesweite öffentliche Berichterstattung sind als eine Störung der sozialen Normalität in einem Lebensumfeld aufzufassen. Sie ist die zweite wesentliche Ursache für die als Krise empfundene Lage im Märkischen Viertel im Sinne Schulzes festzuhalten. Die Entstehungsgeschichte des Märkischen Viertels ist also die der Entwicklung eines vormaligen Vorzeigeprojekts zu einem krisenbehafteten Quartier.

C. Begründung des methodischen Vorgehens der Krisenanalyse

Ab 1968 rückte das Märkische Viertel eindringlich in das Bewusstsein des Reinickendorfer Bezirksparlamentes. Auf Initiative der Fraktion der SPD debattierten die Bezirksverordneten die Sorge, die sogenannten *Wohnfolgeeinrichtungen* in dem seit nunmehr fünf Jahren im Bau befindlichen Viertel am Berliner Stadtrand, nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung stellen zu können.¹²⁰ Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) forderte daher vom Bezirksamt, „sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, da[ss] der Bau sämtlicher Nachfolgeeinrichtung im ‚Märkischen Viertel‘ [...] den tatsächlichen Gegebenheiten angepa[ss]t wird“. Nahezu gleichzeitig problematisierte die

¹¹⁵ Krüger, Karl-Heinz, *Menschen im Experiment* in: *Der SPIEGEL*, Ausgabe 45/1970 S.218-233.

¹¹⁶ „Umsetzung“ war die Bezeichnung für den gezwungenen Auszug von Mietern aus ihren alten Wohnungen, da diese im Rahmen der Stadtsanierung abgerissen wurden, und für die Zuweisung von neuen Wohnungen in anderen Stadtteilen.

¹¹⁷ Vgl. Daten nach Karl-Heinz Hasselmann.

¹¹⁸ vgl. Harald Bodenschatz, S. 19.

¹¹⁹ Vgl. *Menschen im Experiment*.

¹²⁰ Empfehlung SPD-Fraktion; 11. Sitzung der BVV; 6. März 1968, TOP 10, Drs. 219 in: LAB 4.

CDU-Fraktion in der BVV in einer Anfrage erstmalig mutmaßliche Aktionen der APO in Jugendfreizeitheimen des Bezirks.¹²¹ Beide Anfragen setzen sich von klassischen kommunalpolitischen Beratungsgegenständen im Bezirk ab und machen deutlich, dass das Jahr 1968 den Fokus im politischen Raum veränderte und die linken Bewegungen in Reinickendorf politisch wahrnehmbar geworden waren. Es kann damit als Zäsur angesehen werden und dient in dieser Arbeit als Ausgangspunkt der Quellenanalyse. Gestützt wird dieser Untersuchungszeitraum auch durch das erstmalige Erscheinen der *Märkisches Viertel Zeitung* 1969. Diese kann als Gradmesser linksradikaler Agitation im Märkischen Viertel gesehen werden. Als Endpunkt dieser Fallanalyse wird das Jahr 1971 genutzt. Danach gab es keine nennenswerten linksradikalen Aktionen mehr im MV, die sich mit dem Mangel an Wohnfolgeeinrichtungen in Verbindung bringen lassen.

D. Zur Quellenlage

Die Quellenlage ist allgemein als umfangreich zu bewerten. Für diesen Wettbewerbsbeitrag wurden die parlamentarischen Unterlagen der Bezirksverordnetenversammlung Reinickendorf¹²² und sämtlichen Ausgaben der Lokalzeitung des *Nord-Berliner*¹²³ aus der Zeit gesichtet. Zur Einordnung des bezirklichen Bauvorhabens in die politische Lage in West-Berlin dienten die Parlamentsunterlagen des Abgeordnetenhauses von Berlin.¹²⁴ Im APO-Archiv wurde in diversen Akten und Protokollen sowie in sämtlichen Ausgaben der Lokalzeitung *MVZ* geforscht.¹²⁵ Das Museum Reinickendorf konnte zeitgenössische Studien zum MV bereitstellen. Wegen des begrenzten zeitlichen Rahmens der Arbeit und der noch laufenden Schutzfristen konnten mögliche Polizeiberichte und -protokolle zu linksradikalen Aktionen im Märkischen Viertel, sowie eine eventuelle Perspektive des Staatsschutzes nicht berücksichtigt werden. In späteren Forschungsprojekten könnten mithilfe dieser Quellen die Geschichten einzelner handelnder Personen eventuell weitergehend aufgearbeitet werden.

E. Analyse der Auseinandersetzungen um die Wohnfolgeeinrichtungen im Märkischen Viertel

a) Vom Ausgangspunkt der Agitation

Seit Sommer 1968 wurde im Märkischen Viertel die Krise der Infrastruktur immer offensichtlicher. Der fortwährende Zustand, dass weder genügend Jugendfreizeitheime, noch Kindergärten, noch Schulen im Märkischen Viertel vorhanden waren, stellte hierbei eine erhebliche Abweichung vom

¹²¹ Anfrage CDU-Fraktion; 16. Sitzung der BVV; 3. Juli 1968, TOP 14, Drs. 284 in: LAB 5.

¹²² Das Landesarchiv Berlin bewahrt die Unterlagen der VII. (1967-1971) und VIII. (1971-1975) Wahlperiode auf.

¹²³ Die untersuchten Jahrgänge 1968 – 1971 finden sich ebenfalls im Landesarchiv Berlin.

¹²⁴ Die Parlamentsbibliothek des Berliner Abgeordnetenhauses bewahrt die gesammelten Drucksachen und Protokolle der V./VI. Wahlperiode für alle Interessierten zur Einsichtnahme auf.

¹²⁵ Das APO-Archiv wird in der FU Berlin aufbewahrt.

Normalzustand der gewöhnlicher Infrastruktur in städtischen Quartieren dar, die – obwohl seit Mitte 1967 bekannt – auf absehbare Zeit auch nicht korrigiert werden konnte. Zu groß war der Mangel an Wohnfolgeeinrichtungen. Zeitgleich wurden immer neue Wohnungen bezugsfertig, weshalb drohte, dass sich die Situation noch weiter zu verschärfte. Die Abweichung von der *infrastrukturellen Normalität* im Märkischen Viertel allein reichte jedoch noch nicht aus, um eine Krise des demokratischen Systems im MV zu erzeugen.¹²⁶ Die städtische Infrastruktur war zwar mangelhaft entwickelt, sie fehlte jedoch nicht völlig. Eine massive Abweichung von einem akzeptablen Standard kann hier zwar festgestellt werden, allerdings war die Infrastruktur nicht völlig zusammengebrochen. Daher musste eine linke Agitation, die die Vorbereitung eines Umsturzes zum Ziel hatte, darauf abzielen, die politische Normalität im Märkischen Viertel zu stören, um über die Abweichung von mehreren für die Demokratie nach westlichem Verständnis existenziellen Normalitäten eine Krise des Gesamtsystems zu provozieren.

Grundlage für das Auftreten der Infrastrukturkrise war, der Erklärung Nassehis für die Entstehung von Krisen in demokratischen Systemen folgend,¹²⁷ dass sich besonders im Bereich städtischer Infrastruktur große Reibungspunkte zwischen Bezirksamt, Senat und Gesobau ergaben.¹²⁸ Belegbar sind diese beispielsweise an Auseinandersetzungen im November 1969 um die Einrichtung eines Mehrzweckhauses¹²⁹, das im Märkischen Viertel errichtet werden sollte. Beabsichtigt war mit diesem Haus Entspannung bei diversen Problemen der städtischen Infrastruktur zu schaffen. Dieser Bau war von der BVV Reinickendorf mit einer Größe von 10.800 qm gefordert worden.¹³⁰ Der Senat wiederum plante für das Mehrzweckhaus lediglich mit 5.000 qm Größe. Die eigenmächtige Veränderung der Pläne für das Gebäude wurden vom Senat „ohne Einschaltung des Bezirksamtes“¹³¹ vorgenommen, wie in der Begründung der Empfehlung der BVV an das Bezirksamt kritisiert wurde. Die Empörung über das Verhalten der West-Berliner Stadtregierung war fraktionsübergreifend hoch.¹³² Gerade die Reduzierung von Flächen für die Jugendfreizeitangebote wurde als ein „untragbarer Zustand“¹³³ angesehen. Deutlich wird an diesem Beispiel vor allem, dass Senat und Bezirksamt in so entscheidenden Fragen der Infrastruktur offenbar nur unzulänglich zusammenarbeiteten. Es lässt wohl auch Rückschlüsse auf das generelle Verhältnis der beiden

¹²⁶ Dies wäre nach dem genutzten Krisenbegriff dann möglich, wenn eine Normalität komplett durchbrochen wird. Damit gemeint ist in diesem Fall zum Beispiel ein vollständiges Fehlen von städtischer Infrastruktur. Kommen solche katastrophalen Abweichungen vor von einer Normalität im System vor, gerät dieses fast zwangsläufig in eine ernste Krise.

¹²⁷ Nassehi erklärt die Entstehung von Krisen mit einem suboptimalen Zusammenwirken von Teilsystemen innerhalb eines Gesamtsystems. Ein System ist nach Ansicht Nassehis aus mehreren kleineren Gefügen, den Teilsystemen aufgebaut.

¹²⁸ Diese drei Akteure können als Teilsysteme des politischen Systems definiert werden.

¹²⁹ Das heutige Fontane-Haus im Märkischen Viertel.

¹³⁰ Empfehlung der Fraktion der SPD;; 32. Sitzung der BVV; 5. November 1969; TOP 15; Drs. 565 in: LAB 6.

¹³¹ Rede des Bv. Haseloff (SPD); ebd.

¹³² Vgl. dazu Rede des Bv. Schneider (CDU); ebd.

¹³³ Rede des Bv. Walz; ebd.

Teilsysteme zu. Eigenmächtige Entscheidungen des Senats ohne vorherige Konsultation bezirklicher Stellen sind ein Hinweis auf mögliche fehlende Koordination der Teilsysteme. Dies wirkte sich krisenverschärfend aus, da sowohl die vorhandenen Probleme der Infrastruktur im MV nicht gelöst werden konnten, als auch die Politik einen Kompetenzkonflikt auf Kosten der Bürger offenbarte. Beides diente Gruppierungen, die den Sturz des demokratischen Staates durch Herbeiführung einer Systemkrise erreichen wollten.

Den Umstand, dass diese Probleme der Politik von den Bewohnern des Märkischen Viertels durchaus erkannt wurden, verdeutlicht eine Bürgerversammlung im Mai 1969 zum Thema fehlender städtischer Kindertagesstätten im Märkischen Viertel. Eingeladen waren die damalige Bezirksjugendstadträtin Reichel, die Senatoren Korber (Jugend und Sport) und Striek (Finanzen), sowie der Direktor der Gesobau Wegener. Keine dieser hoch gestellten Persönlichkeiten fand sich jedoch persönlich zu der Debatte ein.¹³⁴ Während sich die Senatoren überhaupt nicht vertreten ließen, schickten das Bezirksamt und die Gesobau immerhin Vertreter zu der Versammlung.¹³⁵ Trotzdem zeigten sich die Mieter enttäuscht über das Auftreten ihrer gewählten Repräsentanten. Sie fühlten sich nicht ausreichend ernstgenommen. Aussagen des Bezirksamtes, dass begonnene Kindertagesstätten „sehr schnell fertig“ würden, wurden mit großen Zweifeln aufgenommen.¹³⁶ Es kam zu teils tumultartigen Auseinandersetzungen und massiven Zwischenrufen durch die Bürger. Die Vertreter des Bezirksamtes wurden sogar ausgepiffen. Die Enttäuschung über das Verhalten der Verantwortlichen in Bezirksamt, Senat und Gesobau ist auch der folgenden Passage des Protokolls der Bürgerversammlung zu entnehmen:

„Bürger: ... Können die Herren hier oben überhaupt verbindliche Zusagen machen?
 Bürger: ... Die sind ja nur Vertreter! Bürger: ... Die können keine Zusagen machen!
 Bürger: ... Ist kein entsprechender Herr da, der jetzt sagen kann: Das wird gemacht!
 ... (Klatschen, Beifall) Bürger: ... Es ist eine unfaire Art, daß die hohen Herrschaften nie kommen!“¹³⁷

Dieser Auszug macht deutlich: Die anwesenden Mieter fühlten sich von den Verantwortungsträgern im Stich gelassen. Wieso diese sich dafür entschieden, nicht persönlich zu erscheinen, ist schwierig zu erklären. War es Desinteresse an den Problemen der Menschen im Märkischen Viertel, hatte man die prekäre Lage der Mieter einfach falsch eingeschätzt oder war man in Erwartung von scharfen Angriffen der Bürger aus Kalkül nicht erschienen? Diese Frage ob der gegebenen

¹³⁴ MVZ; Nr. 0/1969; S. 2 in: APO 2.

¹³⁵ Ebd.

¹³⁶ Protokoll der Bürgerversammlung am 29. Mai 1969; entnommen der MVZ Nr. 0/1969 Juni in APO 2.

¹³⁷ Ebd.

Quellengrundlage nicht geklärt werden. Fakt aber ist, dass sich diese Bürgerversammlung eskalierend auf die Lage im Märkischen Viertel auswirkte. Gab es vorher vor allem Probleme mit der Infrastruktur im MV, müssen an dieser Stelle Tendenzen einiger Mieter zu wachsendem Misstrauen gegenüber der Politik konstatiert werden. Deutlich wird außerdem, dass Bezirksamt und Senat wohl nicht in der Lage waren, sich zu einem gemeinsamen Auftreten gegenüber den MV-Bürgern zu entschließen. Der Vertreter des Bezirksamtes erklärte dies im Hinblick auf die Forderung nach verbindlichen Zusagen für mehr Infrastrukturgebäude wie folgt:

„In der Staatsform, die wir haben, könnte Ihnen verbindliche Zusagen, morgen Geld zu zahlen, weder der Senator Korber noch der Regierende Bürgermeister machen. Und wer die andere Staatsform wählt, muß auch die Nachteile einer solchen Herrschaft in Kauf nehmen.“¹³⁸

Damit macht auch der Verwaltungsvertreter deutlich, dass die Debatten im MV zu einer Grundsatzdebatte über das Vertrauen in den demokratischen Staat geworden war. Da keines der im Märkischen Viertel aktiven Teilsysteme alleine die Kompetenz hatte, den Menschen monetär zu helfen, konnten solche Zusagen, die sich wohl krisenentschärfend ausgewirkt hätten, nicht gemacht werden. Die Verantwortlichen konnten den Bewohnern außerdem keinen angemessenen Ansprechpartner vermitteln. Weder Bezirksamt, noch Gesobau, noch Senat schienen sich für die Situation verantwortlich zu fühlen. Aus dieser Nichtverantwortlichkeit für die Zustände im MV ergab sich die Krise, die in der Folge der Ausgangspunkt für die linke Agitation werden sollte.

Der sogenannte *Abenteuerspielplatz* im Märkischen Viertel, der seit 1967 bestand und in Bezirksjugendstadträtin Reichel eine wichtige Befürworterin hatte, war das Objekt eines weiteren Konflikts zwischen Bezirk und Senat.¹³⁹ Das Projekt des Abenteuerspielplatzes wurde von Reichel als wichtig angesehen, um Großstadtkindern Spielmöglichkeiten zu verschaffen und zerstörerisches Wirken von diesen zu verhindern. Sie sah ihn als eminent wertvollen Bestandteil der Stärkung des Gemeinwesens an, was für sie von großer Bedeutung war, da es hätte sein können, „da[ss] diese Gegend für extreme Forderungen anfällig ist, ganz vorsichtig ausgedrückt.“¹⁴⁰ Bereits Ende 1967 war ein Bewusstsein bei der Stadträtin vorhanden, dass fehlende Folgeeinrichtungen vor allem im Bereich der Kinder- und Jugendpflege gravierende Folgen für das politische Klima im MV haben könnten. Umso unverständlicher erscheint vor diesem Hintergrund die Anordnung des Senats im März 1969 den Abenteuerspielplatz zu schließen.¹⁴¹ „Ziemlich überraschend“, urteilte der Nord-

¹³⁸ Vertreter des Bezirksamtes (Name nicht vermerkt); ebd.

¹³⁹ Vgl. Rede BzStr. Reichel; 8. Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Reinickendorf am 6. Dezember 1967; TOP 5 in: LAB 1.

¹⁴⁰ Ebd.

¹⁴¹ Vgl. *Der Nord-Berliner*; 21. März 1969; S. 1 in: LAB 11.

Berliner in einem Artikel auf seiner Titelseite, habe dies die Senatsbauaufsicht ihren Reinickendorfer Kollegen mitgeteilt. Als Begründung dafür habe eine „nicht mehr zumutbare Störung der Anwohner“ gedient. Die kollidierenden Interessen von Bezirksamt und Senat treten hier offen zu Tage. Aus Sicht des Bezirks wichtige Einrichtungen wurden vom Senat offenbar teilweise nicht als solche wahrgenommen. Kommunikation darüber scheint es auch nur kaum gegeben zu haben. Die beiden Ebenen der Berliner Politik gaben damit insgesamt ein schlechtes Bild nach außen ab.

b) Von der Bildung linker Gruppen im MV

Von den Bewohnern des MV wurde dies zunehmend registriert und deren Engagement dadurch maßgeblich beeinflusst. Erste Elterninitiativgruppen wurden schon im Frühjahr 1969 gegründet, als Versuch, Folgen der Versäumnisse von verantwortlichen Stellen, vor allem im Bereich der Kindertagesstätten abzumildern. Zur selben Zeit können erste Planungen von Studenten der Pädagogischen Hochschule Berlin zur Gründung einer Stadtteilzeitung im Märkischen Viertel nachgewiesen werden.¹⁴² Ziel dieser *Märkisches Viertel Zeitung (MVZ)* sollte die politisch neutrale Artikulation von Interessen und Problemen der MV-Bewohner sein.¹⁴³ Sie sollte gestaltet werden von Bürgern des MV. Spätestens im November 1969 gründete sich zudem der *Aktionsrat Mieten und Wohnen im MV*.¹⁴⁴ Im Gegensatz zur MVZ, die zunächst noch politisch neutral über die Probleme im Märkischen Viertel informierte,¹⁴⁵ kann der Aktionsrat und vor allem der in ihn integrierte *Arbeitskreis Mieten und Wohnen* als erste organisierte Ansammlung der Neuen Linken im Märkischen Viertel angesehen werden. Die Einordnung in die Neue Linke erfolgt wegen seines stark studentischen Hintergrunds, der sich auch in der führenden Mitarbeit der späteren RAF-Terroristin Ulrike Meinhof zeigte.¹⁴⁶ Es waren zwar durchaus auch Arbeiter in dem Arbeitskreis vertreten. Insgesamt war er jedoch von Studenten dominiert. Der Arbeitskreis kann als Ausgangspunkt linker Agitation im MV ausgemacht werden. Über ihn, und die in ihm vertretenen Studenten, wurden einige im MV lebende Arbeiter politisiert und politisch „geschult“.¹⁴⁷ Deutlich wird dies in der Erklärung seiner Ziele und Methodiken auf einer Sitzung vom 7. November 1969. Ziel sei die „Aktivierung der Bürger außerhalb der bestehenden Institutionen“ und das Erkennbarmachen der „Verflechtung

¹⁴² Vgl. Jürgen Bianchi u.a., *Forum MV. Erster Bericht über ein Projekt Gemeinwesenarbeit im Märkischen Viertel*, Berlin 1969 in: APO 3; S. 98.

¹⁴³ Vgl. Ebd.

¹⁴⁴ Protokoll eines Gespräches zwischen Horst Lange, Hans Rickmann und Irene Rakowitz; 10. April 1974 (in der Folge zitiert als *Protokoll Lange/Rickmann/Rakowitz*) in: APO 1.

¹⁴⁵ Vgl. dazu z.B. MVZ 1/1969; *Was tun, wenn der Hahn tropft?* in: APO 6.

¹⁴⁶ Interview mit Werner Strohbach aus dem Juni 1971 in: APO 3.; Protokoll Lange/Rickmann/Rakowitz; Der SPIEGEL; Nr. 30/ 1971; S. 28.

¹⁴⁷ Protokoll Lange/Rickmann/Rakowitz.

der verschiedenen Lebensbereiche [...] und deren Beziehung zu den Grundlagen der spätkapitalistischen Gesellschaft“.¹⁴⁸ Diese Verflechtung der verschiedenen Lebensbereiche weist auf die mögliche Zielsetzung des Arbeitskreises hin, Probleme des täglichen Lebens der MV-Bewohner, wie zum Beispiel die mangelnden Wohnfolgeeinrichtungen mit persönliche Misere zu verbinden – und in der Folge eine Verknüpfung dieser mit dem Kapitalismus und dem parlamentarischen System herzustellen. Ausgehend von alltäglichen Problemen der Menschen durch die Infrastrukturkrise im MV sollte also Kapitalismuskritik und Misstrauen in das aktuelle System gesät werden. Ausgangspunkt der linksradikalen Agitation des Arbeitskreises war demnach die durch mangelhaftes Zusammenwirken der Teilsysteme Senat und Bezirksamt, sowie durch Fehlplanungen im Bereich der Sozialstruktur¹⁴⁹ ausgelöste infrastrukturelle Krise im MV.

Aus dem Protokoll geht auch hervor, wie es sich die Mitglieder des Arbeitskreises¹⁵⁰ ausmalten, einen „politische[n] Stellenwert“¹⁵¹ im Quartier zu erreichen. Es ging darum, schon politisierte Bewohner des MVs zusammenzuführen und die „bisher unpolitischen, aber [...] zu emanzipatorischen [sic!] Handeln bereiten Bürger“ anzusprechen. Gelingen sollte dies über die Selbstdarstellung als Vertreter der Bürgerinteressen, wodurch eine „verstärkt mobilisierende Wirkung“ auf die Bewohner des Märkischen Viertels entstehen sollte. Auffällig bei dem Papier ist, dass in keiner Weise die Lösung von Problemen als Ziel ausgegeben wurde. Dieser Gedanke ist lediglich verknüpft mit der übergeordneten Ambition, die Bürger des MV zu mobilisieren. So wurde unter anderem auch die Möglichkeit der „militanten Politisierung der Mieter“ diskutiert.¹⁵² Die Mitglieder des Arbeitskreises kamen jedoch zu dem Schluss, dass diese wegen der bisher noch nicht ausreichenden Vorbereitung der Mieter auf solche Aktionen „nur von Studenten durchgeführt werden“ könne, dies jedoch „verhindert“ werden müsse.¹⁵³ Ausgeschlossen wurde die militante Politisierung als Strategie also nicht wegen ihrer Radikalität, sondern nur, weil die Zeit dafür schlicht noch nicht reif war. Gleichzeitig war man sich bei den Studenten offensichtlich auch darüber im Klaren, dass ein von außen kommender Umsturz wohl nicht besonders erfolgsversprechend war. Somit musste es das Ziel der Radikalen sein, eine so aggressive Politisierung der Bewohner des MVs herbeizuführen, dass diese den Umsturz selbst führen konnten. Der Arbeitskreis war also ganz offensichtlich nicht an einer Problemlösung interessiert, er wollte die Probleme eher zuspitzen, wohl mit dem Ziel, das Vertrauen weiter Teile der Bevölkerung in das damalige System zu stören, möglicherweise die Grundlage für militanten Widerstand zu schaffen und damit neben der *infrastrukturellen* zunehmend auch die *politische Normalität* zu (zer-)stören.

¹⁴⁸ Protokoll der 2. Sitzung des *Aktionsrat Mieten und Wohnen im MV*; 7. November 1969 in: APO 7.

¹⁴⁹ Damit ist der hohe Anteil an Kindern im MV gemeint.

¹⁵⁰ Protokoll Lange/Rickmann/Rakowitz

¹⁵¹ Protokoll der Sitzung des Arbeitskreises.

¹⁵² Protokoll einer Sitzung des Arbeitskreises Mieten und Wohnen; 11. November 1969. In: APO 7.

¹⁵³ Ebd.

Um dieses Ziel effektiv angehen zu können, kam man im Arbeitskreis überein, dass „Modelle der Öffentlichkeitsarbeit“ entwickelt werden müssten, „mit denen die vorherrschende Konsumentenhaltung gegenüber Fernsehen, Presse, Bürgerversammlungen überwunden werden kann.“¹⁵⁴ Die Strategie sah vor, systemstützende Einflüsse durch andere Medien auf die Bewohner des MV durch eigene Agitation zu ersetzen und damit eine im eigenen Sinne politisierte Basis zu gewinnen, die auch im eigenen Sinne gelenkt werden konnte.

Fest steht jedenfalls, dass der Arbeitskreis seine Strategie dahingehend konsequent durchführte, dass er Kontakt zu anderen Gruppen im Märkischen Viertel aufnahm. So können Kontakte zu diversen Elterninitiativgruppen, organisiert vor allem im *Forum MV* und im *Arbeitskreis Heinzegraben* nachgewiesen werden.¹⁵⁵ Außerdem stellten die Studenten Kontakte zu Arbeitern her, die dann im Arbeitskreis mitwirkten. Ab Jahresende 1969 liegen auch verstärkte Verflechtungen der Neuen Linken mit der MVZ nahe. Dies gelang durch Arbeiter, die in beiden Gremien aktiv waren.¹⁵⁶ Diese hätten damals, erinnerten sie sich später, die Studenten und Intellektuellen, wie Max Willutzki,¹⁵⁷ angesprochen und „de [sic!] sogenannte extreme linke Gruppe“ zur MVZ geholt.¹⁵⁸ Grund dafür sei gewesen, dass die zu dieser Zeit mitarbeitenden Mieter vor allem gemäßigtere Linke aus dem rechten sozialdemokratischen Milieu waren.¹⁵⁹ Mit der Mitarbeit der radikaleren Studenten aus dem Arbeitskreis Mieten und Wohnen gelang es den Arbeitern und Studenten schnell, die gemäßigten Gruppen aus der MVZ¹⁶⁰ herauszudrängen. Diese hätten gemerkt, dass sie „nichts mehr zu sagen gehabt hätten“. Die radikalen Linken aus Arbeiterschaft und Studenten wirkten in diesem Fall also zusammen, um die eigentlich gemäßigte Zeitung für ihre Zwecke zu vereinnahmen. Erste Tendenzen für den fortschreitenden Linksruck der Zeitung lassen sich schon im September 1969 finden. In den Leserbriefen lässt sich unter anderem eine Sympathiebekundung der *Freien Deutschen Jugend von Westberlin* (FDJW) für die Zeitung finden.¹⁶¹ In derselben Ausgabe äußerte sich ein Leser der Zeitung außerdem dahingehend, dass sich die MVZ vermehrt der tatsächlichen Ursachen der Probleme im MV annehmen solle und „nicht dazu beiträgt, bestehende Ordnungsverhältnisse [...], die eben nicht für die Mieter, sondern für Vermieter geschaffen wurden.“¹⁶² Daraus offenbart sich, dass linke Gruppen auf die Zeitung aufmerksam wurden, aber auch ein Linksruck der Redaktion, da sie sich für das Abdrucken der beiden Briefe entschied. Gerade bei

¹⁵⁴ Ebd.

¹⁵⁵ Mitglieder dieser Elterninitiativen waren zum Teil auch Mitglieder der MVZ und des Arbeitskreises Mieten und Wohnen. Angemerkt werden muss jedoch, dass nicht alle Elterninitiativen in solch engem Verhältnis zu den radikalen Gruppen standen.

¹⁵⁶ Namentlich durch Hans Rickmann, Horst Lange und Harald Richter.

¹⁵⁷ Filmemacher und Regisseur des Filmes *Der lange Jammer* und mehrerer sogenannter *Kinogramme* über die Probleme im Märkischen Viertel. Gehörte dem Arbeitskreis Mieten und Wohnen im MV an.

¹⁵⁸ Protokoll Lange/Rickmann/Rakowitz.

¹⁵⁹ Mit dem Godesberger Programm von 1959 hatte sich die SPD vom Marxismus abgewandt und sich zur Volkspartei gewandelt.

¹⁶⁰ Dazu gehörte unter anderem auch Franz Steffen, der später zu einem der Gegner der MVZ werden sollte.

¹⁶¹ Vgl. Leserbrief *MVZ ist positiv* von der Gruppe MV der Freien Deutschen Jugend von Westberlin; MVZ 3/1969, September; S. 7 in: APO 2.

¹⁶² Leserbrief *Kleinkarierte MVZ* von W. Wingels; MVZ 3/1969, September S. 7 in: APO 2.

dem Schreiben der FDJW überrascht dies zunächst, wenn man von einem gemäßigt linken Redaktionsumfeld ausgeht, da das Ziel dieser Organisation als West-Berliner Ableger der FDJ ganz offensichtlich der Umsturz des demokratischen Systems war. Spätestens im April 1970 war der Wechsel von der alten zur neuen Redaktion vollzogen. Im Impressum der Zeitung fanden sich nun vor allem die Namen der politisierten Arbeiter, während die ursprüngliche Redaktion sehr viel weniger vertreten war.¹⁶³ Dies äußerte sich auch in dem Inhalt der Zeitung. Drehten sich die Zeitungen zuvor noch um Probleme der Mieter, die weitgehend wertungsfrei artikuliert wurden und den Studenten und Radikalen sogar eher ablehnend gegenüberstanden,¹⁶⁴ waren die Artikel der späteren MVZs offen linksradikal.¹⁶⁵ Damals Beteiligte kennzeichneten diese Entwicklung später als „Ruck von ‘was tun wenn der Hahn tropft’ zu dem ‘warum tropft der’“.¹⁶⁶ Daraus wird deutlich, wie zunehmend systemkritisch die MVZ wurde. Die Probleme im MV waren für sie lediglich Symptome des schlechten Charakters des Systems und eigneten sich damit ideal zur Agitation im linken Sinne. Sie sollte offenbar als Mittel der öffentlichen Verbreitung der Agitation dienen und die vermeintlichen Ursachen der Planungs- und Städtebaukrise öffentlichkeitswirksam verbreiten. Diese Probleme lagen für sie innerhalb des demokratischen Systems und deren Vertretern. So war mit dieser Strategie der Versuch verbunden, einen Übergang von der infrastrukturellen Krise zu einer generellen Systemkritik zu rechtfertigen.

Verschiedene Elterninitiativgruppen (EIGs) werden mehrfach im Zusammenhang mit der MVZ und dem Arbeitskreis Mieten und Wohnen im MV genannt. Besonders gehörten dazu der Arbeitskreis *Heinzgraben* und Elterninitiativgruppen, die sich zum *Forum MV* zusammenschlossen. Andere Bürgerinitiativen wie der *Bürgerverein MV* oder auch der *Schülerladen* standen wohl nicht in direktem Verhältnis zu den Linksradikalen, opponierten jedoch zunächst auch nicht gegen diese. Die Elterninitiativgruppen waren im Allgemeinen eher bürgerlich geprägt, was wohl den Arbeitskreis Mieten und Wohnen zu einer Erklärung über die Zusammenarbeit mit der Mittelschicht veranlasste. In dieser hieß es unter anderem, dass auch eine Politisierung der Mittelschicht im MV notwendig sei, um die Ziele zu erreichen.¹⁶⁷ Einige Elterninitiativgruppen tauchten später auch im Impressum der radikalen MVZ als Mitherausgeber auf. Insgesamt lässt sich sagen, dass die EIGs die mit Abstand größte Anzahl an aktiven Bürgern im MV darstellte. Mit der radikalen Linken einte sie wohl vor allem der Versuch der Herstellung einer Öffentlichkeit für die Probleme des MV. Für die Neue Linke und die Arbeiter stellten die Elterninitiativgruppen die Möglichkeit dar, mit einer großen Masse an von Problemen betroffenen Eltern in Kontakt zu kommen. Die EIGs stellten dabei

¹⁶³ Unter anderem wurde nun Horst Lange als Redaktionsmitglied der im Impressum der Zeitung genannt.

¹⁶⁴ Vgl. Artikel *Hausunordnung*; MVZ 2/1969, August; In: APO 2.

¹⁶⁵ Vgl. MVZ 4/1970 unter dem Titel *1. Mai '70. Für Senat und GeSoBau – oder für die Arbeiter im MV*; in APO 2.

¹⁶⁶ Ebd.

¹⁶⁷ *Erklärung über die Zusammenarbeit mit der Mittelschicht* in: APO 3.

jedoch keine eigene homogene Gruppe dar, sondern unterschieden sich in ihren jeweiligen Konzepten der Problemlösung und der politischen Einstellung voneinander. Trotzdem versuchten die extremen Linken diese Gruppen über das gemeinsame Verständnis für die infrastrukturelle Krise im MV im eigenen Sinne zu politisieren.

c) *Von den Ereignissen der Agitation*

Dies verlief über diverse Aktionen, die im Folgenden dargestellt werden. Zum einen lassen sich Versuche der Studenten und radikalen Arbeiter belegen, die Jugendlichen des Märkischen Viertels zu politisieren. Ansatzpunkte dafür waren die drohende Schließung des Jugendfreizeitheimes *Die Brücke* im September 1969 und die im MV zahlreich vertretenen *Rockergruppen*. Auch die breite Masse in der Bevölkerung sollte erreicht werden, unter anderem durch die Störung eines Volksfestes zur Übergabe der 10.000sten Wohnung im Märkischen Viertel. Den vorläufigen Höhe-, aber auch Scheidepunkt der Linken Bewegung im MV stellte jedoch der Versuch der Besetzung einer Industriehalle am 1. Mai 1970 dar.

Hauptziel dieser Aktionen war es, die Bewohner des MVs über die offensichtlich fehlenden Wohnfolgeeinrichtungen im MV zu erreichen. Eine wichtige Zielgruppe dafür waren die Jugendlichen. Nicht nur mit linken Gruppen hatte das Märkische Viertel zu dieser Zeit ein Problem, auch sogenannte Rockergruppen waren im MV zugegen. Diese zeichneten sich durch eine hohe Gewaltbereitschaft aus, wie Meldungen im Nord-Berliner über Massenschlägereien und Ähnliches belegen.¹⁶⁸ Diese Rockergruppen waren besonders in Jugendfreizeiteinrichtungen aktiv. Eine der wenigen Einrichtungen für die Jugendlichen im MV war die *Brücke MV*, die zunächst von der evangelischen Kirche getragen wurde. Nach Beschwerden von Anwohnern und Geschäftsbesitzern über große Lärmbelästigungen und Sachbeschädigungen durch die Jugendlichen, entschied die Leitung der evangelischen Kirche im September 1969, dass sie die Brücke nicht weiter betreiben wollte. Sofort formte sich unter den Jugendlichen großer Protest. Unter anderem in einer Extraausgabe der MVZ wurde dieser propagiert. Er äußerte sich unter anderem in einem sogenannten Sit-In.¹⁶⁹ Diese Benennung der politischen Aktion aus dem studentischen Milieu belegt, dass der Protest gegen die Schließung des Jugendheims in Zusammenhang mit den im MV aktiven Studenten organisiert wurde.¹⁷⁰ Das zeigt die Strategie der Studenten, aus dem Protest von Bewohnern des Märkischen Viertels gegen Missstände politische Aktionen zu entwickeln. Das Bezirksamt indes reagierte ungewöhnlich schnell, indem es den Jugendlichen versprach, die Brücke vorerst nicht zu

¹⁶⁸ Vgl. *Der Nord-Berliner*, 31. Oktober 1969; *Mit den Fäusten gegen den Altar* in: LAB 11.

¹⁶⁹ MVZ; Extraausgabe 3/1969, September in: APO 2.

¹⁷⁰ Sit-Ins waren während der Studentenbewegung an der FU Berlin seit 1966 ein beliebtes Mittel des Protests um Missstände offenzulegen. Die Übertragung dieser Protestform auf das MV lässt die Vermutung zu, dass dieser Protest durch Studenten betreut wurde.

schließen und notfalls die Trägerschaft auf Zeit zu übernehmen. Damit wirkte es den entstehenden Protesten von Anfang an entschieden entgegen und erstickte auch mögliche Vorwürfe, das Bezirksamt interessiere sich nicht für die Probleme im Viertel, im Keim. Die schnelle Reaktion des Bezirksamtes verdeutlicht auch, dass es sich der Brisanz der Lage zunehmend bewusst war. Trotzdem konnte dieser Protest der MV-Jugend von den Studenten wohl dazu genutzt werden, gemeinsam in Kontakt zu kommen. Laut einer zeitgenössischen Studie¹⁷¹ waren die radikalen Linken bei der Politisierung der *Rockergruppen* im MV aktiv und teilweise auch erfolgreich. So sei der „Versuch einiger APO-Leute“ *Rocker-Clubs* im MV zu politisieren „als gelungen“ anzusehen, da diese teilweise „politisch motiviert“ handeln würden. Weiter heißt es dort jedoch, dass fraglich sei, ob die *Rocker* wirklich aus Überzeugung handeln würden oder nicht vielmehr durch Studenten „angestiftet“ würden. So oder so zeigt sich in der versuchten und teils erfolgreichen Mobilisierung¹⁷² der jugendlichen *Rocker* der Versuch der Linksradiكالen, an die Jugendlichen heranzutreten. In der Vergangenheit war dies von agitierenden Gruppen immer wieder versucht worden, da junge Leute eher zu revolutionärem Handeln neigten. Eine solche Motivation zur Politisierung der Jugend, vor allem der tendenziell gewaltbereiten, ist auch im MV denkbar.

Erstmals kam es im Märkischen Viertel in diesem Zusammenhang zu gewaltsamen Auseinandersetzungen wegen einer Protestveranstaltung der Linken am Rande des bereits oben erwähnten und vom Bezirksamt ausgerichteten Volksfestes zur Übergabe der 10.000sten Wohnung des Märkischen Viertels. An der Festveranstaltung nahmen unter anderem der neue Bezirksbürgermeister Grigers (SPD), Bausenator Schwedler (SPD) und der Direktor der Gesobau, Wegener, teil. Die Spitzen des Wohnungsbaus in Reinickendorf und die politisch Verantwortlichen für den Bau der Großsiedlung waren mithin gemeinsam vor Ort präsent.¹⁷³ Auch der Arbeitskreis Mieten und Wohnen auf der anderen Seite mobilisierte jedoch seine Anhänger. In einem ironischen Flugblatt „beglückwünschte“ dieser die neuen Mieter der 10.000sten Wohnung.¹⁷⁴ Daraufhin wurden allerlei Probleme des Märkischen Viertels aufgezählt, unter anderem die fehlenden Wohnfolgeeinrichtungen. Diese seien nur in so geringer Zahl vorhanden, da sie „ja nicht wirtschaftlich“ seien.¹⁷⁵ Hier zeigt sich erneut deutlich, wie das Problem der mangelhaft ausgebauten städtischen Infrastruktur von den Linken zugespitzt wurde, um auf eine generelle vermeintlich unsoziale Haltung von Staat und Gesobau hinzuweisen. Nach Aussage des Arbeitskreises würden nämlich nur solche Einrichtungen gebaut, die Profite abwerfen, während soziale Einrichtungen hinten anstehen würden. Auch die

¹⁷¹ Bianchi, Jürgen, S. 31.

¹⁷² Die *Rocker* der *30YANKEES* artikulierten beispielsweise in der MVZ 3/1970, März/April ihr Missfallen über die aktuelle Lage der Jugend im MV.

¹⁷³ Vgl. *Der Nord-Berliner*, 24. April 1970, S. 1. In: LAB 12.

¹⁷⁴ Flugblatt des Arbeitskreises Mieten und Wohnen, *Zur 10.000. Wohnung*, in: APO 7.

¹⁷⁵ Ebd.

vergleichsweise hohen Mieten im MV und die vermeintlich hohe Exmittierungsrate¹⁷⁶ kamen zur Sprache.¹⁷⁷ Gleichzeitig forderte das Flugblatt zur Teilnahme an Elterninitiativen auf, da man „durch gemeinsames Handeln“ erfolgreich sein könne und es auch in der Vergangenheit gewesen sei. Unterzeichnet wurde das Flugblatt neben dem Arbeitskreis Mieten und Wohnen auch von der MVZ und den Elterninitiativgruppen im Forum. Das Flugblatt suggeriert hierbei, dass die unterzeichnenden Gruppen stellvertretend für die im MV aktiven Gruppen standen und auch den meisten Einfluss besaßen. Andere Initiativen wurden nicht genannt. In der Eigenlogik eines Flugblattes, das der Agitation dient und neue Mitglieder für die betreffenden Gruppen generieren sollte, ist dies durchaus nachvollziehbar. Dieser gewisse Alleinvertretungsanspruch, der in diesem Flugblatt zur Geltung kommt, entsprach jedoch nicht der Realität. Aus den Mitgliedern des Arbeitskreises Mieten und Wohnen und anderen Initiativen formierte sich am Tag des geplanten Volksfestes der Protest. Auch der spätere RAF-Anwalt und heute höchst umstrittene Rechtsanwalt Horst Mahler besuchte die Demonstration diversen Quellen zufolge.¹⁷⁸ Die Anwesenheit eines so prominenten Mitglieds der Neuen Linken kann man als wachsende Wichtigkeit des Märkischen Viertels für die Gesamtbewegung deuten. Ganz eindeutig lässt sich hieran jedoch auch erkennen, dass Ulrike Meinhof mit ihrem Engagement im Arbeitskreis Mieten und Wohnen unter den bekannten Linken im MV nicht alleine war. Daraus lässt sich ableiten, dass der Protest im Märkischen Viertel auch von außen angeleitet wurde. Dass dabei ausgerechnet Meinhof und Mahler, die zur Führungsriege der damals noch existenten APO gehörten, im MV aktiv waren, zeigt auch, dass große Hoffnungen in den Erfolg dieser Unternehmung gelegt wurden. Damit ließe sich auch der „höhere politische Anspruch“, den Arbeiter aus dem radikalen Milieu bei Meinhofs Arbeit im MV erkennen wollten, erklären.¹⁷⁹ Das gesamte Engagement Meinhofs und Mahlers im Märkischen Viertel, das die Annahme stützt, der Protest sei massiv von radikalen Linken außerhalb des MV geführt worden, spricht dafür, dass das ideologische Ziel der Agitation auch die Vorbereitung eines Umsturzes war. Während der Protestveranstaltung kam es indes zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Bauarbeitern und Demonstranten, wobei Auslöser und Aggressor nicht eindeutig bestimmt werden können.¹⁸⁰ Die Polizei, die auch vor Ort war, griff in diese Auseinandersetzungen offenbar nicht ein. Der eigentlich interessante Aspekt dieser Zusammenstöße liegt aber nicht in diesen selbst, sondern vielmehr in den Reaktionen der verschiedenen Medien auf diese. Hier ergeben sich interessante Unterschiede. Der Nord-Berliner als Lokalzeitung zum Beispiel erwähnte die

¹⁷⁶ Exmittierungen waren der damals gebräuchliche Begriff für Zwangsräumungen.

¹⁷⁷ Sowohl vergleichsweise häufige Exmittierungen im MV, als auch hohe Mieten und wiederholte Mieterhöhungen bildeten weitere Ansatzpunkte für linksradikale Agitation im MV. Wegen des begrenzten Umfangs dieser Arbeit können diese jedoch hier nicht weiter betrachtet werden.

¹⁷⁸ Morgenpost und BZ vom 18. April 1970.

¹⁷⁹ Protokoll Lange/Rickmann/Rakowitz.

¹⁸⁰ Vgl. zB. *Der Nord-Berliner*; 24. April 1970; S. 1. In: LAB 12.

Schlägereien nur am Rande und legte seinen Fokus auf die Reden der Ehrengäste, in denen Abhilfe für die vorhandenen Probleme des MV versprochen wurde.¹⁸¹ *BZ*¹⁸² und *Die Welt*¹⁸³ wiederum rückten die Gewalt in den Mittelpunkt, während die MVZ vor allem über die Berichterstattung der anderen Zeitungen informierte. Deutlich wie selten zuvor kam hier das linksradikale Denken der Neuen Linken zum Vorschein. In dem Artikel „Die große Manipulation aus dem Hause Springer“ nahm man sich die Berichterstattung der Welt und BZ vor.¹⁸⁴ Die „Springer-Presse“ habe sich enttarnt und ihren „Ha[ss] gegen die Arbeiter und Arbeiterinnen“ deutlich gezeigt. Besonders die Welt habe Tatsachen verdreht und versuche „die Lohnabhängigen gegeneinander“ auszuspielen. Die radikale und aufhetzende Wortwahl erinnern stark an den Beginn der Osterunruhen 1968, bei denen tagelang das Hauptgebäude des Axel-Springer-Verlags von linken Demonstranten belagert wurde. Sprachlich wird zudem ein Kontrast aufgemacht zwischen den „Bonzen“ bei Springer und den Arbeitern, die von der reichen Schicht unterdrückt werden würden. Hier fand also eine Verknüpfung der Ideologien der Alten und Neuen Linken statt. Den übergeordneten *Klassenkampf* der Linken gegen den Axel-Springer-Verlag als Repräsentant des *Systems* direkt am Märkischen Viertel und den Umgang mit den Linken in diesem festzumachen, ist die Strategie der linksextremen Gruppen gewesen. Die Probleme, die für jeden Bürger des MV sichtbar waren, in Verbindung mit dem revolutionärem Gedankengut zu bringen, sollte offenkundig dazu dienen, beide Felder miteinander zu verknüpfen und zu verschmelzen. „Der größte Fehler der 20er war es“ äußerte sich Horst Lange zum Beispiel auf einer Redaktionssitzung der MVZ 1973, „den Wohnbereich der Menschen außer Acht zu lassen.“¹⁸⁵ Das sollte im MV nicht passieren.

Freilich fand die öffentlich, beispielsweise durch die Teilnahme Mahlers an der Demonstration, immer deutlicher werdende Radikalisierung der Gruppe um die MVZ und den Arbeitskreis Mieten und Wohnen nicht bei allen Gruppen im Märkischen Viertel Anklang. Solche, die zwar ebenfalls Kritik an den bestehenden Verhältnissen äußerten, dabei aber noch eine gewisse Loyalität zur demokratischen Ordnung in der Bundesrepublik hatten, distanzieren sich in der Folge von den Linken. Ein Beispiel dafür ist der *Bürgerverein Märkisches Viertel*, der sich nach dem missglückten Fest von Gruppierungen, die das Märkische Viertel „in eine neue ideologische Fremdbestimmung führen wollen“¹⁸⁶ und deren Methoden distanzierte. Die MVZ ihrerseits reagierte darauf mit einer unverhohlenen Drohung: „Der Bürgerverein sollte sich sehr genau überlegen, was das für Herren

¹⁸¹ Ebd.

¹⁸² *BZ*; 18. April 1970.

¹⁸³ *Die Welt*; 18. April 1970.

¹⁸⁴ MVZ; 4/1970, Mai; S. 4f. in: APO 2.

¹⁸⁵ Redaktionssitzung der MVZ; 5. Mai 1973 in: APO 6.

¹⁸⁶ Zitat in *BZ*, zitiert nach MVZ

sind, die mit seinen Äußerungen ihr trübes Süppchen kochen.“¹⁸⁷ Die Distanzierung einiger Gruppen von der MVZ und den linken Demonstranten, war für die Agitationsmöglichkeiten von diesen nicht vorteilhaft.

Das wichtigste Ereignis der Auseinandersetzungen um Wohnfolgeeinrichtungen war jedoch die bereits erwähnte Besetzung einer leerstehenden Industriehalle in der Königshorster Straße im Märkischen Viertel durch linke Demonstranten am 1. Mai 1970. Die Fabrikhalle¹⁸⁸ war von der Jugendstadträtin schon seit einiger Zeit als Jugendfreizeiteinrichtung vorgesehen und den Bürgern des Märkischen Viertels versprochen. Aufgrund diverser Faktoren¹⁸⁹ musste die Übergabe der Halle an die Jugendlichen des MV jedoch immer wieder verschoben werden.¹⁹⁰ Es folgten mehrere Bürgerdiskussionen mit der Bezirksstadträtin, in denen diese die Bürgervertreter immer wieder vertrösten musste. Kurz vor dem Maifeiertag 1970 kursierte ein Flugblatt, adressiert an die Eltern im *Forum Verein*, mit der Information, dass die Halle nun frei sei, das Bezirksamt jedoch „geschlafen“ habe und den Elterninitiativgruppen dies nicht mitgeteilt habe. Es wurde die Idee geäußert, die Halle in Eigenregie herzurichten.¹⁹¹ Dazu kam es jedoch nicht. Im Rahmen einer Demonstration zum Maifeiertag im Märkischen Viertel beschlossen die Demonstranten die Forderungen nach der Öffnung der Halle für die Jugendlichen umzusetzen. Wer diese Entscheidung traf, ist unklar. In der MVZ und in Flugblättern, die diese Aktion unterstützten, wurde die Aktion als von den Elterngruppen initiiert dargestellt.¹⁹² Dies diente jedoch wahrscheinlich lediglich der Rechtfertigung der Hallenbesetzung vor der Öffentlichkeit. Plausibler erscheint die Möglichkeit, dass die Besetzung der Halle MV im Vorfeld von den im MV aktiven Studenten und anderen extremen Linken von außerhalb geplant und hauptsächlich von diesen durchgeführt wurde. Dies lässt sich auf Erinnerungen von damals im linksextremen Spektrum aktiven Arbeitern stützen, die unter anderem erzählten, dass bei der Hallenbesetzung „nur Leute aus der Stadt [und] en [sic!] paar [...] aus dem Viertel“ dabei waren.¹⁹³ Unterstützt wird diese Aussage von dem für den damaligen Polizeieinsatz verantwortlichen Polizeirat Krüger,¹⁹⁴ nachdem „Leute von der ‚Roten Hilfe‘ aus Kreuzberg“ bei der Aktion sehr aktiv mitgewirkt hätten.¹⁹⁵ Unbestritten ist jedoch der Fakt, dass die Polizei auf die Besetzung der Halle mit einem massiven Polizeieinsatz reagierte.¹⁹⁶ Bei der Räumung der Halle kam

¹⁸⁷ MVZ; 4/1970; S. 5 in: APO 6.

¹⁸⁸ Im Folgenden Halle oder Halle MV genannt.

¹⁸⁹ Angeblich lief die Produktion in der Halle länger als vermutet.

¹⁹⁰ Vgl. *Der Nord-Berliner*; 8. Mai 1970; S. 1; in LAB 12.

¹⁹¹ Flugblatt: *An alle Eltern im Forum Verein e.V.* in: APO 7.

¹⁹² Vgl. zb. Flugblatt: *Statt Räume für 5000 Jugendliche – Prügel von der Polizei! Am 1. Mai '70*, in APO 7.

¹⁹³ Protokoll Lange/Rickmann/Rakowitz.

¹⁹⁴ Zur Person Krügers sei angemerkt, dass er für den Polizeieinsatz, der später viel kritisiert wurde, verantwortlich war. Seine Aussagen können nicht als voll verlässlich eingestuft werden, da er den massiven Einsatz rechtfertigen musste. In Verbindung mit den Aussagen der Arbeiter kann diese Aussage jedoch als plausibel eingestuft werden.

¹⁹⁵ Interview der MVZ mit Polizeirat Krüger am 9. Juni 1970. In: APO 4.

¹⁹⁶ Die MVZ spricht hier von mindestens 200 Polizisten, Krüger von drei Zügen, also ca. 100 Polizisten.

es auch zu Gewaltanwendung durch die Polizei, linken Berichten zufolge wahllos.¹⁹⁷ Polizeirat Krüger dagegen sprach von „erheblichem Widerstand“ einiger Demonstranten und „Angriffe[n] gegen die Beamten mit Bierflaschen und Steinen.“¹⁹⁸ Friedliche Demonstranten seien von der Polizei „hinausgeleitet“ worden. Welche der beiden Darstellungen korrekt ist, kann im Rahmen dieser Arbeit nicht mehr geklärt werden. Es kann jedoch klar festgestellt werden, dass es bei der Räumung der Halle zu Widerstand gegen die Staatsgewalt gekommen ist. Die Aktion ist damit hinreichend klar als Form des militanten Protestes zu charakterisieren. Militanter Protest ist zumeist auch Ausdruck einer weitgehenden Ablehnung oder zumindest einer Nonkonformität mit dem System. Bei dieser Aktion, die nicht zuletzt von Linken aus der gesamten Stadt getragen wurde, kam es das erste Mal zu einer direkten Konfrontation von Staat und Linken. Die fehlgeschlagene Hallenbesetzung muss also alleine deswegen als vorläufiger Höhepunkt der Bewegung der Neuen Linken im MV angesehen werden. Außerdem lässt sich mit Bezug auf die Leitfrage aus dieser Aktion auch schlussfolgern, dass es den Demonstranten, die aktiv gegen die Polizei vorgingen, nicht um die Lösung irgendwelcher Probleme im MV ging, sondern lediglich um die aus der Gewalt folgenden Agitation. Auch hier ist wieder das Prinzip der Zuspitzung erkennbar. Die Darstellung einiger Gruppen im MV, die Hallenbesetzung sei ein Kampf für die Jugend im MV gewesen, entbehrt auch im Hinblick auf die bisherigen Analyseergebnisse jeglicher Grundlage.

An einem solchen Wendepunkt, wie es die Hallenbesetzung sicherlich war, bietet es sich an kurz Resümee zu ziehen über die Erkenntnisse der bisherigen Analyse der Strukturen der Neuen und Alten Linken im MV und deren Aktionen bezüglich der *infrastrukturellen Krise* im Märkischen Viertel. Grundlage der Agitation waren Planungsfehler seitens der Städteplaner, sowie ein unkoordiniertes Verhalten der Politik im Umgang mit diesen. Es bildete sich der radikale Arbeitskreis Mieten und Wohnen im MV, dessen Absichten als revolutionär zu kennzeichnen sind. Ebenso radikalisierte sich die MVZ in eine ähnliche Richtung. Zur gleichen Zeit bildeten sich vermehrt Elterninitiativgruppen, die jedoch nicht als homogene Gruppe betrachtet werden sollten. Über Konflikte bezüglich des Jugendheims „Die Brücke“ gelang es den linken Gruppierungen zudem Kontakt zu Jugendlichen im MV und zu Rockergruppen aufzubauen, über die die Bewegung wohl auf eine breitere Basis gestellt werden sollte. Im Zuge des Volksfestes zur 10.000sten Wohnung offenbarten sich Teile der linken Bewegungen als offen systemfeindlich, unter anderem auch durch deren Kooperationen mit Horst Mahler und Ulrike Meinhof. Das hatte zur Folge, dass sich erste Bürgerinitiativen von ihnen distanzieren. Bei der Hallenbesetzung am 1. Mai 1970 kam es schließlich erstmals zu militantem Widerstand gegen die Polizei. Daraus ergab sich für die linke Bewegung im

¹⁹⁷ Flugblatt: *Statt Räume für 5000 Jugendliche – Prügel von der Polizei! Am 1. Mai '70*, in APO 4.

¹⁹⁸ Interview der MVZ mit Polizeirat Krüger.

Märkischen Viertel und deren Agitation im Bereich der städtischen Infrastrukturkrise eine neue Situation.

d) Von der Zersplitterung der linken Bewegung

Diese Situation äußerte sich unter anderem darin, dass sich die Linken eine neue Struktur gaben. Es wurde ein Strategie-Papier¹⁹⁹ für das Märkische Viertel verfasst. Ziel des Papiers sollte es sein herauszufinden, „wer die Linken in den bestehenden Initiativgruppen sind“ und „den Partikularismus der Gruppen“ aufzuheben.²⁰⁰ Es ging also primär darum, die linken Gruppen zu organisieren und zu einem gemeinsamen Auftreten zu bewegen. Darüber hinaus liefert das Strategie-Papier den letzten notwendigen Beweis dafür, dass es vor allem den studentischen Gruppen um Ulrike Meinhof im Märkischen Viertel nicht um Problemlösung ging. So heißt es dort, es ließe sich „der Zusammenhang zwischen Basis-Arbeit im MV und anti-US-imperialistischen Kampf“ herstellen. Als Mittel für diesen Kampf dienten demnach „zunächst alle Forderungen nach gesellschaftlichen Einrichtungen aufkosten [sic!] kurzfristiger Kapitalakkumulation“. Protest für mehr Wohnfolgeeinrichtungen ist also nach dieser Definition nur ein Mittel für höher gesteckte politische Ziele. Auf insgesamt vier Seiten werden in dem Papier weitere vermeintlich erfolgversprechende Aktionsformen erläutert. Die gesamte Strategie ist ein Zeugnis dafür, wie im Märkischen Viertel zum Teil berechtigter Mieterprotest objektiviert und als Mittel für eigene politische Ziele der Linken genutzt werden sollte.

Gegen solche Bestrebungen regte sich auch innerhalb der Linken vermehrt Protest. So spaltete sich beispielsweise die Notgemeinschaft Strohbach bald von den anderen radikalen Linken ab. Ihr Vorsitzender Werner Strohbach war zwar auch links eingestellt, jedoch war er der Meinung, dass die Studenten im Viertel „hier bloss die Lage ausnutzen“ wollten und „auf Krawall rausgehen weiter nischt.“²⁰¹ Strohbach brachte daraufhin den *Bürger im Dialog* als Gegenzeitung zur MVZ heraus. Diese Zeitung war sich dessen bewusst, dass das „politische Barometer dieses Bezirks [...] auf Sturm“ stünde.²⁰² Daraus wurde jedoch, anders als von den radikalen linken Kreisen im MV, nicht der Schluss gezogen, man müsse jetzt revoltieren. Im Gegenteil: Der *Bürger im Dialog* erklärte, dass man sich „nicht für dumm verkaufen“ lasse und die Radikalen immer wieder versuchten „die arbeitende Masse für sich zu gewinnen“.²⁰³ In den Bürgerinitiativen habe man das gemerkt und es sei der Eindruck entstanden, „man wolle Elterngruppe und die willentliche Bereitschaft einzelner

¹⁹⁹ Diverse Quellen sehen Ulrike Meinhof als Mitverfasserin des Papiers. Im Rahmen dieser Forschungsarbeit konnte dies, obwohl das betreffende Papier vorliegt, nicht zweifellos bestätigt werden.

²⁰⁰ Vorläufiges Strategie-Papier MV; in: APO

²⁰¹ Interview mit Werner Strohbach aus dem Juni 1971; in: APO

²⁰² *Bürger im Dialog*; 1./Mai 1970 in: APO

²⁰³ *Bürger im Dialog*; 4. Juni 1970 in: APO

– politisch – verschwommenen Absichten vorspannen.²⁰⁴ Diese Zeitung äußerte damit klar und unmissverständlich, dass die eigenen Gruppen dafür nicht zur Verfügung stünden und die radikalen Bewegungen im MV auch „keine Bürgergruppen hinter sich“ hätten.²⁰⁵ Es vollzog sich damit im Mai/Juni 1970 eine erste Spaltung der Linken.²⁰⁶ Die Gruppe um Werner Strohbach ging auf Abstand zu den radikalisierten Gruppen im MV. Dies äußerte sich auch auf einer von der Elterngruppe Strohbach einberufenen Bürgerversammlung am 13. Mai 1970, zu der unter anderem Vertreter des Senats, der Gesobau und des Bezirksamts erschienen.²⁰⁷ In dem Flugblatt zum Aufruf wird zwar immer noch Kritik geäußert an der Politik im MV, dass man jedoch zu einer Veranstaltung zur Verständigung zwischen Bürgern und staatlichen Institutionen aufrief, ist als Zeichen für eine gewisse Systemzugewandtheit zu verstehen. Maßgeblich auf die Elterngruppe Strohbach geht auch eine weitergehende Kooperation mit der Polizei in Bezug zur Schaffung von Spielplätzen im MV zurück.²⁰⁸ Die Polizei planierte in der Folge einige Spielplätze.²⁰⁹ Dieses Engagement der Polizei wurde indes von vielen der im MV tätigen Bürgerinitiativen sehr positiv gesehen und einige von ihnen „distanzier[en] sich vom ‚radikalen‘ Delegiertenrat“.²¹⁰ Dieser Delegiertenrat war ein Zusammenschluss diverser Elterninitiativen, der von linken Gruppen dominiert wurde.²¹¹ Dass sich also in Folge der Kooperation mit staatlichen Institutionen Elterninitiativen von diesem entfernten, zeigt deren generelle Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem Staat und spricht dafür, dass es diesen Gruppen tatsächlich um die Lösung von Problemen im MV ging.

e) Von der Krisenbewältigung durch das bürgerliche Lager

Dieser Zerfall des Zusammenhalts der linken Gruppen und die Distanzierung vieler Elterninitiativen blieben auch vom Bezirksamt und der bürgerlichen Lokalpresse, dem *Nord-Berliner*, nicht unbenutzt. Die Strategie der verantwortlichen politischen Stellen und der Lokalpresse zielte daher darauf ab, sehr stark zu unterscheiden zwischen radikalem Protest und angemessenem und legitimen Protest der Zivilgesellschaft. In der Nachberichterstattung zur Besetzung der Halle MV zeigte sich dieser Ansatz sehr klar. Eine unmittelbare Reaktion auf diese blieb zunächst aus. Erst am 15. Mai titelte der *Nord-Berliner* „Radikalismus jetzt im Norden?“²¹² Radikale Gruppen aus der Innenstadt würden, heißt es dort, versuchen „die berechtigten Anliegen der Bewohner des Märkischen Viertels in anarchistische Aktionen umzufunktionieren.“ Das Bezirksamt werde die „Mißstände im

²⁰⁴ Bürger im Dialog; 4. Juni 1970 in: APO

²⁰⁵ Ebd.

²⁰⁶ Strohbach zum Beispiel hatte früher im Arbeitskreis Mieten und Wohnen mitgearbeitet und sah sich politisch links.

²⁰⁷ Flugblatt: *Was tut sich im MV?* In: APO

²⁰⁸ Bürger im Dialog; 6. Juni 1970 in: APO

²⁰⁹ Vgl. Flugblatt: *Endlich! Polizei baut uns Spielplätze*; 3. Juni 1970 in: APO

²¹⁰ Informationen zum *Kinogramm II*; in: APO 3.

²¹¹ Vgl. *Bürger im Dialog*; 4. Juni 1970; in: APO 2.

²¹² Der Nord-Berliner; 15. Mai 1970; S. 1 in: LAB 12.

Märkischen Viertel beschleunigt beheben und berechtigte Kritik bei Aussprachen und Diskussionen“ entgegennehmen. Konkrete Lösungsvorschläge wurden außerdem unterbreitet. Der Artikel richtet sich demnach an alle Bürger des MV, die einer Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen nicht abgeneigt waren und die Probleme des MV zu lösen versuchten. In derselben Ausgabe der Zeitung erschien zudem eine ungewöhnlich lange *Sonderbeilage Märkisches Viertel*, in welcher Bezug genommen wurde auf die Probleme des MV und deren Lösung durch das Bezirksamt. Diese wurden dabei klar benannt, ebenso wurde auch das Engagement der Elterninitiativgruppen als „zu begrüßen“ gewürdigt. In einer abgedruckten Ansprache des Bezirksbürgermeisters Grigers bat dieser zudem um „Geduld“ und stellte die baldige Fertigstellung von weiteren Kindertagesstätten in Aussicht. Auch er benannte die Probleme des MV unmissverständlich. Damit entrissen Bezirksamt und *Nord-Berliner* den radikalen Gruppen im MV die Deutungshoheit über die Krise. Auch sie zeigten sich fähig, Probleme der Bürger zu erkennen, zu artikulieren und zudem realistische Lösungen anzubieten. Diese Lösungen wurden in der Folge auch versucht umzusetzen. Im Januar 1971 kündigte die Gesobau beispielsweise an, die „Bemühungen des Bezirksamtes, für Kindertagesstätten und andere soziale Einrichtungen zu sorgen“, unterstützen zu wollen, indem „sie Räume [...] zur Verfügung stellte“²¹³. Der Senat kündigte zudem an, mehr Sozialarbeiter für das Märkische Viertel einzustellen und dabei die bestehenden Kapazitäten zu verdreifachen.²¹⁴ Senat, Gesobau und Bezirksamt setzten damit an dem Punkt des Mangels an Folgeeinrichtungen an, der als Krise der Infrastruktur auch Ausgangspunkt der linken Agitation im Viertel gewesen war. Rückblickend wurde das Problem auch von diesen als der eigentliche „Hauptansatzpunkt“ der eigenen Agitation gesehen wurde.²¹⁵ Damit nahm man den Linken eine mögliche Argumentationsgrundlage.

Die Strategie des Bezirksamts hatte dabei gegenüber der Taktik der Radikalen zwei große Vorteile. Man war im Gegensatz zu den linken Gruppierungen in der Lage, klare Lösungen anzubieten und sich zudem als tatsächlich problemorientiert arbeitend zu profilieren. Die Linken wiederum konnten das nicht leisten, sondern immer nur „motzen“, wie sie es in Reflexion der Ereignisse selbst formulierten. Nie habe in der MVZ zum Beispiel gestanden, „wie man die Scheiße angeht und beseitigt“.²¹⁶ Hier zeigt sich also, wie wichtig die Präsentation adäquater Lösungen für das Erreichen der Menschen war. Außerdem bestätigt sich damit auch die Annahme, dass die Linksradikalen eigentlich an Lösungen gar nicht so sehr interessiert waren, sondern vor allem polarisieren wollten. Anders wäre das vollkommene Fehlen von Lösungskonzepten nicht zu erklären. Vom Bezirk-

²¹³ Der Nord-Berliner; 23. Januar 1971; S. 5 in: LAB 13.

²¹⁴ Vgl. ebd.

²¹⁵ Protokoll Lange/Rickmann/Rakowitz.

²¹⁶ Ebd.

samt wurde dieses Fehlen erkannt und durch das Anbieten eigener Konzepte ausgenutzt. Außerdem waren viele demokratisch gesinnte Bürger durch die Hallenaktion verschreckt worden. Diese habe die linken Bewegungen „bei vielen Leuten ins Unrecht gesetzt“, wie es Arbeiter später formulierten. Die angestrebte Solidarisierung weiter Teile der Bewohner des MV mit diesen Bewegungen war „in Arsch gegangen“²¹⁷, vor allem da nur wenige Bewohner des MV tatsächlich anwesend gewesen seien. Die Verbindung der Bewegung mit den Mahlers und Meinhofs war mit ursächlich dafür. Beide waren zum Zeitpunkt ihrer Agitation im MV schon als linksradikal bekannt. Meinhof ging nur wenige Wochen nach der Hallenaktion im Zuge der bewaffneten Befreiung Andreas Baaders in den Untergrund. Für die radikalen Bewegungen, die jedoch auf die Kooperation mit den noch demokratischen Bewegungen angewiesen waren, um eine Agitationsbasis zu schaffen, war dies ein großes Problem. Deren Mitwirken trug entscheidend zur Demaskierung der Linksextremen im MV bei. Auch dabei spielten Nord-Berliner und Bezirksamt eine nicht unwesentliche Rolle. In einem Artikel aus dem Juni 1970 zur Beschlagnahme der MVZ durch die Polizei²¹⁸ wies die Zeitung zum Beispiel explizit darauf hin, dass die MVZ „zuletzt finanziell von Ulrike von Meinhof [sic!] und Horst Mahler“ unterstützt worden sei.²¹⁹ Meinhof wurde zu diesem Zeitpunkt bereits polizeilich gesucht. Die Radikalen im MV wurden also in direkte Verbindung mit der in die Illegalität gegangenen Meinhof gesetzt, was bei demokratisch gesinnten Bürgern nicht gut ankommen konnte.

Die Ankündigung, sich der Probleme des MV anzunehmen und diese verstärkt anzugehen, wurde in der Folge konsequent umgesetzt. Bezirksbürgermeister Grigers trug durch diverse Ansprachen dazu bei, indem er beispielsweise befand, dass „niemand in verantwortlicher Position [...] die Probleme der Mitbürger im Märkischen Viertel bagatellisieren“ dürfe.²²⁰ Dabei kündigte er auch eine bessere Kooperation mit dem Senat an. Zusätzlich entschärfte sich die Situation der Kindesbetreuung im MV durch die Fertigstellung einer Reihe von Kindertagesstätten.²²¹ Über die Finanzierung der EIGs zeigten der Bezirk und Senat zudem ihre Bereitschaft, die Zivilgesellschaft in Bestrebungen der eigenen Problemlösung zu bestärken. Seit 1969 wurden die Elterninitiativgruppen bereits durch den Bezirk und den Senat finanziell getragen.²²² Nach der Hallenbesetzung fand jedoch vermehrt eine Würdigung dieses Engagements statt. Den Initiativgruppen wurde dabei in der Verwendung der Gelder eine große Autonomie eingeräumt. Das zeigt, dass das Bezirksamt hier wirklich auf die Stärkung der Zivilgesellschaft abzielte. Unerwähnt darf jedoch auch nicht bleiben, dass

²¹⁷ Ebd.

²¹⁸ Die MVZ wurde am 6. Juni 1970 durch die Polizei beschlagnahmt, da der Verdacht auf Beleidigung bestand. Dieser Vorwurf hatte später vor Gericht jedoch keinen Bestand.

²¹⁹ *Der Nord-Berliner*; 19. Juni 1970; S. 4; in: LAB 12.

²²⁰ Ansprache des Bezirksbürgermeisters; abgedruckt in der Sonderbeilage Märkisches Viertel *des Nord-Berliners*; 4. September 1970; in: LAB 12.

²²¹ Ebd.

²²² Flugblatt: *Eltern – Initiativ – Gruppen*; in: APO 3.

das Verhältnis zwischen Initiativen und staatlichen Stellen deswegen noch nicht von sämtlichen Spannungen befreit war. Im Februar 1971 kam es beispielsweise zu größeren Konflikten zwischen Senat und den EIGs über die Höhe der Zuschüsse für die Gruppen. Die EIGs, vor allem die *Elterninitiative Heinzegraben* und die *Elterninitiativen im Forum*, forderten eine Mindestunterstützung von 600.000 DM für das Jahr 1970, während der Senat zunächst nur bereit war, 230.000 DM zu zahlen.²²³ In einer *Ultimativen Forderung* an Senat und Bezirksamt warfen die EIGs diesen unter anderem eine Politik vor, unter der die „besonders einkommensschwachen Gruppen zu leiden“ hätten.²²⁴ Verglichen mit der Rhetorik, die noch ein halbes Jahr zuvor von diesen Gruppen an den Tag gelegt worden war, kann man jedoch eine relative Entspannung erkennen. Den staatlichen Stellen wurde nun nicht mehr vorgeworfen, eine Politik für das Kapital zu machen oder ähnliches. Sachlich wurde auf die Problematik hingewiesen, was für eine Abwendung vom Radikalismus dieser Gruppen spricht. Mit der Forderung der Eltern solidarisierte sich auch die Ortsgruppe MV der SPD, was als Zeichen eines verbesserten Verhältnisses zwischen Politik und EIGs angesehen werden kann.²²⁵ Das Bezirksamt und der Senat gingen auf diese Forderungen weitgehend ein und sagten schriftlich zu, 530.000 DM zur Verfügung zu stellen. Alle Elterninitiativgruppen des MVs, außer die im *Forum* organisierten, waren damit zufriedengestellt.²²⁶ Lediglich letztere rief zu einer Demonstration gegen diese Politik des Senats auf, die jedoch von SEW-Funktionären vereinnahmt wurde.²²⁷ Die EIG distanzierte sich jedoch in der Folge von diesen, indem sie einen Artikel in der MVZ mit dem Titel „Wir demonstrierten nicht für die SEW!“ veröffentlichte und darin der SEW „primitive Wahlkampfaktik“ vorwarf. Gleichzeitig übte sie auch Selbstkritik unter anderem durch das Bekenntnis, dass auch die Gruppe „oft die nötige Einigkeit und Entschlossenheit“ vermissen ließ. Dies ist als endgültige Absage der EIGs im Forum an umstürzlerisches Gedankengut zu deuten. Die Politik des Bezirks auf die Elterninitiativgruppen hatte also offensichtlich Erfolg und diejenigen, die sich gegen Vereinnahmungen des Protests durch Radikale einsetzten, konnten sich in den Gruppen letztlich durchsetzen.

Auch die angekündigten Bürgerversammlungen und Diskussionsrunden wurden im MV konsequent durchgeführt. Anfang 1971 gründete sich zum Beispiel eine monatliche Diskussionsrunde der Frauen in der SPD, wobei unter anderem mit Bezirksstadträtin Reichel über Themen wie „Die Bedeutung von Eltern-Kinder-Gruppen für die Emanzipation“ gesprochen werden konnte.²²⁸ Im

²²³ Offener Brief der EIGs an den Senat: *Ultimative Forderung*; 15. Februar 1971, in: APO 3.

²²⁴ Ebd.

²²⁵ Resolution der SPD Märkisches Viertel; 17. Februar 1971 in: APO 3.

²²⁶ Vgl. MVZ 3/1971 April; Artikel „Wir demonstrierten nicht für die SEW“, S. 4 in: APO 6.

²²⁷ Vgl. ebd.

²²⁸ Vgl. Der Nord-Berliner, 8. Januar 1971; S. 2 in LAB 13.

Februar 1971 war sogar Bundeskanzleramtsminister Ehmke im MV, um über die „Politik der Inneren Reformen“ zu debattieren.²²⁹ Die *Brücke* sollte außerdem künftig als „Kontaktstelle zum Bezirksamt“ dienen.²³⁰ Es gelang den staatlichen Stellen über diese Gesprächsangebote, die Bürger des Märkischen Viertels in die Politik zu integrieren.

Der letztendliche Erfolg dieser Maßnahmen zeigte sich in den Wahlergebnissen zur Abgeordnetenhauswahl im März 1971. Dabei konnten, trotz vorher anderslautender Befürchtungen, radikale Parteien, wie die SEW, im Märkischen Viertel mit 2,9 % der Stimmen nur wenige Wähler überzeugen.²³¹ Dieses Wahlergebnis, das vom Bezirksbürgermeister Grigers als „Erfolg der Demokratie“ interpretiert wurde, zeigt, dass die Radikalen spätestens ab diesem Zeitpunkt nur noch eine kleine Minderheit im Viertel darstellten. Die Strategie des Bezirksamtes, über die Lösung der Ursprungskrise mithilfe des Übernehmens von Verantwortung den Extremen den Boden zu entziehen und gleichzeitig die Bürger, die zur konstruktiven Mitgestaltung des Viertels bereit waren in die Politik zu integrieren, kann also als erfolgreich angesehen werden. Durch sie trennten sich radikale Gruppierungen mit dem Umsturz als Fernziel von solchen Bürgergruppen, die lediglich an einer Ausweitung ihrer politischen Partizipation und einer gewissen Emanzipation von der Politik interessiert waren.

f) Ergebnisse der Fallanalyse und historische Einordnung

„Die erfolgreichste Ausgabe war, bevor die Linken da waren.“²³² Dieses auf die MVZ bezogene Zitat Hans Rickmanns von 1974 verdeutlicht gut die Ergebnisse der Analyse der linken Protestbewegungen im Märkischen Viertel bezüglich der mangelnden Wohnfolgeeinrichtungen im Märkischen Viertel. Der Großteil der im MV aktiven Bürger wollte, wie sich in der Analyse zeigte, nicht im linken Sinne politisiert werden, geschweige denn einen Umsturz des Systems herbeiführen. Der anfängliche Erfolg dieser linken Bewegungen im MV lässt sich damit erklären, dass sie zu Beginn die Deutungshoheit der Krise an sich rissen. Es gelang ihnen zu Beginn sich als diejenigen zu profilieren, die die Probleme benannten. Dies war das, was sich die meisten Bewohner des MV wünschten. Die Ausgaben vor der Radikalisierung der MVZ benannten die Probleme klar, hatten jedoch noch keiner aufrührerische Tendenz. Diese kam erst später hinzu und wurde spätestens im Nachgang der Hallenbesetzung der breiten Öffentlichkeit immer bewusster. Vom Großteil der MV-Bewohner wurden sie jedoch abgelehnt, wie die Wahlergebnisse von 1971 und die Kooperationen der EIGs mit dem Bezirksamt zeigten. Dem Senat und Bezirksamt gelang es wiederum durch die

²²⁹ Der Nord-Berliner, 26. Februar 1971; S. 4 in LAB 13.

²³⁰ Sonderbeilage Märkisches Viertel in: Der Nord-Berliner, 2. April 1971 in: LAB 13.

²³¹ Vgl. Der Nord-Berliner, 19. März 1971 in: LAB 13.

²³² Protokoll Lange/Rickmann/Rakowitz.

finanzielle Unterstützung, die Anerkennung der Probleme der Menschen sowie konkrete Lösungsvorschläge für diese, die Elterninitiativgruppe in das politische System zu integrieren. Die radikaleren Gruppierungen indes schrumpften immer weiter. Sie verlegten ihren Fokus auf andere Problemfelder im MV.²³³ Ihre Ambitionen, die Bevölkerung im MV zu radikalisieren und auf einen Umsturz vorzubereiten, scheiterten letztlich also an mehreren Punkten. Zum einen waren die radikalen linken Bewegungen nicht in der Lage, eine innere Geschlossenheit in ihrem Vorgehen herzustellen. Das äußerte sich in der fehlenden „Solidarität“ unter den Arbeitern und Studenten.²³⁴ Die nicht linksradikal eingestellte Bevölkerung im MV war zudem verschreckt von der zunehmenden Radikalisierung der Bewegungen, da diese nicht in ihrem Sinne war. Schließlich konnten Bezirksamt und Senat durch das Lösen vieler Probleme im MV und den direkten Kontakt mit den Bürgern, ihrem Gestaltungswillen Rechnung tragen und sie in das politische System integrieren.

²³³ Namentlich auf das Problem der Exmittierungen und der hohen Mieten im MV.

²³⁴ Protokoll Lange/Rickmann/Rakowitz.

V. FAZIT

„Die wenigen, die sich auf Krisen [...] verstehen, lieben die Krise!“²³⁵ Diese Annahme von Dueck, die ihren Eingang schon in das Kapitel über den Krisenbegriff dieser Arbeit gefunden hat, wurde im Laufe der Analyse der Mieterproteste im Märkischen Viertel eindeutig bestätigt. Die krisenhafte Situation der Wohnfolgeeinrichtungen wurde von der großen Masse der Bewohner des MV auch als solche wahrgenommen. Sie hatten diverse Einschränkungen, die auch begründen, warum ihnen an einer Lösung des Problems tatsächlich gelegen war. Jedoch erkannten auch linksradikale Studenten die Abweichung vom zu erwartenden Normalzustand im Bereich der Infrastruktur. Diese waren, wie die Analyseergebnisse zeigen, nicht interessiert an einer Mitgestaltung bei der Problembearbeitung. Im Gegenteil: sie versuchten immer wieder die Zustände weiter zuspitzen, mit dem Ziel einen Umsturz vorzubereiten. Dueck würde hier wohl sagen: *Sie liebten die Krise*. Ob sie sie auch verstanden, steht freilich in einem anderen Buch geschrieben.

Und doch muss man konstatieren, dass die radikalen Linken, die Studenten und die von ihnen politisierten Arbeiter, zumindest die Ausgangslage verstanden. Sie verstanden, dass sie und die übrigen Bewohner des MV ein gemeinsames Ziel hatten, namentlich die Veränderung der gegebenen Umstände. In den Vorstellungen wie diese auszusehen hatte, unterschieden sie sich dann jedoch, wie sich vor allem nach der gescheiterten Besetzung der *Halle MV* zeigte. Spätestens von hier an trennten sich die Wege der radikalen Linken, die den Umsturz erstrebten, und der großen Menge der in Elterninitiativgruppen (EIG) engagierten Bewohner, die allenfalls über die Verhältnisse, in denen sie leben mussten, mitbestimmen wollten. Ihr Engagement vor Ort im MV zeigte eine Motivation, die man als partizipationsorientierten Gestaltungswillen bezeichnen kann. Veränderungen herbeiführen durch aktives Einbringen in die Gesellschaft, nicht aber durch den Sturz des gesamten politischen Systems, *das* war das Ziel der meisten engagierten Bürger. Im Sinne der Fragestellung lässt sich also festhalten, dass Teile der linken Bewegungen, die Minderheit, im MV tatsächlich Vorbereitungen für einen politischen Umsturz treffen wollten. Diese waren getragen von radikalen Studenten von außen, wie auch von den durch sie politisierten Arbeiter, die in der *Märkischen Viertel Zeitung* und dem *Arbeitskreis Mieten und Wohnen* mitwirkten. Der weitaus größere Teil der Einwohnerschaft war dazu jedoch nicht bereit. Ein Großteil der Elterninitiativen im MV kooperierte mit dem Reinickendorfer Bezirksamt und Senat. Eine Entfernung wurde mit zunehmender Offenlegung der wahren Ziele der Radikalen immer deutlicher.

Vergleicht man diese Ergebnisse mit der Bewegung der *Neuen Linken* in ganz West-Berlin und in der Bundesrepublik, kommt man zu dem Schluss, dass diese weder eine „im Grunde illiberale Protestbewegung“²³⁶ noch eine geschlossene Bewegung mit dem Ziel der „Nachgründung der

²³⁵ Gunter Dueck, S. 97.

²³⁶ Wolfgang Kraushaar, S. 319.

Republik²³⁷ war und verallgemeinernd in ihr auch keine „dual[e] Zielorientierung“²³⁸ erkannt werden kann. Auch innerhalb einer Bewegung gibt es nämlich unterschiedliche Strömungen, wie es sich im MV besonders gut zeigte. Es gab Abspaltungen und Splittergruppen und vielen Menschen im MV wurde die Agitation letztlich zu radikal. Eine verallgemeinernde Aussage über die Zielsetzung einer gesamten linken Bewegung in ganz Deutschland zu treffen, ist in Anbetracht der sogar im Mikrokosmos MV sichtbaren großen Differenzierung in der Bewegung nicht möglich. Es drängt sich jedoch die Vermutung auf, dass ein Großteil der *Neuen Linken* im Grunde auch eher den partizipationsorientierten Gestaltungswillen des Großteils der MV-Bewohner teilte und zu Beginn der Bewegung lediglich aus ähnlichen Zielsetzungen heraus, die Radikalen unterstützen.

Diese Schlussfolgerung ist zulässig, da der gesamte Prozess der linken Agitation, ob im Mikrokosmos MV oder im Gesamtkontext West-Berlin und Bundesrepublik, auf eine übergeordnete politische Krise oder zumindest ein übergeordnetes Versagen des Staates zurückgeht. War es im MV der mangelhafte Ausbau der städtischen Infrastruktur, war es in der Bundesrepublik beispielsweise die Nichtaufarbeitung der Nazi-Vergangenheit. Bei beiden kritikwürdigen Abläufen des Staates war es Agitatoren möglich, bei der Benennung der gesellschaftlichen Probleme eine relativ große Masse hinter sich zu vereinen. Bei diesen linken Agitationen der 1960er- und 1970er-Jahre zeigt sich demnach ein Grundproblem unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung und der Staatsordnung, die auf ihr basiert. Machen unsere politischen Vertreter im Verlauf der Entscheidungs- und Beteiligungsprozesse Fehler, und das machen sie zwingend, eröffnet die freiheitliche Demokratie Menschen, die diese Fehler für ihre Zwecke nutzen wollen, Handlungsoptionen. Dieses Problem freiheitlicher demokratischer Lebensformen ist, so unbefriedigend diese Erkenntnis auch sein mag, wohl nicht auflösbar. Vielmehr ist es der Preis für unsere Freiheit.

Trotz alledem kann und muss die Demokratie aus solchen kritischen Momenten für ihre Zukunft lernen. Vermag sie es nicht, setzt sie sich der ständigen Gefahr der Krisenentstehung und Instrumentalisierung der Krise durch ihr feindlich gesinnte Kräfte aus. Das demokratische System kann sein Möglichstes tun, Fehlerherde zu minimieren. Krisen entstünden durch Teilsysteme, die nicht in Passung aufeinander abgestimmt seien, schreibt Nassehi dazu.²³⁹ Das ließ sich auch in der Entstehung der infrastrukturellen Krise im MV nachweisen. Sofern folglich staatliche Stellen, wie es im MV der Fall war, aneinander vorbei oder sogar offen gegeneinander arbeiten oder nur verwalten, dann ist das für den demokratischen Staat eine große Gefahr. Eine Krise könnte entstehen und extremistisch eingestellte Agitatoren diese ausnutzen. Dagegen kann man vorgehen, indem solche Zustände minimiert werden. Kommunikation und zivilgesellschaftliche Beteiligung ist der Schlüssel in diesem Fall. Zwischen den Teilsystemen des ganzen demokratischen Systems muss

²³⁷ Ebd.

²³⁸ Ingrid Gilcher-Holtey, S. 113f.

²³⁹ Vgl. Armin Nassehi, S. 39.

Austausch herrschen. Praktisch wird es wohl nie möglich sein, eine vollkommene Kommunikation zu gestalten. Es würde jedoch häufig schon genügen, Verbindungsstellen zwischen den Ebenen der Demokratie zu schaffen – zum Beispiel in Form gemeinsamer Besprechungen, Konferenzen oder eines institutionalisierten Austausches der Behörden. So könnte das Entstehen von Krisen, die durch ebenjene Probleme wie im MV ausgelöst werden, minimiert werden.

Viel hängt jedoch auch davon ab, wie die verantwortlichen Personen in der Politik handeln. Im MV interessierte sich die Politik anfangs für die Probleme der Menschen nur am Rande. Radikale Kräfte gewannen die Deutungshoheit über die Krise und konnten damit auch ihren Einfluss auf die Gesellschaft in gewissen Maßen steuern. Staatliche Stellen müssen daher wach sein und eine ständige Aufmerksamkeit für die Probleme der Bürger haben. Der Dialog darf nicht abbrechen. Denn sollten die Menschen das Gefühl gewinnen, dass sich der Staat für sie nicht interessiert, werden auch die Radikalen für sie interessanter. Im Märkischen Viertel riss der Kontakt des Bezirksamtes und des Senats zu den Bewohnern nicht ab. Spätestens als auch diesen Institutionen und ihren politischen Leitungen klar wurde, dass die linke Agitation im Viertel eine Gefahr für das Miteinander darstellen könnte, konzentrierte man sich vermehrt auf die Pflege des Kontakts zu den Bürgern. Dies stellte sich als erfolgreiche Krisenbewältigungsstrategie heraus.

Zentral dabei war besonders das Vorgehen des Bezirksamtes und die Berichterstattung des diesem zugewandten Lokalblattes *Der Nord-Berliner*. Zunächst differenzierten sie ganz klar und eindeutig zwischen den radikalen Kräften und solchen Bürgern, die berechtigte Kritik äußerten. Dadurch konnte einer Stigmatisierung aller Bewohner des MV entgegengewirkt werden, die wohl den Linksextremen Zulauf gebracht hätte. In der Folge nahm man sich der Probleme der Menschen konkret an, suchte durch Bürgergespräche den Kontakt und präsentierte nicht nur realistische Lösungen, sondern auch fassbare Erfolge im Kampf gegen die Probleme, die die Menschen plagten. Man ging auf die Bürger aktiv zu. Dieses Verhalten des Bezirksamtes in der Bewältigung der Probleme durch die linke Agitation kann durchaus als vorbildlich bezeichnet werden. Eine starke Zivilgesellschaft zu etablieren, die auf aktiven Bürgern beruht, ist ein Maximum dessen, was aus einer solch schwierigen Lage wie der des MV erreicht werden konnte. Warum, sollte man sich fragen, hat dieses Konzept offenbar zu wenig Schule gemacht? Aktuell durchlebt unsere Demokratie eine Legitimationskrise – vor allem, aber nicht nur - in den *neuen* Bundesländern. Die Gesellschaft dort wird zunehmend polarisiert und auch die politischen Parteien der Mitte, ebenso wie offizielle Repräsentanten unseres Staates tragen dazu bei. Besonders auf dem Höhepunkt der sogenannten *Flüchtlingskrise* 2015 zeigte sich dies eindrücklich. Hier wurden durch Nicht-Differenzierung zwischen Radikalen und Bürgern mit berechtigten Sorgen eine Situation geschaffen, die das Bezirksamt im Märkischen Viertel erfolgreich zu verhindern suchte. Die Verallgemeinerungen, die die in Ostdeutschland lebenden Menschen aus Teilen der Presse und der Politik trafen, trugen zur weiteren Polarisierung bei und auch dazu, dass sich Menschen, die vorher keine extremen Ansichten

hatten, von der *etablierten Politik* entfernten. Das zeigt, dass auch heute noch an die Möglichkeiten der Verteidigung der Demokratie durch Aufbau einer starken Zivilgesellschaft erinnert werden sollte und Beispiele für gelungene Prozesse auch in der Gegenwart genutzt werden sollten. Wenn in unserer Demokratie der Staat es wieder schafft mit den enttäuschten Menschen in Kontakt zu treten und sich deren Problemen annimmt, kann sie auch die Legitimationskrise überwinden.

Im Märkischen Viertel zeigen sich heute die aus der Gefahr einer Krise des Systems entstandenen positiven Folgen. Immer noch gibt es einige der Elterninitiativen, die damals wegen des ursprünglichen Mangels an städtischer Infrastruktur gebildet wurden. Die *Elterninitiativen im Forum* und die *Elterninitiative Heinzgraben* gibt es bis heute, aus der *Halle MV* ist heute ein Kinder- und Jugendzentrum unter Trägerschaft der *Naturfreunde* geworden. Doch gelang dem Viertel bis in die Gegenwart hinein noch kein grundlegender Imagewechsel. Waren es früher Probleme mit Wohnfolgeeinrichtungen im MV, hat man es heutzutage mit Segregationsprozessen und einem Ruf als *Problemviertel* oder auch *sozialen Brennpunkt* zu tun. Unter diesen Voraussetzungen erscheint die nachhaltige Etablierung der Elterninitiativgruppen als besonders wertvoll.

An die Mieterproteste und das Engagement linksextremer Gruppen erinnert hingegen kaum noch etwas im Märkischen Viertel. Die meisten heutigen Bewohner und auch die Menschen aus den benachbarten Ortsteilen wissen wenig über dieses Kapitel der Geschichte des Viertels. In einem 2004 herausgegebenen Jubiläumsband der Gesobau zum Märkischen Viertel wird das Thema lediglich gestreift und Informationen an zentralen Punkten des Protests sucht man vergebens. Das ist durchaus schade, wenn man sich an dessen Bedeutsamkeit zurückerinnert. In seiner Auseinandersetzung mit den Extremisten zeigte sich das demokratische System nämlich als durchaus „lernfähig“, wie es Reinickendorfs Bezirksbürgermeister Herbert Grigers in einem Rückblick betonte.²⁴⁰ Die linken Bewegungen, die radikalen und gemäßigten, haben viel dazu beigetragen, nicht nur im MV. Besonders die illiberalen Teile der Bewegungen, die das System eigentlich stürzen wollten, stabilisierten es letztlich. Was paradox klingt, ist einfach zu erklären. Der Staat wurde herausgefordert und musste sich weiterentwickeln. Um die Menschen von den Extremisten fernzuhalten und ihr Vertrauen zurückzugewinnen, musste er bürgernäher werden. Somit trugen auch die Radikalen ihren Teil zur Verbesserung und Etablierung der Demokratie bei. Die Extremen *liebten* die Krise und führten damit ungewollt eine Verbesserung des demokratischen Systems herbei. Sollte deswegen also auch die Demokratie die Krise *lieben lernen*? Sicherlich nicht, zu oft haben sie schon ihre destruktive Kraft bewiesen. Und doch ist die Krise auch eine Chance für die Demokratie, sich zu verbessern und ihrer Werte in schweren Zeiten zu vergewissern.

²⁴⁰ Kommunalpolitische Beiträge. Das Märkische Viertel vollendet sich in: APO

VI. ARBEITSBERICHT

Als ich im Februar 2017 meine Projektarbeit zum vorherigen Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten mit dem Thema *Gott und die Welt. Religion macht Geschichte* abgeschickt hatte und das fertige Produkt in den Händen hielt, war ich erleichtert über den erfolgreichen Abschluss des Projekts und stolz auf die Arbeit und Mühen, die in diesem steckten. Gleichzeitig war mir auch klar: Ich möchte an diesem Wettbewerb mit all den Erfahrungen und Kompetenzen, die ich durch ihn erlangt habe wieder teilnehmen. Die für mich lehrreiche Arbeit an dem Projekt, aber auch der Spaß, den ich am Forschen hatte, motivierten mich direkt, erneut an dem Wettbewerb teilzunehmen. Als ich dann auch noch für meine Mühen mit einem Förderpreis ausgezeichnet wurde, sah ich mich in dem Willen zur erneuten Teilnahme nur noch mehr bestätigt. Zugleich fiel mir im Rückblick auf die vorangegangene Arbeit aber auch einiges auf, das verbesserungswürdig war. Beispielsweise mein Zeitmanagement, das mich während der Projektzeit damals stark unter Druck setzte und von dem letztlich auch die Qualität des Wettbewerbsbeitrages beeinflusst wurde. Oder auch die Benutzung einer größeren Vielfalt von Quellen, die meine Arbeit noch aussagekräftiger gemacht hätten. All diese retropektivischen Erkenntnisse motivierten mich, gerade diese Punkte bei einer erneuten Teilnahme besser umzusetzen, vor allem deshalb, da ich Lust am eigenen Forschen gewonnen hatte.

Neben der Motivation, die sich aus dem Wesen dieses Wettbewerbs ergibt und die auf die Erweiterung meiner persönlichen Kompetenzen abzielt, gab es 2018/19 für mich noch die Möglichkeit diesen Wettbewerbsbeitrag als 5. Prüfungskomponente für das Abitur zu nutzen. Dies war für mich günstig, weil Geschichte eines der wenigen Fächer ist, für das ich mich über mehrere Monate mit einem Thema auseinandersetzen möchte und das mich wirklich interessiert und motiviert. So konnte ich das *Schöne*, den Wettbewerb, mit dem *Nützlichen*, der Abiturprüfung verbinden.

Gesteigert wurde meine Motivation durch das diesjährige Thema *So geht's nicht weiter. Krise, Umbruch, Aufbruch*. Dieses klang für mich von Beginn an sehr interessant, da es Geschichtsforschung mit hohem Aktualitätsbezug ermöglicht. In diesem hochaktuellen und, je nach Art der Krise, häufig auch hochpolitischen Bereich einer historischen Fragestellung nachzugehen, die sowohl dem Leser meiner Arbeit als auch mir selbst das Wesen einer Krise auf der einen Seite näherbringt, und deren Beantwortung auf der anderen Seite für zukünftig entstehende Krisen Handlungsmöglichkeiten aufzeigt, erschien und erscheint mir noch immer als spannende Herausforderung.

Mein Zeitmanagement wollte ich im Vergleich zum letzten Wettbewerb definitiv verbessern und kontinuierlich arbeiten. Mit Bekanntgabe des diesjährigen Wettbewerbsthemas begann für mich also sofort die Suche nach meinem Forschungsbereich. Wichtig war mir dabei lediglich, dass mein Thema dieses Mal zeitlich noch näher an der Gegenwart liegen sollte als beim Wettbewerb zuvor,

in dem ich über die Bekennende Kirche im Nationalsozialismus forschte. Den Blick also auf den Staat zu richten, in dem ich heute lebe und damit die Geschichte des heutigen Systems zu ergründen, erschien mir also besonders reizvoll. Auch die Krise im politischen „Normalzustand“, also in keinem so außergewöhnlich totalitären und brutalen Regime wie im NS zu ergründen, schien mir im Hinblick auf meine Zielsetzung, aus der historischen Krise für heute lernen zu wollen, sinnvoll. Nachdem ich einige Ideen wie die Ölkrise 1973 gesammelt, aber auch schnell wieder aus mangelndem Interesse verworfen hatte, wies mich mein Vater in einem Gespräch über den Wettbewerb auf den Themenbereich des Linksextremismus und -terrorismus hin. Dabei fiel auch der Name Ulrike Meinhof, die über einige Ecken mit meiner Familie in einem entfernt verwandtschaftlichen Verhältnis steht. Auch das Engagement eines meiner Onkel in der linken Szene in den 1970er Jahren kam zur Sprache. Sofort war mir bewusst, dass mich dieses Thema sehr stark interessierte und so legte ich in einem Gespräch mit meinem Tutor Herrn Koch meinen Fokus auch ganz bewusst auf dieses Thema. Dieser gab mir dann einen entscheidenden Tipp, indem er mir von der Arbeit Ulrike Meinhofs als Sozialarbeiterin im Märkischen Viertel 1969/1970 erzählte. Für mich stand nun fest, dass das grobe Thema meiner Arbeit in Richtung Linksextremismus oder vielleicht sogar Terrorismus im Märkischen Viertel gehen sollte.

Das Thema war aus drei Gründen besonders interessant für mich. Zum einen hatte ich mich schon früher einmal umfangreich über die RAF informiert und mir vor einigen Jahren die ZDF-Dokumentation *Die Geschichte der RAF* angeschaut. Die Radikalisierung der einzelnen Mitglieder – der spätere Terrorist Jan-Carl Raspe war übrigens Schüler meiner heutigen Schule wie Herr Koch mir erzählte – von oftmals gut situierten bürgerlichen Kindern zu systemfeindlichen Terroristen faszinierte mich ebenso wie der Einsatz des vollkommen inakzeptablen Mittels der Gewalt zur Durchsetzung teilweise vernünftiger Forderungen nach Erneuerung des Staates und Aufarbeitung des NS. Daneben weckte auch die vergleichsweise große Unbekanntheit der RAF und des linken Terrors unter Jugendlichen der heutigen Generation meine Neugier. Da dieses Thema selten im Geschichtsunterricht vorkommt, war ein großer Anreiz für mich, in die Geschichte des Linksextremismus tiefer einzusteigen. Schließlich war auch das Märkische Viertel als Ort ein entscheidender Faktor für meine Themenwahl. So lebe ich in direkter Nähe zu diesem Ortsteil und habe mich dennoch vorher nie wirklich mit dessen Geschichte auseinandergesetzt. Ich wusste nichts über dessen Errichtung und ebenso wenig über die großen Probleme, die das Viertel damals aushalten musste. Lediglich bekannt war es mir als *Problemviertel* heutiger Zeit, maßgeblich geprägt durch das Lied es Berliner Rappers, Sido, *Mein Block*, in welchem das MV zur Kriminalitätshochburg und Gangster-Viertel verklärt wird. Linksradikalismus hatte ich im Märkischen Viertel nicht erwartet und dementsprechend reizvoll war es für mich mehr darüber herauszufinden.

Mit meiner Recherche begann ich im Landesarchiv Berlin, das ich schon von meiner Arbeit aus dem Jahr zuvor kannte. Dort sichtete ich zunächst die Jahrgänge 1969 und 1970 der Wochenzeitung *Der Nord-Berliner* und die Protokolle und Drucksachen der VII. Wahlperiode der Bezirksverordnetenversammlung Reinickendorf. Ich begann damit den Nord-Berliner nach Artikeln mit Bezug zu Ulrike Meinhof und Unruhen zu durchsuchen. Zunächst stieß ich dabei auf die Bauprobleme des Märkischen Viertels. Zu Beginn war das Durchgehen der Zeitungen noch sehr spannend, da ich nicht genau wusste, was auf mich zukam. Dadurch gelang es mir am Anfang auch noch sehr gut, mich wirklich auf meine Aufgabe zu fokussieren. Je länger die Arbeit jedoch dauerte, desto mehr merkte ich, wie viel unkonzentrierter ich wurde und wie ich mehr und mehr abschweifte und mich von anderen interessanten, für mein Thema aber irrelevanten, Artikeln ablenken ließ. In der Retroperspektive war dieses gelegentliche Abschweifen sogar ein ganz guter Aspekt, da ich so einen besseren Überblick über die damalige Zeit generell bekommen konnte und ich auch interessante Informationen über meinen Heimatortsteil Hermsdorf herausfand. Im Nachhinein bin ich froh, dass es dazu gekommen ist, für den Moment des Arbeitens war es jedoch frustrierend. Ich hatte das Gefühl nicht voranzukommen und vor allem auch keine wirklich relevanten Informationen zu meiner Thematik zu finden wodurch auch der eigentliche Forschungsgegenstand für mich lange unklar blieb. Dieser Umstand machte mich zunehmend nervös. Hier lernte ich wie wichtig Pausen sind und fand für mich heraus, dass ich mit diesen deutlich produktiver arbeiten kann. Nachdem ich für mich geeignete Pausenzyklen gefunden hatte, verlief die Arbeit wesentlich entspannter und effektiver.

Nach der Zeitungsrecherche ging ich an die Arbeit mit den BVV-Protokollen, bei der ich am Anfang die Unterstützung Herrn Kochs brauchte, da die Protokolle eine Reihe von Besonderheiten aufweisen. Zuvor hatte ich noch nie das Protokoll einer Bezirksverordnetenversammlung gelesen. Mit Blick auf die rapide voranschreitende Zeit wurde mir schon hier deutlich, dass ich meine Quellenrecherche eingrenzen musste. Daher sichtete ich nicht alle Protokolle, sondern selektierte bereits grob nach den behandelten Themen vor. Nach der Recherche im Landesarchiv hatte ich einen ersten Überblick über die Situation im MV gewonnen vor allem im Hinblick auf mögliche Krisensituationen. Auch hatte ich Hinweise auf APO-Agitation gefunden. Damit war mir bewusst, dass ich dazu auch in anderen Archiven weiterforschen konnte. Die Informationen waren sehr spannend, eine Problemfrage war für mich aber auch im Oktober noch nicht genau klar. Trotzdem hatte ich Freude daran, immer mehr über die 60er- und 70er-Jahren zu lernen.

In dieser Zeit hatte ich das erste Mal größeren Druck, da in der Schule die Klausurenphase begann und ich dem Wettbewerb dementsprechend weniger Zeit einräumen konnte. Die Arbeit ging im Spätherbst also zu wenig stark voran, was in mir Zweifel an der Machbarkeit in dem vorgegebenen zeitlichen Rahmen weckte. Dieser Druck konnte mich auf der anderen Seite jedoch motivieren, da das Forschen an dem Projekt in mir Beruhigung auslöste.

Die nächste Station meiner Recherche im Oktober/November war das Abgeordnetenhaus von Berlin. Dort ging ich die Abgeordnetenhausdebatten der IV. und V. Wahlperiode durch. Problematisch war hierbei für mein Thema, dass das Märkische Viertel selbst nur selten Erwähnung fand, die Drucksachen aber gleichzeitig viel umfangreicher als in der Bezirksverordnetenversammlung waren. Ein großes Thema war zwar die West-Berliner Wohnungsnot, das MV spielte jedoch nur eine Nebenrolle. Zunächst war ich noch sehr motiviert. Nach einiger Zeit fühlte ich mich an manchen Stellen der Recherche im Abgeordnetenhaus jedoch verloren in den Protokollen, da ich keinen rechten Zusammenhang zu meiner Arbeit sah. Im Nachhinein stellten sich die gesammelten Informationen aber dennoch als hilfreich heraus, vor allem als Hintergrundinformationen für die Darstellungen des historischen Kontexts und der Baugeschichte des Märkischen Viertels. Es hat mich beim Schreiben dieser Texte sehr froh gemacht, dass ich mich in meiner Argumentation nicht nur auf Sekundärliteratur verlassen musste, sondern ebenjene Informationen auch durch eigene Forschung herausfinden konnte. Dadurch bekam ich das Gefühl einen tatsächlichen Beitrag zur Forschung zu leisten und mir ergab sich die Möglichkeit die bestehende Literatur zu diesem Thema zu überprüfen.

Noch während ich eigentlich im Abgeordnetenhaus beschäftigt war, ergab sich mir die Möglichkeit die Archivalien des Museums Reinickendorf zum Märkischen Viertel zu sichten. Dort gelangte ich das erste Mal in Kontakt mit Originalexemplaren der *Märkischen Viertel Zeitung*, die ich vorher nur aus Randerwähnungen in der BVV Reinickendorf und dem Nord-Berliner kannte, und die für meine analytische Arbeit später eine wichtige Rolle spielte. Das Museum Reinickendorf war für mich im Dezember insofern eine besonders wichtige Etappe meiner Recherche, als dass ich hier erstmals einen direkten Zusammenhang zwischen Linksextremismus und dem Märkischen Viertel vorfinden konnte. Nach großen Zweifeln, ob es diesen Zusammenhang überhaupt gab und ich überlegte, mich in meiner Recherche zukünftig nur noch auf die Wohnungsbaukrise zu beschränken, bestätigte dies meine Vermutung der linksradikalen Agitation, für die ich vorher lediglich wenige indirekte Hinweise vorgefunden hatte. Es war ein schönes Gefühl zu merken, dass sich meine umfangreiche Arbeit in mehreren Archiven gelohnt hatte.

Etwa zur selben Zeit versuchte ich außerdem in Kontakt mit der Gesobau zu treten, um womöglich durch die Arbeit in deren Archiv den Standpunkt der Erbauerin des Märkischen Viertels zu den Problemen des Viertels näher zu erläutern. Nachdem ich zusammen mit Herrn Koch einen Brief an die Gesobau aufgesetzt hatte, in dem ich um Erlaubnis der Benutzung des Archivs bat, hoffte ich auf eine positive Antwort. Leider konnte die Gesobau mir jedoch keinen Einblick in Firmendokumente gewähren. Als „Entschädigung“ schickte sie mir jedoch eine große Auswahl an Informationsmaterial zum Bau des MV und das Buch „40 Jahre Märkisches Viertel“, das für meine Arbeit diverse wertvolle Informationen enthielt.

Eine weitere wichtige Quelle für mich war der Zeitzeuge Dieter Benecke, dessen Kontakt Herr Koch mir vermittelt hatte. Diesen wollte ich im Rahmen eines Zeitzeugeninterviews zu meinem Thema befragen. Vorbereitend dazu nahm ich das Angebot eines Workshops der Körber-Stiftung in Berlin zu der Methodik des Zeitzeugeninterviews in Anspruch. Das Zeitzeugeninterview mit Herrn Benecke war nämlich das erste, das ich führen würde. In meiner Arbeit zur Bekennenden Kirche zum vorherigen Wettbewerb hatte ich darauf aus Zeitmangel leider verzichten müssen. Umso mehr freute ich mich auf die Gelegenheit, das Verpasste in diesem Jahr nachzuholen. Der Workshop war für mich hilfreich, da er mir Basisinformationen zu der Art und Weise wie ein Zeitzeugengespräch durchgeführt werden sollte, vermitteln konnte. Ich führte mit Herrn Benecke mehrere Gespräche durch. In dem ersten Vorgespräch teilte mir Herr Benecke unter anderem auch mit, dass er sich sehr darüber freue sich durch meine Recherche noch einmal auch mit seiner eigenen Vergangenheit auseinanderzusetzen. Die Tatsache, dass meine Arbeit mit ihm also nicht nur mir nützte, sondern auch für ihn von Wert war, freut mich besonders. Denn letztendlich geht es in der Geschichte ja nicht darum für sich Erkenntnisse zu sammeln, sondern vielmehr auch andere Menschen dazu anzuregen, sich über die Vergangenheit und damit auch die Gegenwart Gedanken zu machen. Auch fachlich waren die Gespräche für mich sehr wichtig. Das Eine ist es nämlich über die Geschichte aus der Literatur zu erfahren. Hier erhält man ein umfassendes Bild der Lage, mit hoher Wahrscheinlichkeit auch eines, das den historischen Tatsachen recht nahe kommt, zumindest wenn man quellenkritisch die Werke verschiedener Autoren vergleicht. Die Erfahrung mit jemandem über die Geschichte zu sprechen, der diese wirklich erlebt hat, der geprägt wurde von ihr und sie womöglich auch beeinflusst hat, ist jedoch von anderer Qualität. Damit ist ausdrücklich nicht nur die Nützlichkeit eines Zeitzeugen für die wissenschaftliche Arbeit gemeint. Vor allem meine ich damit den Wert, den der Kontakt zu Herrn Benecke für mich persönlich hatte. Richtig plastisch wurde für mich die Geschichte dieses Abschnitts der Geschichte des Märkischen Viertels erst durch die zahlreichen Gespräche mit ihm, ein Vorteil, den einfache Fachliteratur nicht leisten kann. Diese Erkenntnis über die Wichtigkeit des Kontaktes zu Menschen, die Geschichte erlebt haben, nehme ich definitiv aus dem Wettbewerb mit. Nicht nur wegen der fachlichen Unterstützung meiner Arbeit war Herr Benecke also ein wegweisender Kontakt für mich.

Die vorletzte Recherchestation war schließlich das APO-Archiv an der FU-Berlin. Dort gibt es die Möglichkeit, Bilder von den Quellen anzufertigen. So überflog ich die meisten Quellen vor Ort nur und suchte nach Stichworten, die einen konkreten Bezug zu meinem Thema wahrscheinlich machten. Wenn ich fündig wurde, nahm ich mit meinem Handy ein Foto für die genauere Sichtung zuhause auf. Durch dieses Vorgehen konnte ich die Zeit im Archiv selbst optimal nutzen. Zwar war dies auch mit einem gewissen Mehraufwand verbunden, da ich die überflogenen Quellen zuhause noch einmal selektieren musste, verglichen mit dem zeitlichen Aufwand, den ich ansonsten gehabt hätte, war dieses Vorgehen jedoch im Rückblick deutlich zeitsparend. Die Recherche im APO-

Archiv an sich war eine große Herausforderung für mich. Zum einen stand ich zu diesem Zeitpunkt schon unter erheblichem zeitlichen Druck, da es bereits Januar war und ich noch immer nicht mit der Recherche fertig war. Vor allem aber war der Umgang mit der Masse an Informationen in dem Archiv schwierig. Im APO-Archiv wird nach dem sogenannten Stichwort-Verzeichnis sortiert. Alle Akten, Flugblätter, Protokolle etc., die zu demselben Thema passen, werden in einem Karton gelagert. Zum Märkischen Viertel gibt es in dem Archiv sechs Kartons voll mit Akten. Diese vollständig zu sichten, erforderte ein hohes Maß an Konzentration, aber auch Nervenstärke. Zwischenzeitlich erwuchs in mir regelrechte Panik, dass ich die Quellen nicht schnell genug sichten könnte. Mit fortschreitender Arbeit und dem damit verbundenen Abbau des Stapels an noch zu sichtenden Dokumenten setzte jedoch in mir Beruhigung ein, weil ich meinen Fortschritt sichtbar vor mir hatte.

Zum Ende meiner Recherchearbeit sichtete ich noch einmal den Nord-Berliner und die BVV-Sitzungsprotokolle, da sich durch die Erkenntnisse aus den anderen Archiven die Periodisierung meiner Arbeit etwas verändert hatte. Diese Recherche konnte ich aufgrund der geringen verbleibenden Zeit leider nicht mehr in dem Ausmaß beenden, das ich eigentlich vorgesehen hatte. Aus Zeitgründen entschied ich mich dafür, mit der Recherche aufzuhören und mit dem Schreiben zu beginnen.

Anfang Februar stieg ich dann schließlich in den Schreibprozess ein. Dies war auch dringend nötig, da ich mir für das Schreiben der Texte dieses Mal mehr Zeit einräumen wollte als bei meiner letzten Teilnahme. Obwohl ich mich eigentlich noch nicht wirklich bereit dazu fühlte, begann ich also die Arbeit an der Textproduktion mit den Darstellungstexten, die noch keinen so hohen analytischen Teil aufwiesen. Um in den Schreibprozess zu kommen und Selbstvertrauen in die eigene Arbeit und Produktivität zu gewinnen, waren diese sehr gut geeignet. Dennoch investierte ich allein in diese Abschnitte meine gesamten Winterferien.

Auch in diesem Jahr war der Wettbewerb, trotz meines frühen Arbeitsbeginns und meines Arbeitsplans von großen Zeitproblemen, vor allem im Februar, geprägt. Um genügend Zeit für den Wettbewerb zu haben, stellte ich sämtliche Aktivitäten nebenher ein. Weder hatte ich Zeit zu meinem Fußballtraining zu gehen, noch konnte ich mich mit Freunden treffen. Der Wettbewerb war fast immer präsent für mich und Tage, an denen ich nicht arbeitete, erhöhten den Druck auf mich zusätzlich. Ein weiterer Grund für die Konzentration sämtlicher Zeit auf den Wettbewerb war auch, dass mir bewusst war, dass die Arbeit nicht auf Kosten von Unterrichtszeit oder sonstigen schulischen Leistungen gehen durfte. Das herannahende Abitur war dafür schlicht zu wichtig und genau im Februar lag auch die Klausurenphase des vierten Semesters, in welcher ich teils drei Klausuren pro Woche schreiben musste. An der Ungünstigkeit dieses Umstandes bestand für mich zwar kein Zweifel, ebenso war mir jedoch bewusst, dass er nicht veränderbar ist und man sich manchen Gegebenheiten anpassen muss. Diese zeitlichen Punkte musste ich alle berücksichtigen. Meine

Fixierung auf den Wettbewerb war auch für mein nächstes Umfeld, vor allem für meine engen Freunde nicht immer einfach. Zwar verstanden sie, dass ich dieser Arbeit vieles unterordnen wollte und musste, warum ich aber alle Aktivitäten absagen musste, konnten sie nicht immer nachvollziehen. Hier setzte für mich ein weiterer Lerneffekt ein. Kommunikation ist in solchen Momenten äußerst wichtig. Nachdem ich mit meinen Freunden über die Situation ausführlich gesprochen hatte und ihnen die Wichtigkeit dieser „Abschottung“ für mich offen und ehrlich erklärt hatte, war das Verständnis für mich deutlich größer. Offene Kommunikation, so lernte ich, können einem in solchen schwierigen Momenten viele Konflikte ersparen.

Ebenfalls eine große Herausforderung war für mich die Neuheit des historischen Terrains, auf dem ich mich mit dieser Arbeit für mich bewegte. Über die Grundereignisse war ich zwar grundlegend informiert, in der Dichte war mir jedoch vieles neu. Dies führte ich vor allem darauf zurück, dass die Nachkriegsgeschichte Deutschlands und spezifisch die Geschichte West-Berlins in der Schule deutlich weniger Raum erhält als andere Themen. Dadurch war ich vorher in keinen so intensiven Kontakt mit dieser Zeit gekommen. Es war also deutlich weniger Vorwissen und viel mehr selbst erarbeitetes Wissen, das ich für diesen Wettbewerb verwendete. Auch die im Vergleich zu meiner anderen Arbeit grundlegend anderen politischen Voraussetzungen der Bekennenden Kirche und der Mieterproteste im Märkischen Viertel, die ich weiter oben bereits kurz erwähnt habe, machten diese Arbeit für mich noch herausfordernder als die vorherige. Zu Protest gegen einen Staat zu forschen, dem jegliche Menschlichkeit abging und an dem es keine guten Seiten gab, wie es im NS der Fall war, erforderte eine andere Herangehensweise als zu Protest gegen einen Staat zu forschen, der ambivalent in seinen guten und schlechten Ausprägungen betrachtet werden muss. Auf der einen Seite erweiterte mir dies die Möglichkeiten der Analyse, da ich auch die Reaktionen des demokratischen Staats auf die Proteste deuten konnte. Auf der anderen Seite verkomplizierte es jedoch die Struktur der Arbeit, da diese auch mit größerer Ambivalenz gesehen werden mussten. Trotz dieser höheren Komplexität bin ich jedoch froh, mich dieser Herausforderung gestellt zu haben und an dieser gewachsen zu sein.

Die größte Herausforderung bei der Arbeit an diesem Wettbewerb tat sich jedoch erst in der Woche vor der Fertigstellung des Beitrags auf. Zu diesem Zeitpunkt hatte ich die meisten Texte bereits fertiggestellt und wandte mich nun der Fallanalyse zu. Dabei folgte ich zunächst einer Arbeitsfragestellung, die ich einige Zeit zuvor erarbeitet hatte, und einer von mir in Absprache mit Herrn Koch erstellten Struktur. Schnell merkte ich jedoch, dass ich mit dieser Struktur und auch der vorläufigen Fragestellung die Fallanalyse nicht wirklich angehen konnte. Zunächst versuchte ich das Problem alleine zu lösen, merkte jedoch schnell, dass ich hierbei an meine Grenzen geriet. Also suchte ich das Gespräch mit Herrn Koch. In diesem stellten wir noch einmal den gesamten Forschungsprozess auf den Kopf und suchten nach dem eigentlichen Kerngegenstand der Untersu-

chung. Die Arbeitsfragestellung veränderten wir an manchen Stellen des Gesprächs fast vollständig. Letztlich kehrten wir jedoch zu einer Frage zurück, die der ursprünglichen Fragestellung recht ähnlich war, an bestimmten Stellen jedoch Aspekte aufnahm, die sich in dem vorangegangenen Gespräch als zentral herausgestellt hatten. Nach der langen Diskussion über die endgültige Fragestellung konnte ich dann meine Gliederung überarbeiten und schließlich mit der konkreten Fallanalyse beginnen. Für mich bedeutete dies eine große Erleichterung, da ich nun ein klares Konzept vor Augen hatte, wie ich weiterarbeiten konnte. Wenige Tage nach dieser Festlegung grenzte ich auch meine Forschung weiter ein, da ich während des Schreibprozesses bei der Fallanalyse merkte, dass einige Aspekte, die ich vorher eigentlich auch untersuchen wollte (unter anderem die auch in der Fallanalyse genannten Proteste gegen Exmittierungen und gegen Mieterhöhungen durch die Wohnungsbaugesellschaften im Märkischen Viertel) zu weit von der Fragestellung weg führen würden und mir einen gezielteren Blick auf die von mir als Hauptausgangspunkt linker Agitation ausgemachte Krise der Infrastruktur im MV womöglich sogar verbauen würde, da ich angesichts des begrenzten verbliebenen Raumes und der immer geringer werdenden Zeit dort Abstriche hätte machen müssen. Da ich dies nicht machen wollte, entschied ich mich also dafür die anderen beiden Ansatzpunkte für Agitation im MV auszugliedern und mir für mögliche spätere Projekte vorzubehalten. Einfach war diese Entscheidung jedoch nicht. Es war durchaus schade zu sehen, dass Teile meiner ausführlichen Recherchen auch zu diesen Themen keinen Eingang in meine Arbeit finden konnten. Dennoch überwog die Überzeugung, dass dieser Schritt der richtige war, da ich mich so auf die wirklich zentralen Punkte meiner Analyse beschränken konnte.

Durch die Teilnahme am Wettbewerb ergaben sich auch Veränderungen an meiner Person. Sowohl von meinen Freunden, als auch von meiner Familie wurde ich als deutlich ruhiger und besonnener als sonst eingeschätzt. Mir selber ist dies auch zeitweise aufgefallen vor allem in Phasen, in denen sich die Arbeit an dem Wettbewerb intensivierte. Ich würde diesen leichten Wandel in meiner Person vor allem mit zwei Aspekten erklären. Zum einen war ich während dieser Zeit fast durchgehend auf den Wettbewerb konzentriert, auch in Momenten, in denen ich nicht aktiv an diesem arbeitete. Dadurch dachte ich viel über meine Forschung nach, was zu ruhigeren Bild nach außen geführt haben könnte. Zugleich ist es möglich, dass ich durch die großen Herausforderungen, denen ich während der Wettbewerbsarbeit begegnet bin, reifer wurde und dadurch auch besonnener. Dies ließe sich zurückführen unter anderem auf den verstärkten Kontakt mit Menschen, die älter waren als ich und auch auf das Gefühl eine eigene Forschung durchzuführen und damit etwas zur „professionellen“ Forschung beizutragen. Welche der beiden Erklärungsmöglichkeiten letztlich plausibler ist, vermag ich an dieser Stelle nicht zu sagen. Dies wird sich in der Folge der abgeschlossenen Arbeit zeigen. Sehr gut möglich ist, dass es auch eine Mischung aus beiden Erklärungen ist.

In Zusammenhang zu dem eben angesprochenen Reifeprozess und dem wachsenden Anspruch an meine eigene Arbeit erwies sich auch die Suche nach Fachliteratur und Definitionen zum Krisenbegriff als sehr lehrreich. Da ich vor allem bei letzterem Problem nicht genau wusste, wie ich weiter vorgehen sollte, beschloss ich Herrn Koch um Hilfe zu bitten. In einem darauf folgenden Gespräch gab dieser mir den Tipp, einmal auf der Internetseite H-Soz-Kult zu Krisen und verwandten Begriffen zu recherchieren. Dies tat ich und nach kurzer Zeit hatte ich einen Bericht über eine Forschungstagung zum Krisenbegriff, sowie eine Sammelrezension zu neueren Publikationen über Krisen gefunden. Diese arbeitete ich nun durch und entnahm den jeweiligen Fußnoten und Literaturangaben Buchtitel, die ich mir dann in der Bibliothek auslieh. Spannend war jedoch auch das Durcharbeiten der Rezensionen und des Tagungsberichts selbst. Zum ersten Mal verstand ich, wie Debatten in der Forschung eigentlich funktionieren. Ich lernte auch, dass sogar ausführliche Forschungen und Literatur kritisch beurteilt werden müssen. Bevor ich diese Erkenntnisse für mich gewonnen hatte, neigte ich dazu, groß angelegte Forschungen für bare Münze zu nehmen und, ob der wissenschaftlichen Autorität des Autors, nicht kritisch zu hinterfragen. Der Einblick in die generelle Funktion von Forschungsdiskursen am Beispiel des Krisendiskurses veränderte meine Sichtweise. Da ich selbst Forschung betrieb und eigene Abwägungen vornahm, spürte ich auch mehr und mehr eine *innere Berechtigung* andere Forscher kritisieren zu dürfen und Forschungsprobleme, die für mich zum Beispiel in der weitgehenden Ignorierung des Märkischen Viertels liegen, klar zu benennen. Ohne die Teilnahme am Wettbewerb in diesem Jahr hätte ich diese Erkenntnisse wohl, wenn überhaupt, erst deutlich später in meinem Leben gewonnen. Beispielhaft zu nennen, ist hier auch noch die Entstehung der Einleitung meiner Arbeit. Nachdem ich bei der sinnvollen Struktur von dieser mehrfach Probleme hatte, gab mir Herr Koch verschiedene wissenschaftliche Arbeiten zu lesen, mit dem Tipp, deren Einleitungen auf sinnvolle Strukturmerkmale hin zu untersuchen. Und tatsächlich half mir der Einblick in die „Expertise“ hier sehr stark, da ich meine Einleitung letztlich an diesen Strukturen orientierte. Daraus lernte ich, dass Wissenschaft nicht nur aus der inhaltlichen Forschung besteht. Auch die Methodik ist sehr wichtig und auch über die Methodik der Wissenschaft lässt sich implizit in der Fachliteratur viel lernen.

Über den besseren Bezug zu Forschungsdebatten generell konnte ich auch viel in der Erarbeitung meines Krisenbegriffs lernen. Ausgehend von der Literatur, die ich den auf H-Soz-Kult gefundenen Berichten, sowie eigenen Recherche entnahm, begann ich die jeweiligen Krisenkonzepte der Forscher herauszuarbeiten. Dabei war eine ausführlich Auseinandersetzung mit den jeweiligen Texten notwendig, die einiges an Zeit kostete. Zu jeder Zeit meiner Arbeit am Wettbewerb war mir jedoch klar, wie wichtig der Krisenbegriff und dessen Bestimmung für mich war und deshalb nahm ich diese Anstrengungen auch in Kauf. Eine große Herausforderung war es für mich die verschiedenen Konzepte, die teils ganze Bücher füllen, auf wenige Seiten zu verkürzen und damit für mich nutzbar zu machen. Es half mir hierbei immer wieder zu überlegen, wofür ich den Begriff der

Krise eigentlich nutzen möchte und so nach und nach nicht notwendige Teile der Krisendefinitionen der Forscher herauszufiltern. Schließlich musste ich mich auf die Konzepte festlegen, die ich am geeignetsten für meine Arbeit hielt und diese zu einer eigenen Definition zu verarbeiten. Auch das war gar nicht so einfach, da ich hierfür zum einen die jeweiligen Krisendefinitionen sehr gut kennen musste und ich diese jedoch nun auch in Verbindung miteinander setzen musste. Welche Definition leistet was, war die Frage, die ich für mich klären musste. Klar war für mich außerdem, dass ein bloßes Aufstellen der Definition nicht ausreichen würde. Natürlich musste ich diese auch auf mein Beispiel anwenden. Die Überlegungen, wie ich dies machen konnte, waren erneut sehr fordernd, da die Forscher deren Konzepte ich ausgewählt hatte nur abstrakte Überlegungen zu der Krise angestellt hatten. Damit entfiel der Bereich der Anwendung, der Bestimmung von Normalitäten und Teilsystemen letztlich auf mich. Dass ich diese Aufgaben letztendlich aber meistern konnte, macht mich sehr stolz.

Verändert hat sich mein Blick durch die Einblicke in die Funktionsweise von Forschungsdebatten auch in Bezug auf Quellenangaben. So spielten die Fußnoten für mich nun eine ganz neue Rolle, da ich sie, anders als noch in der letzten Forschungsarbeit, nicht nur als Nachweise ansah, sondern auch als Hinweise, die dem Leser der Arbeit erweiterte Informationen zum Fließtext geben sollen – zum Beispiel durch die einfachere Unterscheidung von Perspektiven. Die Quellenangaben und das Schreiben der Arbeit gaben mir außerdem auch einen starken Zugang zu der auch gerade wieder aktuell werdenden Plagiatsdebatte um Doktorarbeiten von bekannten Persönlichkeiten. Nach dem Verfassen einer eigenen umfangreichen Forschungsarbeit und damit verbunden auch einer gesteigerten Hochachtung vor den großen wissenschaftlichen Leistungen, die erbracht werden, konnte ich das strenge Vorgehen von Universitäten bei Plagiatsvorwürfen sehr gut nachvollziehen. Auf die gesamte Arbeit der letzten sechs Monate zurückblickend, bleibt mir vor allem der hohe Erkenntnisgewinn in dieser Zeitspanne im Gedächtnis. Nicht nur auf der fachlichen Ebene konnte ich mein Wissen sehr stark vertiefen. An den vielfältigen Herausforderungen, die sich mir stellten, ob auf wissenschaftlicher oder auf privater Ebene, konnte ich als Person wachsen. In diesem Reifungsprozess sehe ich auch den wahrhaft gewinnbringenden Charakter dieses Wettbewerbs. Die Anregung zum eigenständigen Arbeiten ebenso wie die Notwendigkeit, auch in schwierigen Lagen, oder wie ich sie nach dieser Arbeit nennen müsste, Krisensituationen, die Nerven zu behalten, bringen einen persönlichen Fortschritt mit sich, den ich abseits des Wettbewerbs so kaum hätte machen können. Insofern lässt sich das Wettbewerbsthema in der Retroperspektive auch gut auf mich selbst reflektieren. Aus Krisen lernen, an schwierigen Situationen wachsen: Das ist das, was ich am Ende aus dem diesjährigen Wettbewerb mitnehme.

Den Schluss meiner Arbeit möchte ich dazu nutzen, allen Menschen, die mich bei der Erstellung dieses Wettbewerbsbeitrags unterstützt haben, von ganzem Herzen zu danken. Besonders

möchte ich Frau Welzing-Bräutigam (Landesarchiv Berlin), Frau Schiller (Parlamentsbibliothek Abgeordnetenhaus von Berlin), Frau Dr. Gerner (Museum Reinickendorf) und Frau Dr. Rehse (APO-Archiv) nennen, die mir beim Ausheben der Akten und sonstigen Quellen halfen. Herrn Dr. Franzen danke ich für die Überlassung wertvoller Literatur zur Gesobau im Märkischen Viertel. Ebenfalls möchte ich Herrn Karaffa und Frau Kelp meinen Dank aussprechen, die mir durch wichtige Drittmeinungen zu der Struktur meiner Texte und zu meiner Fragestellung sehr weiterhalfen. Meine Schwester Meret gab mir Ratschläge bei der Erstellung des Literaturverzeichnisses und unterstützte mich ebenso wie meine Eltern emotional in der stressigen Arbeitszeit. In ihnen hatte ich außerdem immer Personen, mit denen ich über die von mir behandelten Themen sprechen konnte. Ein besonderer Dank geht an Herrn Benecke, der sich als Zeitzeuge und großer Kenner des Märkischen Viertels für meine Forschung viele Stunden Zeit nahm und ein sehr guter Gesprächspartner war. Nicht zuletzt möchte ich mich bei meinem Tutor Herrn Koch herzlich bedanken, da dieser mich in zahlreichen Gesprächen zu neuen Ideen anregte und mir durch Korrekturen und Verbesserungsvorschläge im Schreibprozess sehr half.

VII. ANHANG

A. Literaturverzeichnis

- Aly, Götz**, *Unser Kampf. 1968 – ein irritierter Blick zurück*, Frankfurt am Main ³2018
- Boll, Friedhelm u.a.**, *Archiv für Sozialgeschichte*, Bonn 2001
- Cobbers, Arnt**, *Kleine Berlin-Geschichte. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart*, Berlin 2012
- Ditfurth, Jutta, Ulrike Meinhof**. *Die Biografie*, Berlin 2007
- Gilcher-Holtey, Ingrid (Hrsg.)**, *Die 68er Bewegung. Deutschland – Westeuropa – USA*, München 2001
- Jacob, Brigitte; Schäche, Wolfgang (Hrsg.)**, *40 Jahre Märkisches Viertel. Geschichte und Gegenwart einer Großsiedlung*, Berlin 2004
- Juchler, Ingo**, *1968 in Deutschland. Schauplätze der Revolte*, Bonn 2018
- Koselleck, Reinhart**, *Kritik und Krise. Eine Studie zur Pathogenese der bürgerlichen Welt*, Freiburg/München ¹³2017
- Nassehi, Armin (Hrsg.)**, *Krisen lieben*, Hamburg 2012
- Nohlen, Dieter; Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.)**, *Theorien. Methoden. Begriffe*, München ⁴2010
- Rau, Johannes (Hrsg.)**, *Mieteraktivitäten im Märkischen Viertel 1969 – 1973. Geschichte und Probleme*. (unveröffentlichte Diplomarbeit an der PH Berlin), Berlin 1976
- Ribbe, Wolfgang**, *Berlin 1945 – 2000. Grundzüge der Stadtgeschichte*, Berlin 2002
- Rödder, Andreas (Hrsg.)**, *Die Bundesrepublik Deutschland 1969-1990*, München 2004
- Rott, Wilfried**, *Die Insel. Eine Geschichte West-Berlins. 1948-1990*, München 2009
- Schulze, Gerhard**, *Krisen. Das Alarmdilemma*, Frankfurt am Main 2011
- Schwenk, Herbert**, *Lexikon der Berliner Stadtentwicklung*, Berlin 2002
- Slomka, Marietta**, *Kanzler, Krisen, Kapital. Wie Politik funktioniert*, München 2013
- Sontheimer, Michael; Wensierski, Peter**, *Berlin – Stadt der Revolte*, Berlin 2018
- Stöver, Bernd**, *Geschichte Berlins*, München 2010
- Wilde, Alexander**, *Das Märkische Viertel*, Berlin 1989

B. Quellenverzeichnis

Landesarchiv Berlin:

- B Rep. 220-BVV Nr. 9393: Protokolle VI. Wahlperiode, Bd. 1, [zitiert als: LAB 1]
- B Rep. 220-BVV Nr. 9394: Protokolle VI. Wahlperiode, Bd. 2, [zitiert als: LAB 2]
- B Rep. 220-BVV Nr. 9395: Protokolle VI. Wahlperiode, Bd. 3, [zitiert als: LAB 3]
- B Rep. 220-BVV Nr. 9397: Drucksachen VI. Wahlperiode, Bd. 1, [zitiert als: LAB 4]
- B Rep. 220-BVV Nr. 9398: Drucksachen VI. Wahlperiode, Bd. 2, [zitiert als: LAB 5]
- B Rep. 220-BVV Nr. 9399: Drucksachen VI. Wahlperiode, Bd. 3, [zitiert als: LAB 6]

-
- B Rep. 220-BVV Nr. 9400: Drucksachen VI. Wahlperiode, Bd. 4, [zitiert als: LAB 7]
B Rep. 220-BVV Nr. 9402: Protokolle VII. Wahlperiode, Bd. 1, [zitiert als: LAB 8]
B Rep. 220-BVV Nr. 9405: Drucksachen VII. Wahlperiode, Bd. 1, [zitiert als: LAB 9]
1968 Zt 0315: Der Nord-Berliner, Jahrgang 1968, [zitiert als: LAB 10]
1969 Zt 0315: Der Nord-Berliner, Jahrgang 1969, [zitiert als: LAB 11]
1970 Zt 0315: Der Nord-Berliner, Jahrgang 1970, [zitiert als: LAB 12]
1971 Zt 0315: Der Nord-Berliner, Jahrgang 1971, [zitiert als: LAB 13]

Freie Universität Berlin, Universitätsarchiv, APO-Archiv

- 1294 a: 1968-72, [zitiert als: APO 1]
1294 b: MV-Zeitungen, 1968-80, [zitiert als: APO 2]
1294 c: Märkisches Viertel, Bürgerinitiativen, 1970-84, [zitiert als: APO 3]
1294 d: Märkisches Viertel, Brücke, Demos, Soziales, 70er Jahre, [zitiert als: APO 4]
1295: Berlin Brücke MV, Mieter und Programme, 1973-77, [zitiert als: APO 5]
1295 a: MVZ, 1969-73, [zitiert als: APO 6]
1296-1297: Berlin Mieter, Märkisches Viertel, Kreuzberg, Mietaktionen Flugblätter, Presse, Chronik MV, Bezirksamt Reinickendorf, langer Jammer, Filmberichte, Liedertexte, Ulrike M., Mieteraktivitäten MV Dipl Arbeit, 1968-73, [zitiert als: APO 7]
1297: Mietaktionen MV, 1968-73, [zitiert als: APO 8]Material zur Wettbewerbsarbeit